Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

erscheint wöchentlich | ID Nr. 291 | 20. Juli 1979 | 1.50 DM incl.6% Mwst. | D 1870 CX

SEX & DRUGS & ROCK & ROLL

SQUEEZE

AM 26. JULI TREFFEN SICH ALLE ID-FREUNDE UND FEINDE ZUM ID-FEST IN FRANKFURT (SIEHE SEITE 10)

Grüße an den Punki

Berlin Agit–Drucker brauchen Geld

Die vier Berliner Agit–Drucker, am 12. Januar 79 nach langer Untersuchungshaft wegen des Drucks der Zeitung "info-bug" verurteilt (dreimal neun Monate, einmal 12 Monate Gefängnis ohne Bewährung), haben Revision gegen das Urteil eingelegt. Doch die Wahrscheinlichkeit, daß die Revision zugelassen wird, ist gering. Die Kosten des Prozesses, die jetzt schon ca. 100.000 Mark betragen, werden dann den Druckern auferlegt. Die Drukker rufen alle, die sich von diesem Urteil betroffen fühlen auf, sich an den Prozeßkosten zu beteiligen.

Spenden: Wullweber, Berliner Bank, Nr. 3349355303, Kennwort Agit–Drucker

Berlin: Die richtige Kontonummer

Also, das ist sie, die richtige Kontonr., auf die das Geld für die Rote Hilfe Westberlin überwiesen werden kann, wenn wer die dort vorrätige Dokumentation über Kontaktsperre beziehen will (127 Seiten für 5 Mark + 60 Pfennig Porto):

Sonderkonto Dorothea Kraus, Postscheck-kto. Berlin West, Nr. 372387–105

Berlin – Zeitung von und für Menschen aus der Krankenpflege

INITIATIVE heißt diese, die erste Nummer ist erschienen mit Themen über Drogen, Psychiatrie, Altern. Liste, Frauen im Gesundheitswesen. Erscheinen soll sie alle 3 Monate und kostet 1,50, im Abo: 10 Mark

Adresse: Initiative, Postlagerkarte A–051507, 1 Berlin 27

Berlin "Tagesspiegel" muß drucken

Die Berliner Rechtsanwälte Elferding und Lieder geben allen künftigen Anzeigenkunden aller möglichen Zeitungen folgenden juristischen Tatbestand zur Kenntnis:

Am 9. Juli 1979 hat die 9. Zivilkammer des Landgerichts Berlin – 9.0. 125/79 – den Berliner Verlag "Der Tagesspiegel" GmbH dazu verurteilt, eine von 762 Personen und 5 politischen Organisationen unterzeichnete Protestanzeige gegen die Einrichtung der "Trennscheibe" bei Privat– und Anwaltsbesuchen bei politisch motivierten Gefangenen in seiner Tageszeitung "Der Tagesspiegel" abzudrucken und zu veröffentlichen.

"Der Tagesspiegel" hatte den Abdruck dieser Anzeige bereits Ende März 1979 zum 10. April 1979 gegen Entrichtung des Anzeigenpreises fest zugesagt, wollte jedoch dann, nachdem unbekannte Täter, ebenfalls aus Protest gegen die "Trennscheibe", gewaltsame Aktionen in Berlin durchgeführt hatten, die Auftraggeberin der Anzeige dazu verpflichten, in dem Anzeigentext eine Distanzierungsklausel bezüglich jener Gewaltaktionen einzufügen, andernfalls die Anzeige nicht gedruckt werden würde. Das Landgericht Berlin hat jetzt bestätigt, daß die nachträgliche Aufnahme einer solchen Distanzierungsklausel nach Vertragsschluß von der Tageszeitung nicht erzwungen werden kann und daß diese sich stattdessen an den einmal abgeschlossenen Vertrag auch angesichts der Tatsache festhalten lassen muß, daß es sich um eine sogenannte "politische Anzeige" handele.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig".

Kontakt: RA Elferding / Lieder, Cuvrystr. 33, 1000 Berlin 36, Tel. 030/6123033

Frankfurt – Plakat, Plakat

Der BDP/BDJ (Bund deutscher Pfadfinder im Bund demokratischer Jugend) hat ein Plakat zur Auseinandersetzung mit neofaschistischen Jugendorganisationen zusammengestellt. Auf der Vorderseite wird ein Überblick über das Wirrwarr der rechten Gruppen gegeben, auf der Rückseite stellen wir zwei Beispiele von Erfahrungen mit Neonazis dar. Das Plakat eignet sich besonders als Arbeitsmaterial in der Jugendarbeit. Wer es bestellen möchte, schickt bitte 1 .- DM in Briefmarken (pro Plakat) an den BDP/BDJ, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt.

Karlsruhe Internationales Medienzentrum

Ein Förderverein Projekt internationales Medienzentrum e.V. hat in Elmstein im Pfälzer Wald ein altes Forsthaus gekauft. Zu dem Gebäudekomplex gehört auch ein ehemaliges Kino. Dort soll eine freie Hochschule für Medien entstehen, in der Kurse abgehalten werden. Die Initiatoren planen, das Zentrum auf genossenschaftlicher Basis zu führen. Gebraucht werden Unterstützung, Spenden, Interessenten, Mitarbeiter.

Kontakt: Förderverein Projekt internationales Medienzentrum e.V., Werderstr., Postfach 5853, 7500 Karlsruhe, Tel. 0721/ 694798

München – An alle Männer

In den letzten Monaten habe ich über hundert Männer gebeten, zum geplanten Männerlesebuch, das ich im Auftrag der edition treves (Trier) herausgebe, Beiträge zu schreiben, Fotos einzusenden, Zeichnungen und Collagen zu fertigen. Leider liegen bis jetzt wenig Arbeiten vor und nach dem Grund dafür gefragt, gaben viele Männer an, daß sie sich nicht so recht an die breite Öffentlichkeit trauen: Selbsterfahrungsgruppe – ja, Buchveröffentlichung – nein. Warum eigentlich?
Wenn Ihr Eure eigenen, ganz privaten Erfahrungen anderen Männern zugute kommen laßt, ist diese Reflektion nicht nur für Euch wichtig, sondern auch für die Leser. Macht mit Eurem coming out anderen Männern Mut. Hier nochmal das vorläufige Konzept:
Im ersten Teil: Dokumente, Berichte, Fotos , Erfahrungen beschreiben, die Mann mit Frauen, Familie, Beruf, Studium Schule Schule, Männern und sich selbst gemacht hat.
Der zweite Teil des Männerlesebuches ist ein Experiment: Subjektive Texte sollen einen Tag im Leben eines ANDEREN Mannes zu beschreiben, das kann der Kollege, Freund, Nachbar, Lehrer, Vater, Chef sein, der durch unsere Beobachtungen und Fragen mit sich konfrontiert wird und wir selber müssen nachdenkend unsere eigene Position überprüfen, wenn wir ehrlich und wie in einem Spiegel einen anderen Mann beschreiben müssen . . .
Wenn ihr Lust habt, am Männerlesebuch mitzuarbeiten, schickt eure Fotos, Collagen, Berichte schnellstens an:

Gerd Wolter, Postfach 622, 8000 München 1

München ag spak sammelt Material

Die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (ag spak) teilt mit, daß sie eine Liste alternativer Tagungshäuser vertreibt, die neu aufgelegt werden soll. Tagungshäuser mögen sich mit neuen Adressen oder Änderungen melden. Außerdem soll eine Materialsammlung zur Unterstützung selbstverwalte-

ter Jugendzentren herausgegeben werden. ag spak sucht dazu noch Texte.

Kontakte; ag spak, Belfortstr. 8, 8000 München 80, Tel. 089/ 4482104

Oberursel Reisetips für Irland

Das Westdeutsche Irland–Solidaritätskomitee (WISK) gibt Reisetips für Irland heraus. Sie enthalten sowohl Politisches als auch Tips über Kneipen und Jugendherbergen. Außerdem gibt es eine neue Dokumentation über H–Blocks (Sicherheitstrakte in Gefängnissen). Die Reisetips kosten zwei Mark, die Dokumentation 3,50 DM plus Porto.

Kontakt: WISK, Postfach 35, 6370 Oberursel, Tel. 06171/ 73212

Stuttgart – InfoDienst für Schwule

liebe emanzen
wie ihr sicher wißt (oder auch nicht), gibt's in stuttgart den sogenannten "informationsdienst der deutschen schwulengruppen", kurz INFO–DIENST genannt.

wir sind der verteiler für alles, was deutschsprachige gruppen an gedrucktem produzieren.
wenn ihr also was verschicken wollt, infos, flugblätter, dokumentationen, protokolle etc., dann schickt uns mindestens 70 exemplare davon.

wir verschicken 1x im monat, normalerweise in der letzten woche. zeitungen können auch gesondert beliefert werden, falls obiger termin ungünstig zum redaktionsschluß vorliegt.
zur zeit werden von uns über 50 deutsche gruppen und zeitungen beliefert, ca. 10 sendungen gehen ins ausland (schweiz, frankreich, schweden, italien, niederlande).

zur kostendeckung benötigen wir pro gruppe zwischen 10,- und 20,- dm im jahr. deshalb bitten wir dringend um überweisung auf untenstehendes postscheckkonto;

walter kurz, sonderkonto, in 7000 stuttgart 1, postscheckkono nr. 171747–703, postscheckamt stuttgart

(hartnäckige nichtzahler werden nicht mehr beliefert! ausgenommen sind die zeitungen, für die kostet's nix) und noch was: bitte die pakete möglichst stabil verpacken.

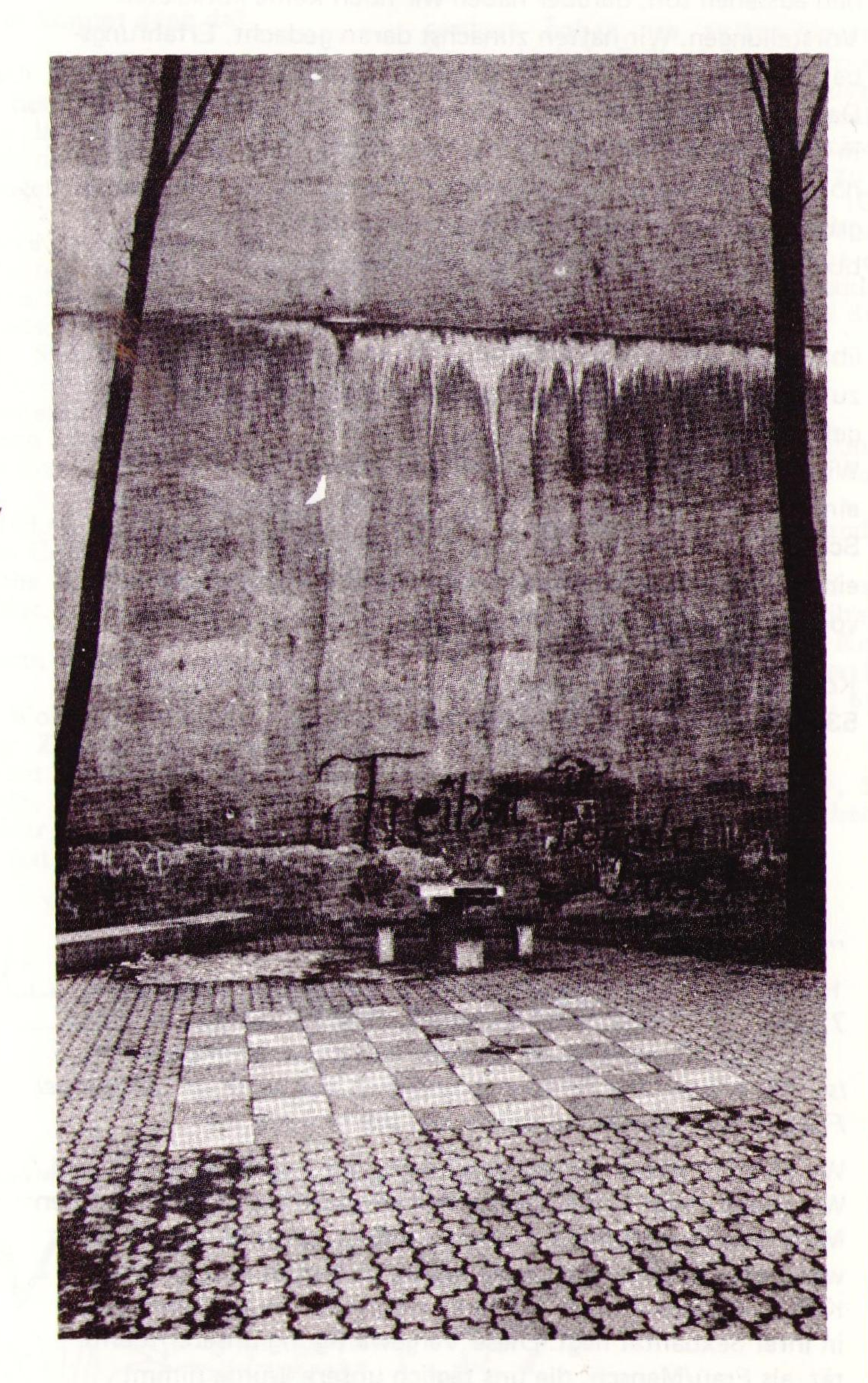
INFO–DIENST, c/o IHS postfach 358, 7000 stuttgart 1

Wiesbaden – Schreinertreffen

Schreiner (Tischler) ist seit einigen Jahren ein Modeberuf, auch besonders bei Linken. Bei vielen existiert die Vorstellung, eine ‚alternative' Schreinerei aufzumachen. Es gibt auch schon eine Reihe von alternativen Coops, Arbeiterselbsthilfen und Manufakturen usw.
Es stellt sich die Frage nach dem Wesen und den Aussichten solcher alternativer Betriebe in wirtschaftlicher, politischer und persönlicher Beziehung.
Diese Probleme möchten wir, eine Gruppe von Wiesbadener und Kölner Holzwürmern bei einem Schreinertreffen an einem Wochenende im Oktober diesen Jahres besprechen. Dort sollen sich alle treffen, die mit Holz arbeiten und an Alternativen zum Betriebsstreß und zur Betriebshierarchie arbeiten wollen.
Besonders wichtig finden wir, daß besonders viele Leute kommen, die in Alternativprojekten arbeiten oder gearbeitet haben, da deren Erfahrungen sehr wertvoll für die Diskussion sein können. Wir bitten daher alle, die diesen Artikel lesen, ihn an mögliche Interessenten weiterzugeben, oder falls sie an einem Treffen interessiert sind, uns zu schreiben, damit wir uns um Tagungsräume kümmern und einen Termin festmachen können.

Uwe Gremmler, Wörthstr. 19, 6200 Wiesbaden





AN ALLE ZEITUNGSFRAUEN!

BONN 13. Juli Wir, vier Frauen, die am Bonner Volksblatt mitarbeiten, haben Ende letzten Jahres begonnen, uns mit unserer Situation als Frauen in einer linken/ alternativen Zeitung auseinanderzusetzen: zunächst untereinander, dann auch mit den männlichen Mitarbeitern des Bonner Volksblatts. Anfangs waren wir uns noch sehr unsicher: Fragen wie "Liegt es vielleicht wirklich an unserer eigenen Schwäche, wenn wir uns nicht durchsetzen können? Sind unsere Beiträge nicht doch zu subjektiv und daher unwichtig? tauchten damals ständig wieder auf.

In Freiburg auf dem Alternativzeitungstreffen setzten sich dann auf Initiative einer Frau von der Großen Freiheit einige Frauen zusammen, um ihre Erfahrungen in alternativen Zeitungen auszutauschen. Dieses Gespräch, an dem leider nur ein kleiner Teil der in Freiburg anwesenden Frauen teilnahm, brachte mir vor allem die Gewißheit: wir vier BoVo-Frauen stehen

mit unseren Problemen nicht allein da, es geht anderen Zeitungsfrauen genauso. Und die Plenumsdiskussion, wo dann die Konfrontation Mann – Frau ganz dick kam, zeigt, daß wir nur stärker werden, wenn wir zusammenarbeiten, unsere Erfahrungen austauschen – und die nicht nur auf den halbjährlichen Zeitungstreffen wie in Freiburg, sondern konsequent. Wie die Zusammenarbeit unter uns Zeitungsfrauen im einzelnen aussehen soll, darüber haben wir noch keine konkreten Vorstellungen. Wir hatten zunächst daran gedacht, Erfahrungsberichte der Frauen aus den einzelnen Zeitungen zu sammeln. Daraus könnte dann eine Dokumentation entstehen, die mit in die Nordwind-Broschüre über Alternativ–Zeitungen aufgenommen werden sollte und dann in Oldenburg als Diskussionsgrundlage dienen sollte. Auf jeden Fall sollten wir in Oldenburg dieses Thema auf die Tagesordnung setzen.

Für ebenso wichtig halten wir es, einen Diskussionsprozeß über unser Verhältnis zu autonomen Frauengruppen in Gang zu bringen, diese Diskussion sollte mit den Frauengruppen geführt werden.
Wir fänden es sinnvoll, noch vor dem Treffen in Oldenburg ein Treffen möglichst aller Zeitungsfrauen durchzuführen. Schreibt uns bitte, was ihr davon haltet, eure Vorschläge für eine stärkere Zusammenarbeit und vor allem schickt Berichte von euren Erfahrungen in euren Zeitungen!

Kontakt: Bonner Volksblatt, Frauen –AK, Adolfstr. 52, 5300 Bonn, Tel. 02221/654050

„WIDERLICHE, SCHMIERIGE SYMBOLE . . ."

Hannover
7. Juli

Die folgende Meldung kommt von uns unbekannten Autorinnen. Deshalb können wir nicht nachfragen, was und wie es wirklich gelaufen ist. Wir können nur darüber spekulieren mit welchen „magischen Fähigkeiten" gearbeitet wurde und obs gewirkt hat:

Wir Frauen haben unsere alten magischen Kräfte zurückerobert. Wir haben einige Produkte der Pornoindustrie mit verschiedenen Mitteln behandelt uns sie wieder zu dem gemacht, was sie sind: widerliche, schmierige, stinkende Symbole der kapitalistischen Kultur, die uns Frauen zu Waren macht, deren Wert einzig in ihrer Sexualität liegt. Diese Vergewaltigung unserer Identität als Frau/Mensch, die uns täglich unsere Würde nimmt und uns einen halbkolonialen Zustand aufzwingt, erleben wir jeden Tag – auf der Straße, in den Zeitungen und Illustierten, im Fernsehen, in Filmen und am unübersehbarsten in den vielen Porno-Shops, die es in jeder Stadt gibt.

Deshalb haben wir an 3 verschiedene Pornogeschäfte in Hannover präparierte Pornoartikel geschickt, um ihnen die Lust zu nehmen, durch unsere Unterdrückung das große Geld zu verdienen. Aggressivität, Haß und Wut sind nach der allgemeinen Meinung (aber auch nach der sogenannten wissenschaftlichen Meinung) „unweiblich".

Erlaubt wird uns der Haß gegen uns selbst, der sich in Depressionen äußert.

Erlaubt wird uns der Haß nach unten (Kinder, Minderheiten), der sich nicht gegen die Mächtigen richtet.

Erlaubt wird uns die zänkische Nörgelei, die nur unsere Ohnmacht symbolisiert.
Jeder Schritt, bei dem wir unseren Haß und unsere Wut nicht gegen uns selbst oder Schwächere als wir richten, sondern gegen die Institutionen unserer Unterdrückung, ist ein Schritt in unserem Kampf um unsere Befreiung.

DER ERSTE TREFF DER LKW-, LIEFERWAGEN-, POSTAUTO-, TAXI- UND BUSFAHRERINNEN

Nürtingen
3. Julei

Da saß ich nun am 29. 6. mit Christina und Feli im Frauenzentrum in Nürtingen (Baden-Württemberg) und wartete, welche Frauen und ob überhaupt Frauen zu diesem Treffen kämen . . . sie kamen!
Insgesamt 20 Frauen aus ganz Deutschland, im Alter von 19 bis 53 verbrachten gemeinsam dieses Wochenende. Meine eigenen Vorurteile, Ängste, Erwartungen wie: ‚Da kommen lauter bullige, selbstsichere, männliche LKW-Fahrerinnen' wurden nicht bestätigt. So wie alle Langen, Dünnen und Dicken vor handen waren, kamen aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen Frauen: Da waren einmal Frauen, die hauptberuflich Postpakete, Gemüse- oder Styroporladungen in der BRD fahren, LKW-Überführungen oder Taxifahrten machen. Andere jobten neben dem Studium oder einer Arbeit in diesen Berufen. Und viele andere waren einfach interessiert. Trotz dieser unterschiedlichen Ausgangspunkte hatten wir die Gemeinsamkeit, daß in all diesen Berufen Männer dominieren und wir im allerbesten Fall als "exotische Ausnahme" akzeptiert werden, vorausgesetzt, wir passen uns an. Aus dem Bedürfnis, gerade auch in diesen Berufen mit Frauen zusammenzuarbeiten, kam die Idee, eine gemeinsame Überführungsfahrt in den Süden zu machen. Dieser Konvoi soll im Oktober stattfinden und sowohl Frauen mit LKW-Führerschein, als auch ohne wollen mitfahren. Welche Erwartungen/Vorstellungen hat frau an diesen Konvoi?
Wir sind darauf gekommen, daß es da zwei Bereiche gibt:

1. weil wir:
– Lust haben, auszuprobieren, wie es ist, nur mit Frauen zu fahren,
– versuchen wollen, bei der Arbeit persönliche Probleme soweit wie es geht nicht unter den Tisch zu fegen,
– die Arbeit gemeinschaftlich und gleichberechtigt als Gruppe lösen wollen,
– Spaß miteinander haben wollen.
2. weil wir:
– durch so einen Konvoi aufmerksam machen wollen, daß es auch Frauen gibt, die in diesem „Männerberuf" arbeiten,
– anderen Frauen, die von so etwas träumen, Mut machen wollen, es auszuprobieren,
– Vorurteilen, wie „Frauen sind zu schwach zum LKW-Fahren" entgegenwirken wollen.

Damit wir dann von alledem erzählen können, machen wir einen Film über die Fahrt. Dann haben wir noch über den längerfristigen Plan geredet, eine LKW-Taxifahrerinnen-Interessengemeinschaft zu gründen, wo wir uns gegenseitig unterstützen können. Doch das ist vorerst noch Zukunft. Fest steht die Fahrt im Oktober. Danach werden Treffen in den einzelnen Regionen stattfinden, wo wir vielleicht den Film schon zeigen und neue Frauen sich kennenlernen können. Das soll dann alles noch bekannt gegeben werden, bzw kann an den untenstehenden Kontaktadressen erfahren werden.
Ja, und ich bin am Sonntag mit einem sehr guten Gefühl nach Hause gefahren. Es war ein harmonisches Wochenende, wo die Arbeit nicht nur an ein paar wenigen hängenblieb, wo wir miteinander und nicht gegeneinander reden konnten, und wo ich mich wohlgefühlt habe. Ich bin gespannt, wie's weitergeht.
P.S.: Wenn jemand was über schon bestehende LKW- oder Taxifahrerinnenorganisationen im Inn- oder Ausland weiß, bitte sagt uns bescheid.

Kontakte: Gabi Bürgl, Luisenstr. 5, 78 Freiburg, 0761/26024
Christina Scharwies, Rathausstr. 1, 7441 Wolfschlugen b. Stuttgart

Ulli Gudzent, Prinzenallee 70, 1 Berlin 65, Tel. 030/ 493 86 80,
Ursel Zürner, Feli Sommer, Zugspitzstr. 43, 8035 Gauting bei München, 089/850 49 82



Homolulu findet statt Frankfurt 23.-29. Juli

Wo findet HOMOLULU nun eigentlich statt?

Auf zwei zentralen Plätzen werden die „Schwulen der Welt" sich einfinden:
1. Im Studentenhaus und auf dem Campus davor.
Vom 23. 7. - 28.7. täglich zwischen 18 und 24 Uhr werden in der Pupille diverse seriöse und nicht-seriöse Streifen, Frankfurter Erstaufführungen, in- und ausländische Bonbons und ein bißchen was Geiles aufgeführt.

Tagungsräume, ein Büro des AStA als Info-Büro und wohl auch das KOZ stehen für alle Arten der Diskussion und Veranstaltungen zur Verfügung.
2. Der Biegwald.
Unweit des legendären Rebstockgeländes liegt, sozusagen am anderen Ufer des Bahndammes, der Biegwald mit seiner Festwiese. Hier steht ab Donnerstag, 26.7. bis Sonntag, 29.7., ein Zelt, in dem abends die rauschenden Feste, viel „Cultura" und rundherum ein Markt stattfinden sollen. Nicht weit davon fließt wohlriechend die Nidda, üppig grün bewachsen zum flanieren und träumen.

Wer kommt denn da?

Hoffentlich erst einmal viele Schwule von überall her. Denn entscheidend ist, daß wir hier in Frankfurt unsere Ideen und Phantasien, Erfahrungen und Pläne zusammentragen und etwas daraus machen.

Alles andere ist Konsum:
Sicher auftreten werden: Frankfurter Theatergruppe/Schwuler Zauber/Schneewittchen, Fletscher du Bois/ Rosa Träume/Spalding Sisters/Rita Rage/Raphael Marx und Co./Arsen und Strichnin, die Suddelschwestern, die Gay Sweat Shop Leute kommen einzeln.

Vielleicht kommen:
Bloolips/Hot peaches/Jan Hummerland/ Eschi Rehm/H.G. Klappmaul Puppentheater/Alfredo Cohen und die 3 Tornados.

Wer welche Musik machen wird, ist noch nicht klar.

Wo wohnen, wo essen, was zahlen?

Mit dem Wohnen wird sich natürlich im Laufe der Zeit von selbst etwas ergeben. . Von vorneherein gibt es eine Schlafplatzliste, sie hängt anfänglich im SchwuZ, später im Homolulu-Büro aus, wer ein Zelt hat, wird im Biegwald Gelegenheit haben, es aufzuschlagen. Das Essen, täglich Frühstück und ein warmes Essen, soll zentral an der Uni ausgegeben werden; die Verhandlungen darüber gestalten sich derzeit noch etwas schwierig.

Im einzelnen wird folgendes zu zahlen sein: für Kino 5 Mark, für Feste 10 Mark, die Workshops für die ganze Woche 15 Mark, wer den ganzen Tag alles erleben und haben will, muß 25 Mark zahlen und eine Woche mit allem drum und dran auf Homolulu kostet 150 Mark.

Und?

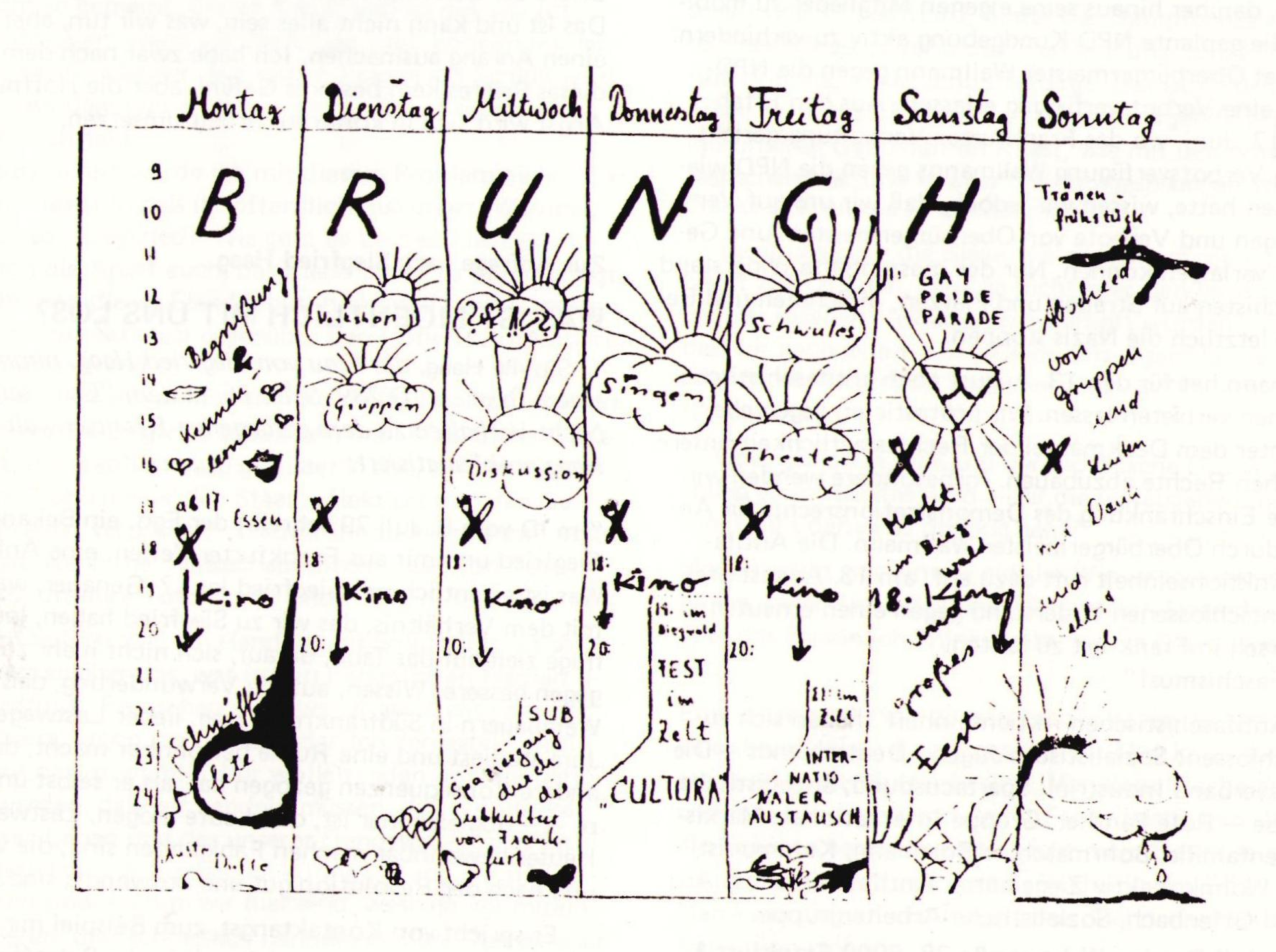
Geplant sind noch 'ne Zeitung, ein Gay-Guide für Frankfurt, am Samstag eine Demo – Gay Pride Parade – Workshops, Begegnungen, Austausch und vieles mehr.

Dieses schwule Treffen wird einiges kosten, und wir werden Eure Hilfe brauchen. **Unterstützt uns! Spendet! Kommt!**

Kontaktadresse und Anmeldung:
Stefan Reiß, Postfach 10 45 31, 61 Heidelberg 1

Spendenkonto:
Postscheckkonto 11 495 - 679, Stefan Reiß, Sonderkonto R, Postscheckamt Ludwigshafen

Homolulu – Stundenplan:



„STOPPT DIE NAZIS AM 13. AUGUST"

FRANKFURT 2. Juli *Die Frankfurter „Antifaschistische Aktionseinheit" ruft auf zur Demonstration am 13. August um 11 Uhr am Liebfrauenberg:*

„Am 13. August will die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) auf dem Frankfurter Römer eine Großkundgebung durchführen. Eine Partei, die wie die NPD in der Tradition von KZ-Mauern und KZ-Stacheldraht steht, hat nicht das Recht, gegen den Bau der Berliner Mauer und die Unterdrückung der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zu protestieren.

Am 17. Juni hatten zehntausend Frankfurter Antifaschisten mit ihrem entschlossenen Widerstand verhindert, daß die NPD ihr Deutschlandtreffen auf dem Römer durchführen konnte. Mit der geplanten Großkundgebung will nun die NPD-Führung die Niederlage vom 17. Juni wieder wettmachen und mit einem Come-Back auf Frankfurts Straßen in den Landtagswahlkampf einsteigen.

Dieses Come-Back halten die NPD-Führer für umso notwendiger, da durch den 17. Juni die Antifaschisten in der ganzen Bundesrepublik Auftrieb erhalten haben. In mehreren Städten wurden NPD-Kundgebungen verboten mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Ereignisse vom 17.6. in Frankfurt.

Die Nazis haben also keineswegs aufgesteckt. Das zeigen auch die jüngsten Vorfälle in Schleswig-Holstein. Dort haben sich hundert Nazis der „Aktion Nationaler Sozialisten" bei einer Hitler-Gedächtnisfeier eine Saalschlacht mit der Polizei geliefert.

Wir, die Antifaschistische Aktionseinheit, betrachten aus den genannten Gründen die geplante Großkundgebung der NPD nicht als ein lokales Ereignis von untergeordneter Bedeutung.

Widerstand gegen die Nazis jetzt!
Der Kreisvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat das Verbot der NPD-Kundgebung gefordert. Wir fordern den DGB auf, darüber hinaus seine eigenen Mitglieder zu mobilisieren, um die geplante NPD-Kundgebung aktiv zu verhindern. Inzwischen hat Oberbürgermeister Wallmann gegen die NPD-Kundgebung eine Verbotsverfügung erlassen. Aus den Erfahrungen vom 17. Juni, wo das Frankfurter Verwaltungsgericht eine ähnliche Verbotsverfügung Wallmanns gegen die NPD wieder aufgehoben hatte, wissen wir jedoch, daß wir uns auf Verbotsverfügungen und Verbote von Oberbürgermeistern und Gerichten nicht verlassen können. Nur der massenhafte Widerstand aller Antifaschisten auf Straßen und Plätzen, in Schulen und Betrieben kann letztlich die Nazis stoppen.

OB Wallmann hat für den 13. August auch antifaschistische Gegenaktionen verbieten lassen. Wir protestieren gegen alle Versuche, unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit unsere demokratischen Rechte abzubauen. Insbesondere wenden wir uns gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechts für Antifaschisten durch Oberbürgermeister Wallmann. Die Antifaschistische Anktionseinheit ruft dazu auf, am 13. August breitesten und entschlossenen Widerstand gegen einen erneuten Nazi-Aufmarsch in Frankfurt zu leisten.
Nie wieder Faschismus!"

In der „Antifaschistischen Aktionseinheit" haben sich zusammengeschlossen: Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken (Ortsverband Industrie), Spartacusbund, Sozialistische Jugendgruppe – Rote Panther, Gruppe Internationale Marxisten, B-Ebenenfamilie, Bohrmaschine Bornheim, Kommunistischer Bund, Wohnkollektiv Ziegelhütte, Antifaschistischer Arbeitskreis, BI-Offenbach, Sozialistische Arbeitergruppe.

Kontakt: Rudolf Bender, Weberstraße 28, 6000 Frankfurt 1.

SCHWIERIGKEITEN MIT DEM KNAST

HAMBURG 9. Juni *Heiner schreibt über den Bericht zu S. Haag im ID 289 folgendes:*

Ich habe gerade den Beitrag über Siegfried Haag im letzten ID gelesen. Ich bin ziemlich betroffen gewesen. Es ist leider wirklich die traurige Wahrheit, daß wir immer erst hören müssen – im Radio, im Fernsehen oder sonstwo –, daß mal wieder einer zig Jahre seines Lebens durch die Klassenjustiz verliert, um bei uns ein schlechtes Gewissen auszulösen. So, wie es dem Schreiber des Artikels über Haag ging, als er fragte, ob Siegfried Haag für die Linken tabu sei, geht es wahrscheinlich vielen, mir auch. In einer ähnlichen Situation habe ich auch mal tagelang darüber nachgedacht, wie ich es schaffe, endlich meine Angst zu überwinden und Gefangenenbesuche zu machen, ihnen zu schreiben, überhaupt, ihnen das Gefühl zu vermitteln, sie wären nicht allein, gerade diejenigen, die nicht über die Popularität eines P.P. Zahl verfügen. Was war das Ergebnis: Ich habe keine Gefangenen besucht, habe ihnen auch nicht geschrieben, das Einzige was ich fertigbrachte, war die Spende an verschiedene Buchhandlungen, die ihnen Bücher sandten. Ein Schritt nach vorn? Vielleicht. Die Angst ist immer noch da und der Staatsschutz freut sich, daß seine dreckige Arbeit Früchte trägt. Wie soll's also weitergehen? Hat die Taz seit der Besetzung neue, bessere Voraussetzungen geschaffen? Mag sein, über Haag stand aber nichts drin, jedenfalls habe ich über ihn nichts finden können und über viele andere eben-falls nicht. Daher meine Forderung: es ist nicht Sache der Gefangenen auf ihre Haft- und Lebenssituation aufmerksam zu machen, sondern vielmehr unsere Aufgabe, wie auch immer, dafür zu sorgen, daß, wenn wir schon zu feige sind (ich auch) Besuche zu machen oder Briefe zu schreiben, ihnen minimalste Solidarität zu zeigen.
Das bedeutet für mich, mit möglichst vielen Leuten und oft über den Knast zu reden, ihnen über Dritte, Bücher zu senden, Sprüche über sie an Wände und Türen zu schreiben, Flugblätter und Aufkleber verteilen und die linke Presse durch geeignete Briefe zur Berichterstattung über alle Gefangenen aufzufordern. Das ist und kann nicht alles sein, was wir tun, aber zumindest einen Anfang ausmachen. Ich habe zwar nach dem Schreiben dieses Briefes kein besseres Gefühl, aber die Hoffnung, unsere Angst wird sich in konkrete Arbeit umsetzen.

Zur Anfrage nach Siegfried Haag

WAS IST EIGENTLICH MIT UNS LOS?

Sibylle Haag, *die Frau von Siegfried Haag, nimmt Stellung zu einem Brief im ID 289, Seite 16, in dem "Ego" sein eigenes Nicht-Verhalten zu dem gefangenen Rechtsanwalt Siegfried Haag problematisiert:*

"Im ID vom 6. Juli 79 schreibt der Ego, ein Bekannter von Siegfried und mir aus Frankfurter Zeiten, eine Anfrage: Was ist eigentlich mit Siegfried los...? Genauer, was ist eigentlich mit dem Verhältnis, das wir zu Siegfried haben, los? Seine Anfrage zielt auf das Tabu, darauf, sich nicht mehr zu verhalten, gegen besseres Wissen, auf die Verwunderung, daß einer, der die Weinbauern in Südfrankreich mag, lieber Lastwagen fährt als Jura studiert und eine Ruine bewohnbar macht, daß so einer andere Konsequenzen gezogen hat, als er selbst und viele andere – – obgleich klar ist, daß Leute mögen, Lastwagen fahren, Häuser bewohnbar machen Fähigkeiten sind, die vor, während und nach der Revolution gut und notwendig sind.

Er spricht von Kontaktangst, zum Beispiel mir gegenüber, weil mir als Ehefrau, ganz bürgerlich, die Betroffenheit besonders zu schaffen machen muß, bis zum Zusammenbruch. Das ist



das Bild der Kriegerwitwe — verhärmtes Opfer im Krieg fürs Vaterland, schicksalshaft ausgeliefert. Dahinter steckt auch, vielleicht nicht so gemeint, die im Knast sind so gut wie tot, und wir hier draußen, wenn wir betroffen sind, können nur leiden. Der Ego weiß es besser. Mit seinen Fragen am Schluß wird das deutlich, mit dem was er vorher sagt, trifft er sicher auch, was vielen ähnlich geht.

'Ich weiß heute, allein werde ich mit diesem Problem nicht fertig und will deshalb, daß ihr öffentlich diskutiert: Warum spricht keiner von Siegfried? Wie geht es Leuten, die Besuche machen? (Ach die Angst auch, das Elend einen zu Taten bringt, die man, sieht man dieses Elend nicht, nicht will ...) Wir müssen, meine ich, die Kontaktangst gegenüber den Isolierten diskutieren in taz, ID, Pflasterstrand ...

Einige von Siegfrieds Bekannten sind heute Professoren, fast alle sind irgendetwas. Ist Siegfried tabuisiert, weil er zu dieser Generation gehört, die etabliert in gewisser Weise, dennoch nicht unwichtig, in Büchern über den Staat reflektiert und den Genossen und Freund verdrängt? Träumt ihr auch schlecht? Habt ihr auch Angst, wenn die Tagesschau kommt, daß von Toten berichtet wird, die eure Toten auch sind? ..."

Es geht um Solidarität, um Handeln aus Solidarität. Es soll informiert werden über das, was in den bürgerlichen Medien — Zeitung, Rundfunk, Fernsehen — entweder gar nicht oder nur verkürzt, verzerrt, falsch und verleumderisch dargestellt wird. Aber nicht nur das ist wichtig. Wir wollen reden und uns darüber bewußt werden, daß wir handeln müssen, daß wir unsere Identität, unser Leben und das unserer Genossen — sei es im Knast oder draußen — nur schützen können, wenn wir uns darüber im Klaren sind, warum wir hier sind, weshalb wir miteinander diskutieren und schließlich handeln wollen. Dies ist aber nur möglich, wenn ein Prozeß in Gang kommt, in dessen Verlauf jenseits der vielfältigen Erscheinungsformen der gemeinsame Feind wieder ausgemacht wird, der sich hinter Atom-Lobby und Rassismus, hinter chauvinistischer Männerherrschaft und Völkermord, hinter der Dampfwalze des Industrieregimes, hinter psychischer Verelendung, schließlich Knast, Isolation und Todesschuß verbirgt. Das ist natürlich auch eine Frage der Moral. Bekümmert es uns in irgendeiner Weise, wie mit unseren Genossen im Knast, wie mit den unterdrückten Menschen hier und in aller Welt umgesprungen wird? Worin drückt sich unsere Anteilnahme aus?

Darin, daß wir die Siege, die andere erringen, bejubeln? Nicht zuletzt auch, weil sie nicht über den langen, bitteren Weg unserer eigenen Niederlagen erkämpft wurden? Oder darin, daß wir nach jedem Suff-Abend uns sagen: ja, morgen, da mach ich das, was ich schon immer machen wollte — so wie Ego im ID schreibt?

Oder gar darin, daß uns der moralische Druck zur Pflichtübung gerät, Caritas wird — für die Gefangenen müssen wir was tun, weil's denen so dreckig geht?

Moral beruht erst einmal auf der Wiederentdeckung von Haßgefühlen, jener Form des Bewußtseins von Unterdrückung, die über das Persönliche hinausgeht, wie es David Cooper genannt hat.

Eine einzelne Person zu hassen, das ist das Reaktionsmuster eines bourgeoisen Familienschemas. Man kann den Vater hassen, weil er die Mutter besitzt. Man kann Rache an ihm über und ihn umbringen und damit Freud bestätigen. Man kann auch die Geliebte hassen, weil sie nicht mehr Besitz sein will und sie im bürgerlich anerkannten Racheakt der Eifersuch töten. Man kann sich an chauvinistischer Männerherrschaft durch Kastration rächen.

Rache aber ist nicht Ausdruck des Hasses der Unterdrückten. Rache ist: die persönliche Niederlage mit dem Schein von Stär-

ke umgeben — aber kein Akt der Emanzipation. Rache durchbricht nicht den Teufelskreis.

Rache als politischer Beweggrund ist der faschistische Feldzug, sind die Bombardements der Palästinenserlager und der Armenviertel in Nicaragua.
Rache ist auch Vernichtung derer, die im Knast sind — Geiselhaft. Das ist Ausdruck des Hasses der Unterdrücker, wenn sie die Freiheit wittern, die sie nicht meinen. Bis ins kleinste Detail wird Rache am Freiheitswillen geübt: der 4-jährige Robert darf seine Milchflasche aus Plastik zum Besuch bei Siegfried nicht mitnehmen. Begründung: die Milch aus der Freiheit kommt hier nicht rein.

Revolutionäre, kämpferische Moral aber bedeutet Haß, der nicht im Rachefeldzug endet, sondern Überwindung der etablierten familialistischen Pflichtmoral, die auf Schuldgefühl beruht. Sie bedeutet mißtrauische wütende Ablehnung des repressiven Systems, das uns gefangen hält.
In diesem Sinne ist schließlich auch Liebe: in vollem Bewußtsein alle Formen der Unterdrückung und Verdummung der bourgeoisen Gewalt hassen.

Eine einzelne Person zu hassen, bedeutet unter anderem immer eine Verschwendung von Kraft und Zeit. Man kann nur das System hassen. Aber dieses System verkörpert sich für uns in Fleisch und Blut in der Person des Herren, der die Miete kassieren kommt,
der uns entgegentritt in der Kleidung, die er trägt, im Auto, das er fährt oder in dem er sich fahren läßt,
er tritt uns gegenüber als Schreibtischtäter, der uns computerisiert,
als Ordnungshüter, der uns schikaniert,
als Knastbulle, der uns drangsaliert,
als Richter, der uns einsperrt,
als Politiker, der Gesetze schafft, mit denen uns die Luft abgeschnürt werden soll.

Der Herrschende und seine Handlanger sind letzten Endes immer sichtbar.

Mit welchen Mitteln versuchen die Herrschenden, uns zu ködern, damit wir unseren Mut und unsere Ausdauer verlieren, was ist ihre Sprache?

Sie nutzen ihre Plastikideologie von sogenannter Freiheit und meinen Marlboro
sie sprechen von 'Fortschritt'
und meinen ihren Computerzirkus,
von 'Freizeit'
und meinen die Glotze und den Safari-Tourismus,
von Leistung und 'Erfolg'
und meinen die Lehre von der Vererbung der oberen Plätze bzw. die scheinbar massenhaft vorhandene Karriere eines Tellerwäschers zum Millionär.
Die Bedürfnisse, die wir haben sollen, haben sich nach dem vom Profitinteresse diktierten Angebot zu richten: welches Auto und wann ein neues anzuschaffen ist, welche Küchengarnitur u und welche Zahncreme man haben muß — je nach Konjunkturlage: Verschwenden oder Maßhalten.
Unsere Ideen und Wünsche, unser Leben und Denken soll sich überhaupt nur noch in vorgezeichneten, berechenbaren Schemata bewegen, in denen der einzelne nur passiv reagiert, Fatalist, isoliertes Objekt ist.
Was in der schärfsten Form im Knast passiert, ist von der Struktur her nichts anderes als das, was wir draußen tagtäglich im kleinen reproduzieren, solange wir unser Leben nach den vorgeschriebenen gesellschaftlichen Normen einrichten.

Wenn wir auf die hohlen Werte und Begriffe der Herrschenden jedoch nicht mehr hereinfallen, fahren jene im wahrsten Sinne des Wortes schwere Geschütze auf:
die alltägliche Repression — oder genauer — die Gewalt, die vom System über seine Funktionsträger gegen uns mobilisiert wird und gegen unser Bedürfnis
— Initiative zu entwickeln,
— etwas Neues anzufangen,
— Bestehendes durch gleichzeitige Veränderung von uns selbst zu verändern,
— einen spontanen Ausdruck unserer Identität wiederzugewinnen, das Knastsystem überhaupt — auch das in unseren Köpfen — hinwegzufegen

stellen sie uns vor die vermeintliche Alternative, entweder zu kapitulieren und uns anzupassen, oder Gefahr zu laufen, isoliert und erschossen zu werden, wie bei der Erschießung von Willi Peter Stoll, Elisabeth van Dyck, der versuchten Liquidierung von Rolf Heißler oder der Verhaftung von Christine und Harald Biehal und Karl-Heinrich Adzersen.

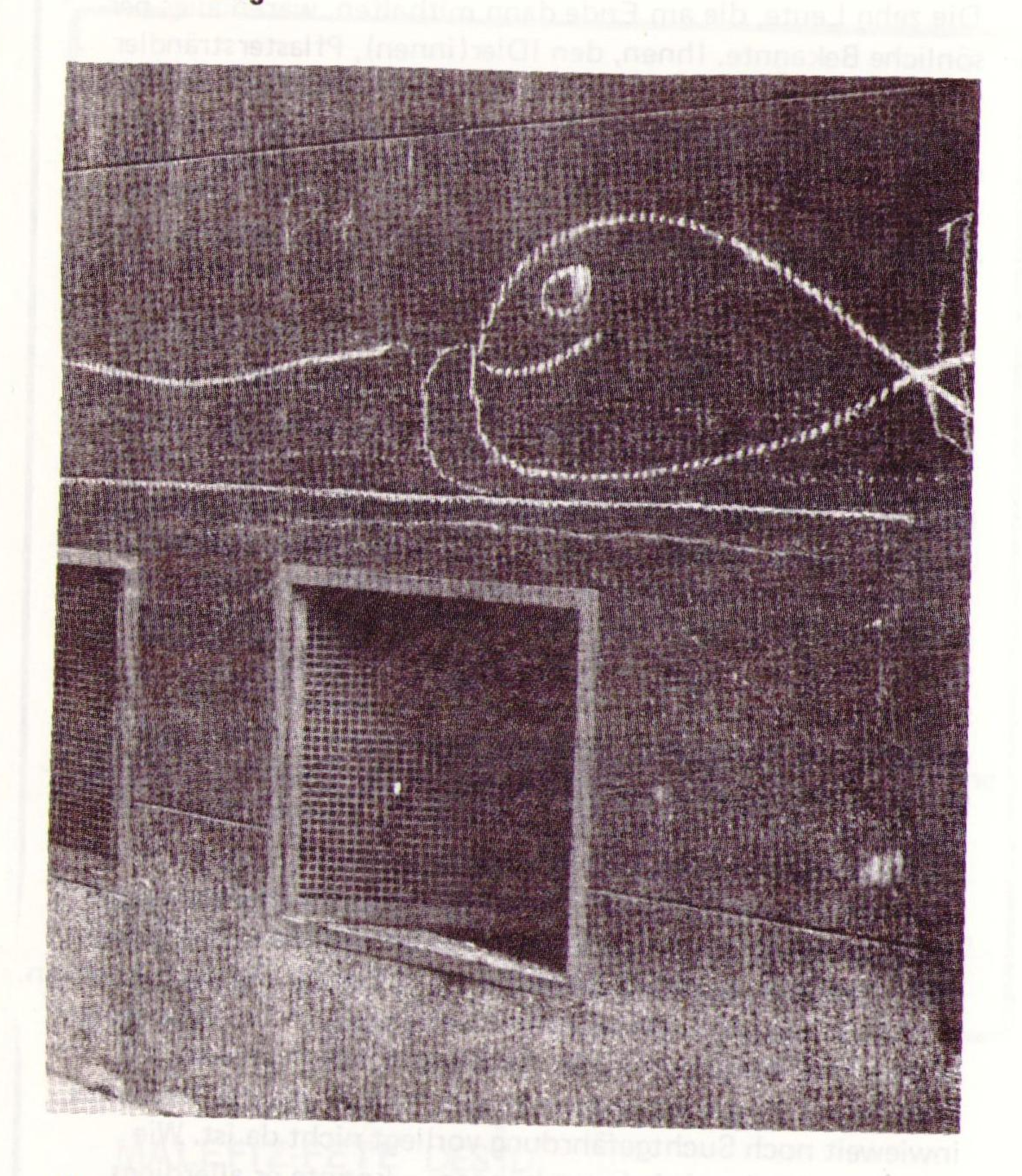
Es wird häufig so argumentiert, daß es jenseits von Kapitulation und Anpassung einerseits, Isolierung im Knast und Todesschuß andererseits noch unendlich viele Möglichkeiten der Selbstverwirklichung in diesem System gebe. Fatalerweise wird diese Sicht gerade von denjenigen vorgetragen, die sich vom Staatsschutz vorschreiben lassen, mit wem sie solidarisch sind und mit wem nicht.
Im Id erinnert sich Ego an Diskussionen, ob es richtig sei, mich in der Wohngemeinschaft übernachten zu lassen. Es wurde abgelehnt, weil es ihre politische Arbeit gefährden könnte — mit der es allerdings so wild wieder nicht war, wie er sagt.
Andere meinen, man könne erst handeln, wenn man auch die Mittel in der Hand hat, um effektiv zu sein und meinen damit nicht, sich diese Mittel verschaffen, was ja schon handeln wäre, sondern abwarten, damit man keine Niederlagen erleidet, nicht auffällt, keine der immer enger gezogenen Grenzen überschreitet.
Oft wird auch sich bewegen, umtriebig sein, verwechselt mit vorwärtskommen. In der Manege agieren aber heißt den Zirkus mit machen. Nur Handeln können, wenn klargestellt ist, mit denen, die anders handeln, hab ich nichts zu schaffen, kann nie solidarisches Handeln sein, das ist Selektion, Verweigerung von Solidarität. Das bedeutet in letzter Konsequenz, jene Genossen, die dieses System militant bekämpfen, den Mordkommandos des Staatsapparates auszuliefern — wie die Praxis des Todesschusses zeigt — ohne daß jene, die Solidarität verweigern, sich selbst dadurch langfristig dem Zugriff des Staates entziehen könnten.

Wir brauchen uns nur vor Augen zu halten
— die Praxis der Überwachung und Computerisierung, die inzwischen auf fast alle Menschen in der BRD ausgedehnt worden ist
— die Praxis der Berufsverbote, mit der wohl kaum die Stadtguerilla getroffen werden soll,
— die Zerstörung der letzten Reservate der Linken an der Hochschule,
— die Zerstörung von Wohngemeinschaften, Jugendzentren oder anderen Alternativprojekten,
— schließlich in Heidelberg die Zerstörung der letzten Reste von Selbstorganisation, wie es am Beispiel des Vorgehens gegen das CA und das Kinderhaus deutlich wird.

Im Gegenteil, diejenigen, die Solidarität verweigern, erleichtern es den Herrschenden, auch die übrigen Teile der Bewegung mundtot zu machen. Sie verwechseln leben mit überleben.
Sie begeben sich kampflos in die Defensive, werden zu Opportunisten oder Bettlern um Freiräume und räume dem Staatsschutz das Feld, auf dem er Zug um Zug die Genossen drinnen im Knast wie draußen isolieren und politisch und psychisch vernichten kann.

Noch einmal zu der staatlichen Strategie, die darauf abzielt, uns kampfunfähig zu machen: die vermeintliche Wahl zwischen Kapitulation und Anpassung einerseits, Isolation im Knast und Todesschuß andererseits;
Es ist tatsächlich so, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit in der BRD diese staatliche Strategie widerspiegelt. Was allerdings schlimm ist, ist die Tatsache, daß sich diese Struktur zum Teil auch in unseren Köpfen festgesetzt hat.
Wenn es uns aber tatsächlich darum geht, unsere eigene Identität wiederzufinden, weder registriert, kontrolliert noch verwaltet oder psychiatrisiert zu werden und darüber hinaus noch aktive Solidarität zu üben mit den Gefangenen im Knast, deren psychische und physische Identität gebrochen werden soll durch jahrelange unmenschliche Isolation, wenn es uns tatsächlich darum geht, dann kommt es vor allem darauf an, die Grenzen zu überschreiten, die uns die staatliche Gewalt setzt, die wir auch schon teilweise verinnerlicht haben, über die wir oft nur soweit Bescheid wissen, daß wir Angst vor der Grenzüberschreitung haben, der Überschreitung dessen, wo Neuland für uns beginnt, eine Freiheit, die wir uns tatsächlich erst erkämpfen müssen."

Bille Haag



Hungerstreik in Höchst

DIE KÖNNTEN JA WAS VERSTECKEN

Die Situation der mittlerweile rund 70 hungerstreikenden Jugendlichen und Erwachsenen in der Jugendstrafanstalt Höchst (siehe ID 290, beigelegtes Extrablatt) ist bis heute unverändert – außer daß die Hungerstreikenden immer mehr werden. Der Frankfurter Rundschau hat dieser Hungerstreik für bessere Haftbedingungen bisher nur eine müde Kurzmeldung abgenötigt. Kommentar: Das ist nicht wichtig genug. Anstaltsleiter Funke tut in Höchst sein Bestes, er schlägt kleine Kompromisse vor. Sein Bestes nämlich ist, wie wir von Leuten erfuhren, die ihn kennen, sich strikt und stur an die Gesetze zu halten. Franke zum Beispiel zum Begehren der Gefangenen, ihre Zellen selbst dekorieren zu dürfen, in etwa: Das geht doch nicht, daß die die ganzen Wände vollkleben. Da könnte man ja was dahinter verstecken. Dazu, daß die Hungerstreikerklärung an die Öffentlichkeit kam: Das ist doch über keinen Richtertisch gegangen, das schadet doch der Anstalt.
Franke verweist seine Gefangenen auf die Möglichkeit, Hausbeschwerden (Anliegen) zu formulieren, Beschwerden und Petitionen einzureichen. Dabei übersieht er, daß diese Mittel von den Inhaftierten oft genug ohne Resonanz ausprobiert worden sind.

Erschwerend für die Situation der jugendlichen Untersuchungshäftlinge in Höchst ist es, daß der dritte Stock mit Erwachsenen in Strafhaft belegt ist. Um diese beiden Gruppen – wie es das Gesetz vorschreibt – zu trennen, sind im Haus zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen eingeführt. Arbeit gibt es nur für rund 40 Prozent der Jugendlichen (4.20 DM Tageslohn, Akkord. Zusammenbau von Elektronenteilchen und Klebearbeiten in engen stickigen Räumen). Der Kaufmann, der seinen Einkaufsstand im Knast hat, kassiert überhöhte Preise.

Mittlerweile hat es eine spontane Demonstration der ehrenamtlichen Mitarbeiter und aller die sich mit dem Hungerstreik in Höchst solidarisieren gegeben. Ein Mitarbeiter ist gefeuert worden, weil er „bei der Demonstration gesehen wurde". Aus Kreisen der ehrenamtlichen Höchster Mitarbeiter kommt die folgende Erklärung:

... Knast – wie ich ihn erlebe und wie ich ihn definieren würde, das ist ein gigantische, immer weiter vervollkommnete, zynische Maschinerie der Entwürdigung, Entpersönlichung, Entmündigung, Identitätszerstörung, psychischer und physischer Vernichtung. Und zwar Knast in jeder Form.
Ich halte das, was die (noch) nicht internierte Linke in ihren Stellungnahmen – sofern sie überhaupt Stellung dazu bezieht – immer wieder gegeneinanderstellt, nämlich die Haftbedingungen der Guerilla gegen den sogenannten Normalvollzug, für ebenso makaber wie den Passus von der „pädagogischen Maßnahme Strafhaft" in allzuvielen Urteilsbegründungen allzu vieler Richter, und kann mir beider Sichtwinkel zum Komplex „Strafvollzug" nur erklären aus der schlichten Tatsache heraus, daß die einen wie die anderen noch nie näher mit „normaler" Haft zu tun hatten.

Mir stinkt der Primat Guerilla ungeheuer. Mir stinkt die Wertung, die darin steckt. Sitzen die „Normalen" womöglich zu recht in winzigen Zellen, 23 Stunden am Tag, hinter Sichtblenden, sind unendlich vielen Einschränkungen und Repressalien ausgesetzt (man lese dazu nur den Forderungskatalog der Inhaftierten in Höchst)? Oder, anders gefragt: Ist dieser Hungerstreik, sind diese Forderungen etwa kein Politikum ersten Ranges, zumal von Leuten initiiert, die eben nicht als Politische in den Krallen der deutschen Justiz geraten sind?
Da gehen am 17. Juni 30.000 oder mehr auf die Straße, ziehen zu „Rock gegen Rechts". Es ist ja auch ein Kavaliersdelikt, zusammen mit DGB, den großen Kirchen, den etablierten Parteien, den „Demokraten" jeder Couleur, die dieses Land auf seiner rechts-staatlichen Seite aufzubieten hat, gegen einen 35 Jahre alten Faschismus zu demonstrieren, der in dieser Form (und wie er sich in der NPD u.a. personalisiert) keine Chance mehr hier hat. Daran hat der Regierungs-, Verwaltungs-, Staatsschutzapparat dieses Landes, hat vor allem das Großkapital im Geflecht seiner gemeinschaftlichen europäischen Schmierfinkereien jedes Interesse. Es ist absurd, es ist eine politisch völlig falsche Einschätzung zu glauben, es könne hier ein neuer Faschismus im demaskierten Aussehen des Dritten Reiches auferstehen.
Da aber, wo sich die wirklich faschistischen Tendenzen dieses Rechts-Staats längst sichtbar manifestiert haben – in seinen Knastmauern –, da sieht sich dieser Staat an einem ganz vitalen Punkt bedroht. Und da wird man demzufolge wirkliche Risiken eingehen, wenn man sich damit auseinandersetzt oder gar

dagegen agiert, und nur so kann ich mir's erklären, daß die Linke zum allergrößten Teil sich in Schweigen hüllt, sobald es um den Komplex Haft und Haftbedingungen geht.

Wer die Guerilla erstmal zu seinem politischen Gegner erklärt hat (und das ist allemal einfacher, als sich mit ihr auseinanderzusetzen), der hat auch seine Legitimation, sich einen Dreck um ihre Haftbedingungen zu scheren, und wer's dennoch tut, der tut's beschränkt auf seine politische Selektion; worum es aber geht, ist eine generelle Auseinandersetzung in Gang zu bringen (und sie in Gang zu halten) mit dem, was Knast, was Haftbedingungen in jedem Falle bedeuten. Ich finde es makaber, ja zynisch, eine Grenze zu ziehen, definieren zu wollen, wo „Isolationshaft beginnt und „Normalvollzug" aufhört. Die Zustände in der JVA Höchst, deren sichtbare Spitze die Sichtblenden sind, sind eine absolut logische Folge dessen, was in Stammheim (und anderswo) begann.

Die Jugendlichen und Heranwachsenden dort haben zum allergrößten Teil keine politische Identität, die ihnen über die meist sehr lange Zeit ihres Eingeknastetseins hinweghilft, und sie haben, wenn sie rauskommen, erst recht kein tragfähiges Netz von sozialen Zusammenhängen, das sie auffangen könnte. Mir stinkt das Geschrei um einen Karl-Heinz oder Andreas dann, wenn das Geschrei um einen Mustafa oder Antonio völlig ausbleibt.

Ich halte eine Auseinandersetzung damit, warum jemand in den Knast geschickt wird, für völlig abwegig, denn dies hieße in jedem Falle, ob es nun um einen Angehörigen der Guerilla oder einen kleinen Dealer geht, sich den Moralkodex des Strafgesetzbuches dieses Staates insofern anzueignen, als man sich auf der Basis der dort definierten Strafwürdigkeit zu orientieren begänne. Es geht mir vielmehr um die Frage, was mit Menschen passiert, die nach der Definition eben dieses staatlichen Apparates straffällig geworden sind, und damit in die brutale Vernichtungsmaschinerie der bundesdeutschen Justiz geraten. Denn: Nicht nur Stammheim, sondern längst auch Höchst bedroht uns alle!

Hungerstreikerklärung und Solidarität — eine Beobachtung

Dies ist ein Papier von J., der so seine Erfahrungen in Frankfurt machen mußte:

Ich will kurz versuchen, an paar Eindrücken zu vermitteln, die ich vergangene Woche im Zusammenhang mit dem Hungerstreik gemacht habe.

Donnerstag: Wir bekommen die Erklärung der Gefangenen, weil es jemand gewagt hat, sie nach draußen zu schmuggeln. Jetzt geht es erst einmal auch darum, diesen Forderungskatalog öffentlich zu machen. Wir teilen uns die Aufgaben auf. Ich übernehme es, zum Pflasterstrand und zum ID zu gehen. Ersterer war bereits am vortag erschienen, der ID war druckfertig, als ich dort ankam. Was tun?

Es besteht höchstens noch die Möglichkeit, den einzelnen Heften ein Flugblatt mit der Erklärung der gefangenen Jugendlichen beizulegen. Der ID, und das, Leute, nehmt euch auch mal zu Herzen, steht kurz vor dem finanziellen Ruin (eine Schande, wir haben ihn immerhin lange Zeit gebraucht und tun dies meiner Meinung nach auch jetztz noch), kann also das Flugblatt nicht drucken.

Ich mache mich wieder auf den Weg mit der Ungewißheit, ob überhaupt vor dem Wochenende noch was veröffentlicht wird (die TAZ war für den Freitag schon fertig, und samstags gibts keine taz, und auch die bürgerliche, na ja, ihr wißt ja, kein Verlaß).

Ich gehe also zum AStA, soll dessen Druckerei (ADS) das doch drucken. Außer zwei Leuten, die gerade Studentenausweismärkchen ausgeben, ist keiner da. Jetzt beginnt die Anruferei (möcht nicht wissen, wieviel Bänder ich an diesem Tag vollgequasselt habe)! Der Drucker will dann auch in einer halben Stunde kommen. Ich warte, es war wohl eine Stunde, halt es dann nicht mehr mehr aus, ruf beim ID noch mal an und erwische eine Frau, die sofort bereit ist, das Ganze schonmal zu setzen. Ist ja auch für den AStA einfacher. Ich gehe also wieder zum ID. Wir setzen das Flugblatt. Ich gehe wieder zum AStA. Die Drucker machen gerade ein Päuschen. Dann kommen sie aber, und die ‚Mühle' fängt etwas schneller, auch konkreter an, sich zu drehen.

Da die Leute vom ID schon genug mit dem Versand etc. zu tun haben, brauchen wir noch Leute, die die Flugblätter (5000) einlegen müssen. Und hier kommt eigentlich der größte Frust des ganzen Tages: die Scene!!

Ich gehe ins „Komunikationszentrum (KOZ)" in der Uni, voll ist es gerade nicht, aber ein paar Leute sind schon da, an einem Tisch wird Schach gespielt, etliche Leute sitzen um die Spieler herum. Ich gebe ihnen Flugblätter und sage mein Sprüchlein: „...Es werden noch dringend Leute gebraucht..." die Leute schauen kurz auf das Blatt, dann auf mich, um dann wortlos !!! weiter Schach zu spielen. An der Theke, mensch trinkt Sekt, ähnliches.

Dann versuch ichs halt mal in der Karl-Marx-Buchhandlung. Und hier vollzieht sich ein Symbolismus, wie ich ihn (naiverweise) kaum für möglich hielt. Ich komme rein, sage mein Sprüchlein, und die Leute verstecken sich klammheimlich hinter ihren Büchern ...

Die zehn Leute, die am Ende dann mithalfen, waren alles persönliche Bekannte. Ihnen, den IDler(innen), Pflastersträndler (innen), den AStA-Leuten, vor allem auch den Druckern, darf ich , glaub ich, so förmlich dies auch sein mag, im Namen der Gefangenen herzlichst danken, auch wenns selbstverständlich sein sollte.

J.

FRAUENGEFÄNGNIS LEHRTERSTRASSE :

Berlin
Juni 79

" In der Hungerstreikerklärung haben die Frauen aus Frankfurt (s. ID 286) angedeutet, daß bereits hier in Berlin der Urlaub für Fixer gestrichen wird. Nicht nur der Urlaub. Nach außen wird der normale humane Strafvollzug propagiert. Wir merken nichts davon.

Seit Januar kämpfen wir um Urlaub. Bis Januar 79 war es so, daß wir in Urlaub gehen konnten, wenn wir sechs Monate negative Urinkontrollen nachweisen konnten. Und - trotz negativer Urinkontrollen wurde der Urlaub mit den unmöglichsten Begründungen abgelehnt: z.B. Verhalten im Vollzug usw.

DAraufhin haben einige Frauen die Urinkontrollen verweigert.

Anstaltsleiter Höflich schrieb dann in einer Ablehnungsbegründung , daß die Urinkontrollen Z u f a l l s ergebnisse sein könnten. (Merkwürdigerweise sind jetzt die Seiten, die diese Ablehnungsbegründung enthielten in der Akte nicht mehr vorhanden.)

Die nächste Begründung lautete, kein Urlaub, da der Nachweis, inwieweit noch Suchtgefährdung vorliegt nicht da ist. Wie wir diesen Nachweis bringen können — konnte er allerdings auch nicht sagen.

Der Briefverkehr wird beschränkt. Briefmarken, die wir von Angehörigen bekommen, werden einbehalten. Postkarten und Bilder gelten als verbotene Beilage und kommen zur Habe.

Sozialarbeiter setzen sich nur noch für "Therapiewillige" Frauen ein. 2/3 Entlassungen laufen nur noch mit Therapieauflage. Viele benutzen eine Therapie um früher raus zu kommen, nicht weil sie eine Therapie befürworten. Was eine Zwangstherapie bringt — ist klar.

Der Besucherraum ist bei uns eine Katastrophe. Die Trennscheibe wurde zwar wieder entfernt, aber eine intensive Unterhaltung mit den Besuchern wurde dadurch auch nicht ermöglicht. Der Sprechraum ist meist so überfüllt, daß wir unser eigenes

Wort nicht verstehen. Der Tisch ist 2 m breit, daß der Besuch nichts versteht. Einzelbesuche gibt es nur in Ausnahmen (z.B. bei Todesfällen.). Vor drei Wochen wurde an den Flurfenstern auf allen 4 Stationen von innen Fliegengitter angebracht.Die Begründung war: Ordnung und Sicherheit. Es soll verhindert werden, daß Dope in die Anstalt kommt. Heute wurde von außen noch Fliegengitter angebracht. Jetzt sind also d r e i Gitter vor einem Fenster! Es ist so dunkel, daß bereits tagsüber Neonlicht eingeschaltet werden muß. Mir ist unklar, warum man die Fenster nicht gleich zumauert? Die Kosten sind nicht so hoch, aber die Wirkung ist die gleiche. Warum wurden bei anderen Stationen, wo k e i n e Fixer sind auch Fliegengitter angebracht?

Äußerst selten werden uns Entlassungsvorbereitungen ermöglicht. Wohnung und Arbeit sollen uns von Sozialarbeitern besorgt werden. Da Sozialarbeiter sowieso nur was für Therapiewillige tun, und noch dazu total überlastet sind, werden sie nicht in der Lage sein, uns eine Wohnung zu besorgen. Viele von uns haben keine Angehörigen, die sich um sie kümmern. Sie stehen vor dem Nichts. Dann ist der erste Weg die Scene.

Die Frauen, die sich gegen die Situation auflehnen (Beschwerden schreiben!!) gelten als Vollzugsstörer. Sie behindern das Vollzugsziel der anderen."

— so der Brief einer Frau aus dem Gefängnis Lehrter Straße.

HERAUSGEBER

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortlicher Redakteur: Heide Platen

Abonnement:

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18.- für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**

MALEFIZ-FETE DES ID

Wir veranstalten am 26. JULI in der Frankfurter BATSCHKAPP, Maybachstr. 24 eine große Knete-Fete. Es soll um 17.oo h losgehen mit Tombola, Fressen, Stände, Wein, Musik, und vielen Gruppen wie das Mobile Einsatz-Orkester, Karl Napp, Mike Knöss, u.v.a.

Wer aus dem erlauchten Leserkreis noch Ideen hat, auftreten will, kann, muß, sollte ihm ID anrufen und den Bub verlangen.

Alles für die Tombola (Bibeln, Kleiderständer, Gitarren, Comics) bitte ebenfalls dort abliefern.

Tel. 0611 / 70 43 52

HAUSMITTEILUNG

NOCH IMMER GEHTS BERGAB

Die Auflage für die Hefte Nr. 290/291 betrug 4421 Exemplare. Das sind wieder 238 ID's weniger als bei den beiden Nummern zuvor. Es geht also noch immer bergab, diesmal verstärkt bei den Einzelabos. 171 sind nicht (rechtzeitig) weiterbezahlt worden und deshalb rausgeflogen; 21 haben schriftlich abbestellt. Demgegenüber stehen 68 Neubestellungen. Auf die 238 kommt man, wenn noch die 114 ID's abgezogen werden, die die Buchläden weniger haben wollten.

Depressionen könnte man dabei kriegen, wenn nicht die Reaktionen auf unsere ersten Katastrophenmeldungen kämen. Die Leute in der Büroecke vermelden immer häufiger Spendenbelege, der Postbote schleppt ein geschenktes Tonbandgerät an (ob damit gemeint ist, daß wir als Radio weitermachen sollen?), Wagenbach spendet 200 Bücher, die wir auf unsere Rechnung verkaufen können, jemand kippt einen Haufen irgendwo abgestaubter Kugelschreiber auf den Tisch. In Briefen kündigen uns Leute an, daß sie sich überlegen, was sie an ihren Orten machen können, z.B. Handverkauf. Mit wenigen Ausnahmen stecken in den Briefen eine Menge Streicheleinheiten.

Und trotzdem geht die Auflage in den Keller. Die Spenden helfen dabei, die jeweils dringlichste Rechnung zu bezahlen. Wir haben inzwischen versucht Geldgeber zu finden, die uns mit Krediten oder größeren Spenden weiterhelfen. Die Aussichten sind nicht schlecht, damit in diesem Monat etwa 10000 Mark aufzutreiben.

Für den 26. Juli haben wir in der Batschkapp in Frankfurt ein Fest organisiert, von dem wir uns Geld erhoffen (mehr dazu auf der Rückseite).

Am letzten Wochenende hatte der Bub vom ID im Theater am Turm in Frankfurt sein Solo, als er auf die Bühne stiefelte und dem ehrenwerten Publikum bei Karl Napps Chaos Theater („Szenen aus dem linken Alltag") die Situation des ID erklärte, freihändig. Entgegen unserer früheren Schüchternheit vergeht inzwischen in der näheren Umgebung von Frankfurt keine grössere Veranstaltung, ohne daß mindestens zwei Leute mit ID's dabei sind.

Wir sind am Wirbeln wie seit Russell-ID-Zeiten nicht mehr und ganz nebenbei machen wir noch den nächsten ID.

Alle diese Aktivitäten sollen helfen, uns kurzfristig aus der Bredouille zu bringen.

Darüber, wie es langfristig weitergehen soll, gibt es im ID eine dauernde Diskussion um Konzeption und Funktion (Beiträge dazu folgen weiter unten). Die Diskussion darüber wollen wir nicht nur in unseren vier Wänden führen. Deshalb sind wir dabei, Diskussionstreffen zu organisieren mit örtlichen Alternativzeitungen, Gruppen und Lesern/Schreibern. Die ersten Treffen stehen inzwischen:

27. 7.: Bad Nenndorf (bei Hannover)
28.7.: Braunschweig
30. 7.: Hildesheim

Liebe ID-Leser,

Hier ist die erste Handvoll Hausmitteilungen zu unseren Diskussionen der letzten zwei/drei Wochen. Eigentlich hatten wir noch mehr auf einem Tonband, aber das leidige Band ... Wer den ID länger kennt, der weiß, wir haben eine unglückliche Hand mit Tonbändern. Hoffentlich haben wir mit dem Gerät, daß uns ein „alter" ID-Freund aus Niedersachsen als Spende schickte, mehr Glück. Die Teile der ID-Diskussion sind, auch wenn sie namentlich gezeichnet sind, ein Ergebnis von gemeinsamer Arbeit, Gesprächen, von verschiedenen IDlern zusammen geschrieben.

Angefangen hat die Geschichte linker Zeitungen in der Bundesrepublik erst so richtig in den 68er und Anfang der 70er Jahre . Damals gabs für jede studentische, politische oder sonstwie Gruppe ein Blättchen. Revoltierende Studenten machten ihre Zeitung, Betriebsgruppen hatten ihr Blatt. Die Zeitungen kamen und verschwanden so wie die „Bewegung" an den jeweiligen Orten kam und verschwand. Seinerzeit ist der ID entstanden, nämlich als Alternative zur bürgerlichen Presse während des Frankfurter Häuserkampfes und auch als Anfang einer „alternativen" überregionalen Zeitung und Presseagentur.

Der ID im alternativen Blätterwald

Seit der ID-Gründung 1973 ist in der linken Medien„landschaft" allerhand passiert, das Auswirkungen auf den ID hatte und hat. Da ist einmal der wachsende Blätterwald der regionalen Alternativ- und Stadtzeitungen (... sie sind uns bekannt).Dieser Alternativzeitungsboom drückt das Unbehagen mit der konzentrierten staatstragenden Presse aus und das Bedürfnis, die eigene Geschichte in eigenen Medien zu dokumentieren. Aus dieser Situation ist auch der ID entstanden. In den etablierten Medien ist kein Platz für Nachrichten von der Basis, die Selbstdarstellung von Betroffenen, für Berichte vom Widerstand gegen Repression, lebensfeindliche Technologien, über die Zerstörung von Ansätzen alternativer Lebenspraxis, die Unterdrückung von Phantasie, ihre Konsensbildende Funktion steht auf Kriegsfuß mit dem Nonkonformismus aller Schattierungen.

Die regionalen Alternativzeitungen leben von ihrem lokalen Bezug. In Oberschwaben wird über den „Motzer" diskutiert und nicht über die „Delmenhorster Rundschau", die „Freiburger Stadtzeitung" ist den Lesern der „Kasseler Stattzeitung" unbekannt. Auch dann, wenn diese Zeitungen nicht ausschließlich Lokalinformationen verbreiten, sind sie doch durch einen wesentlichen Bestandteil an ihre regionale Szene gebunden: den Adressen- und Kleinanzeigenteil und den Veranstaltungskalender. (Böse Zungen behaupten, daß dieser Teil den eigentlichen Gebrauchswert für die Leser ausmacht und der redaktionelle Teil nur mitgekauft wird!). In Großstädten garantiert dieser Teil, daß Zeitungen wie Oxmox, Zitty, Pflasterstrand, Blatt weit über den Kreis der politischen und alternativen Scene hinaus Verbreitung finden.

"GUTES ALTES ID-SCHIFF, OB DER SCHIFFSZWIEBACK WOHL REICHT?"



Diese „ Verankerung" fehlt dem ID. Er war von Anfang an überregional und darauf angewiesen, daß lokale Ereignisse und Erfahrungen ein überregionales Interesse finden. Solange es keine oder weniger Regionalzeitungen gab, benutzten mehr Initiativen den ID zur Selbstdarstellung, erschienen Basisberichte eben im ID und nicht von vornherein in der jeweiligen Stadt- oder Provinzzeitung. Welche ID-Funktionen haben die Alternativzeitungen übernommen? Zu einem Teil die Betroffenenberichterstattung in ihrem Bereich, das Konzept von „horizontaler Kommunikation", d.h. die Vermittlung zwischen Betroffenen, Initiativen, Gruppen. Direkte und persönliche Kontakte herzustellen, Interessenten zusammenzuführen, das hat auch der ID immer gewollt. Ist er deshalb als überregionale Wochenzeitung überflüssig geworden?

In der Vorstellung der ID-Macher war der ID auch „Nachrichtendienst für Multiplikatoren", d.h. auch für die Alternativzeitungen. Auch heute noch wird aus dem ID nachgedruckt (wie auch umgekehrt der ID aus Alternativzeitungen nachdruckt). Oft bleibt es bei dieser Form der „Zusammenarbeit", es findet kein Austausch darüber statt, warum diese oder jene Redaktion einen Artikel nachdruckenswert fand. Auf früheren Alternativzeitungstreffen beschlossene Formen der Zusammenarbeit („Überregionale Seite") sind nach zwei Anläufen versandet, was noch klappt, sind die Zahlungen in den „Zeitungssolidaritätsfonds".

Ich denke, daß wir vom ID über Formen der Zusammenarbeit mit den Alternativzeitungen neu nachdenken und die Infrastruktur zwischen den Zeitungen ausbauen müssen. Die Alternativzeitungen müssen vom ID mehr als nur die Herausgabe der Alternativzeitungsliste erwarten können und wir mehr als den Nachdruck von Artikeln. Was wäre zu tun, damit die Alternativzeitungen Korrespondenten des ID würden, auch wenn wir dabei mit der TAZ konkurrieren? Im Rahmen unserer Rundreise-Aktion wollen wir auch darüber mit den jeweiligen Zeitungen reden, vielleicht gar kleinere Treffen veranstalten.

Etwas anderes ist ein Zeitungstyp, der in den letzten Jahren zu den Alternativzeitungen hinzugekommen ist: die überregionale „Fachzeitung". In dem Maße, wie sich die Oppositionsbewegung in einzelne Teilbewegungen „auseinandergelebt" hat (Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, Frauen-, Männer-, Schwulen-, Jugendzentrumsbewegung, Antirepressionsbewegung und Knastgruppen und dergleichen mehr), entstanden Zeitungen dieser Teilbewegungen: z.B. BBU aktuell, Göttinger Atomexpress, Umwelt akut, Gorleben aktuell, usw. im Umweltbereich, „Courage" und „Emma" überregional, z.B. das Frankfurter „Frauenblatt" regional für und von Frauen, die Schwulen haben ihre Zeitungen, die ZDLer usw., Informationsaustausch und Diskussionen innerhalb dieser Teilbewegungen gehen von diesen Zeitungen aus und werden in ihnen geführt.

Die „Fachzeitungen" leisten eher der Tendenz zur Ablösund

Die „Fachzeitungen" leisten eher der Tendenz zur Ablösung der einzelnen Bereiche voneinander Vorschub, als daß sie inhaltlich aufeinander sich beziehen, konfrontieren, Gemeinsamkeiten aufdecken und Unterschiede fruchtbar machen. Spezialisten diskutieren unter Spezialisten, Spezialinteressen werden von von Spezialinteressenten befriedigt. Eine gegenseitige Information findet nicht statt, es sei denn, alle würden alle Zeitungen lesen und benutzen. Der ID hat nie den Anspruch gehabt, vollständig über alle Bereiche zu berichten. Dazu sind wir zu sehr abhängig von dem, was uns unsere Leser-Korrespondenten schikken. Aber wir wollen auch nicht Teilrealitäten gegeneinader abgrenzen, indem wir eine solche Spezialisierung unterstützen. Wir wollen Anti-AKW-, Umwelt-, Knast-, Bürgerinitiativ-, Schüler-, Frauen-, Schwulen-, Jugendzentrumszeitung und dergleichen mehr gleichzeitig sein und dadurch diese Teilrealitäten zueinander in Beziehung setzen.

Hier sehe ich dann auch eine Möglichkeit, den ID weiterzuentwickeln: Die TAZ nimmt uns die reine Information über Ereignisse ab. Wer wann wo getan hat, ist eine Frage für die TAZ, ob sie will oder nicht. Der ID bekommt damit die Chance, von der Berichterstattung über Ereignisse, auch wenn sie von Betroffenen stammt, ein Stück weit wegzugehen und sich zu bereichern. Beispiele aus der Vergangenheit sind die Diskussionen um die TAZ, die im ID, nicht in der TAZ dokumentiert worden ist, die Berichte aus dem Alltag linker Jobber (Fernfahrer, Taxifahrer,

Sekretärin) die Diskussion um das Widerstandskonzept gegen Gorleben (jedenfalls bis zum Erscheinen der TAZ, in der sie jetzt weitergeht. Wir haben allerdings nicht freiwillig darauf verzichtet, wir bekamen nur plötzlich keine Beiträge mehr dazu). Diese Richtung gefällt mir. Ich finde, daß bestimmte Schwerpunkte, zu denen die Linke etwas zu sagen hat, im ID genauer und konzentrierter vertreten sein sollten, daß wir bewußter damit umgehen und wichtige Diskussionen mit Material unterstützen sollten. Ich denke da an wöchentliche Schwerpunktthemen, zu denen wir die Leser und Alternativzeitungen aufrufen, um Hinweise bitten, selbst aktiv zu werden, Material zusammenzusuchen. Solche Schwerpunktthemen hätten dann eher die Form einer Textcollage, einer Mixtur aus aktuellen Beiträgen, Berichten über aktuelle Entwicklungen zusammen mit Aphorismen aus anderen Texten, wichtigen Stellungnahmen, Bildern, Photos usw. Ich weiß, daß dies auch eine andere Arbeitsweise im ID bedeuten würde, wir uns nicht mehr von Woche zu Woche durchwursteln dürften wie bisher und konzeptionelle Diskussionen nicht mehr nebenher laufen dürften. Dazu muß wieder ein kollektiver Diskussionsprozeß her. Ich könnte mir aber auch vorstellen, daß sich durch solche Schwerpunkte auch der Mitarbeiterkreis des ID vergrößern ließe. Solche Schwerpunkte könnten auch außerhalb konzipiert, zusammengestellt werden, von Leuten, die sich auf dem betreffenden Gebiet engagieren, Kontakte, Interesse haben.
Jürgen/ID

Das Nachfolgendes ist das Ergebnis eines Gesprächs zwischen Karl-Heinz und Heide:

Behauptung: Leser und Zeitungsmacher haben weitgehend den Kontakt miteinander verloren, sie beziehen sich oft nur über die Auflagenzahlen aufeinander („Das liest doch Keiner!" sagt der Redakteur und veröffentlichts nicht, auch wenns ihm gefällt. „Schreibt doch mal mehr Lustiges, weniger Knast!" schreibt der Leser in einem ungehaltenen Brief, „sonst bestelle ich ab!")
Und die tageszeitung?

Thesen von Karl-Heinz: Die taz ist das Ergebnis totaler Einfallslosigkeit, der Rückfall auf tradierte Medien, eine penetrante Gleichmacherei der Nachrichten. Erfahrung gerinnt zur Zeitung. Das Tägliche ist auch das Infamste. Das heißt: In dem täglichen Nachrichtenangebot in Form einer Tageszeitung versinkt die Information, steht neben, über, zwischen anderen, verliert so ihren Charakter, wird zur Meldung, Kommentar, Feuilleton. An nichts hält sich das Auge mehr fest, nichts hebt sich heraus, unterscheidet sich sichtbar, macht seinen eigenen Charakter geltend.

Denkbar ist folgender Dialog — wir haben ihn so oder ähnlich schon ein paar mal gehört: „Ich lese den ID nicht mehr, weil die taz politischer ist? " — „Wieso, politischer? Läßt sich mit einer Zeitung überhaupt Politik machen? " — „Immerhin, wenn ich über ein Ereignis schreibe, das ich für wichtig halte, bin ich sicher, daß mein Artikel von 20.000 gelesen wird."

Jemand benutzt da also die Zeitung als Transportmittel für „Wichtiges" und nennt das politisch. These von Karl-Heinz: Die Message soll die Leser erweichen. Die tageszeitung ist ein gefährliches Spielzeug, wenn der Schreiber auf die massenhafte Leserschaft spekuliert. Allerdings, auch im ID kennen wir diese Manuskripte, die den Eindruck vermitteln, der Schreiber habe sich während des Schreibens weit von sich entfernt, bis hin zu den 20.000 Lesern.

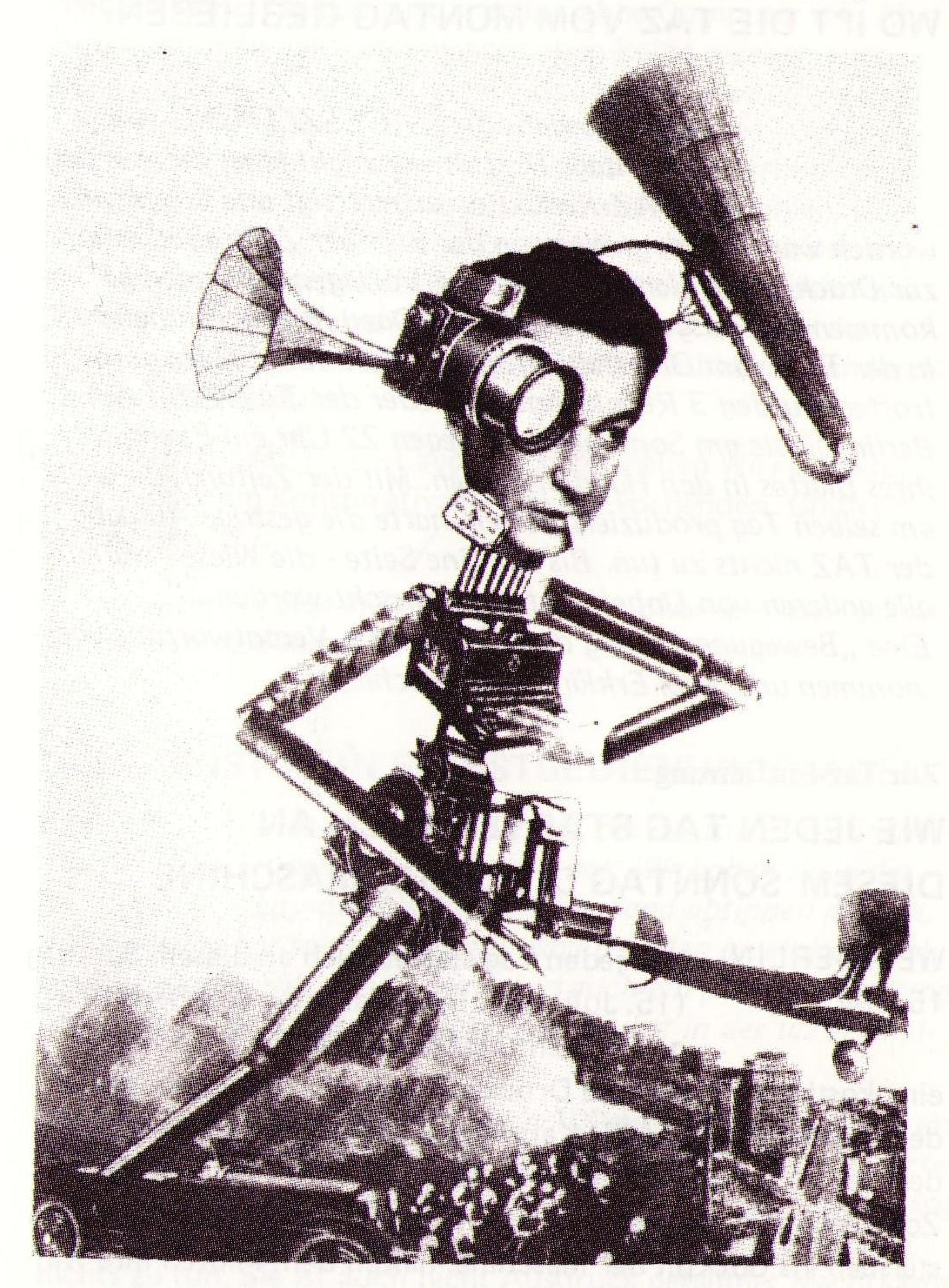
An diesem Punkt fange ich an, die Sperrigkeit und Unlesbarkeit des ID zu schätzen, in dem nicht alles — jedenfalls einiges — so leicht freßbar ist. Das hakt und hängt im Magen. Das erfreut auch, das ist widersprüchlich.

These von Karl-Heinz: Es findet eine zunehmende Trennung statt zwischen Schreiben und Lesen. Was dazwischen tritt, ist die Zeitung als konsumierbare Ware. Der Leser ist kapriziöser und fauler zugleich geworden, sein Erwarten richten sich einerseits nach der phantasielosen Lesbarkeit der traditionellen Zeitungen (Tageszeitung, Magazin) aus, andererseits nach den Emblemen der Zugehörigkeit zu einer Leser- und Schreiberschaft, die sich vor allem in der Sprache ausdrückt: Der Gebrauch des Wortes „Liebe" erlebt eine scheußliche Inflation in den alternativen Stadt- und Anzeigenblättern: Liebe Leute suchen liebe Frau mit liebem Kind und liebem Hund für liebe Wohngemeinschaft.

Mit dem Kauf seiner Lieblingszeitung erwartet und reproduziert der Leser traute Zugehörigkeit (Stadtzeitung) oder mediale Langeweile (taz). Selbst wenn er für diese Blätter etwas schreibt, kann er somit jener Trennung von Schreiben und Lesen kaum entrinnen.

Über die Wechselbeziehung von Leser und Macher professionalisiert sich gleichzeitig das Zeitungsmachen. Diese Schraube läßt sich nur dann abbrechen, wenn Leser und Schreiber sich wieder aufeinander beziehen.

Früher gab es noch „wichtige" Papiere, kurz Papers, die Form spielte keine Rolle, sie wurden gelesen, weil mit der Lektüre ein Sinn verbunden wurde; und sei's der Klassenkampf. Nur, die Zeiten haben sich geändert und mit ihnen die Zeitungen. Zur Zeit dienen sie dem Zeitvertreib. Daß Medium und Kommunikation was anderes sein können und wollen, haben wir im ID lange Zeit



versucht zu realisieren. Nämlich: Kontakte und Verbindungen herstellen, Leute zum Selberschreiben, Zeitungmachen anregen, Mutmachen zum Schreiben, die tradierte Angst vor bedrucktem Papier verringern helfen, respektlos werden gegenüber Zeitungen.

These: Die Lesegewohnheiten der Linken werden von zwei Gattungen von Informationsträgern geprägt:
a. die tageszeitung

b. die Stadtzeitungen

Mit der Stadtzeitung kauft unser anonymer linker Leser nicht nur bedrucktes Papier, sondern auch seine Identität, seine Zugehörigkeit zu einem sozialen Zusammenhang (Erwartungseinkauf). Außerdem gibt er sich nach außen zu erkennen. Mit „der" Zeitung unter dem Arm oder auf dem Wohnungsklo, weiß jeder Besucher gleich, mit wem er es zu tun hat (du bist, was du liest. Weiland wars das Kursbuch, das in jede Wohnung gehörte mit dem berühmten Kursbogen, der in bemerkenswerter Uniformität jedes Klo zu schmücken hatte. Ihr erinnert euch: Trashman, Der breite und der schmale Weg).

Die Stadtzeitung mit ihrem Veranstaltungskalender, ihren Kleinanzeigen ist zuallererst ein linker Dienstleistungsbetrieb. Ich habe Leute vom „Pflasterstrand" nicht verstanden, als sie bei einer Diskussion mit dem ID für eine Weiterverarbeitung (Falzen, Heften, Schneiden) in einem bürgerlichen Betrieb sprachen, damit der „Pflasterstrand" immer pünktlich am Kiosk ist wegen dem Veranstaltungskalender, auf den warten die Leute. Sicher tun sie das, aber verflixt, können sich die Leute nicht auch mal einen Tag ohne Veranstaltungskalender selbst einfallen lassen, was sie abends machen, ohne vorgekautes Kulturangebot?

Der Veranstaltungskalender übt sozialen Zwang aus und „richtet Bedürfnisse zu". Die Zeitungsmacher werden konsumiert, die Leser konsumieren. Wir stehen vor einer linken „Kulturindustrie", die sich individualistisch gibt, in der aber der Individualismus zur Uniformität erstarrt ist.

WO IST DIE TAZ VOM MONTAG GEBLIEBEN?

Die Ausgabe der TAGESZEITUNG vom Montag, 16. Juli war nicht jene, die von der TAZ-Redaktion angefertigt und abgesegnet worden war. Auf dem Weg von der Berliner Zentralredaktion zur Druckerei in Hannover sind die Vorlagen abhanden gekommen und ausgetauscht worden. Dazu Micha Sontheimer in der TAZ vom Dienstag, 17. Juli: „Fast vom Schlag getroffen wurden 3 Redaktionsmitglieder der TAZ-Zentrale in Berlin, als sie am Sonntagabend gegen 22 Uhr ein Exemplar ihres Blattes in den Händen hielten. Mit der Zeitung, die sie am selben Tag produziert hatten, hatte die gestrige Ausgabe der TAZ nichts zu tun. Bis auf eine Seite - die Wiese - waren alle anderen von Unbekannten vertauscht worden..."
Eine „Bewegung Freitag der 13." hat die Verantwortung übernommen und zwei Erklärungen verschickt:

Zur Taz-Entführung

WIE JEDEN TAG STARTET AUCH AN DIESEM SONNTAG DIE LINIENMASCHINE ...

WESTBERLIN 15. Juli Wie jeden Tag startet auch an diesem Sonntag (15. Juli) die Linienmaschine von Berlin Tegel in Richtung Hannover. An Bord hat sie eine kostbare Fracht: die Druckvorlagen der Montagsausgabe der Tageszeitung (TAZ)' Kaum hat die Maschine den Luftraum der Deutschen Demokratischen Republik (im Folgenden kurz Zone genannt) verlassen, ist es soweit. Drei maskierte Gestalten stürmen ins Cockpit der Maschine, halten dem Piloten ihre Waffeln unter die Nase. "Nach Hamburg und keine Zicken." Der Pilot ergibt sich in sein Schicksal. Noch im Abdrehen sieht er eine andere Maschine gleichen Typus an sich vorbeifliegen in Richtung Hannover. Im Cockpit eine maskierte Gestalt ...

Nein? .... na, dann nicht. Vielleicht so?

Es ist eine kalte und stürmische Nacht, zwei Männer sitzen in einem Auto. Flughafen Hannover. 5000 Mark und ein Paket wechseln den Besitzer. "Du weißt, was du zu tun hast. Wenn du die Druckvorlagen abholen sollst, gibst du stattdessen das hier in der Druckerei ab." Der Mann hinter dem Steuer nickt. Er ist der Fahrer, das Geschäft ist perfekt ...

Na gut, dann eben auch nicht ...

Irgendwann vor Erstellung der Montagsausgabe geschieht ein schrecklicher Anschlag auf die Kaffeestube der Tageszeitung. Eine maskierte Gestalt läßt aus einem geheimnisvollen Fläschchen einige Tropfen glasklarer Flüssigkeit in die Kaffeemaschine tropfen. Was wird geschehen? Nach dem morgendlichen Kaffee greift eine merkwürdige Stimmung unter den Leuten der TAZ um sich. Sie sitzen kichernd über ihren Schreibmaschinen. Hauen in die Tasten, die Redaktionssitzung ist ein einziger Rausch. Sie maskieren sich mit Tüchern und Brillen, machen Fotos. Die Stimmung greift auf den Lay-out-Raum über. Es entsteht eine völlig andere TAZ. Sie wird gedruckt.
Der Schock am nächsten Morgen. "Was ist geschehen? Was haben wir getan? "

Glaubt ihr auch nicht? Ach herrje!
Dann wollen wir euch also mal erzählen, wie es wirklich war ...
Dienstag, 1 Uhr morgens. 4 dunkle Gestlaten tauchen in den grauen Straßen des Wedding auf und nähern sich dem Gebäude in dem sich die Räume der Tageszeitung befinden. Über den Zaun? Durchs Rolltor? Durch verschiedene Türen? Drin sind sie jedenfalls. Zielstrebig werden die Maschinen im Satzraum angeworfen, Papier raschelt, dann hört man nur noch das Ticken der Leertaste und im Hintergrund das des Fernschreibers. Plötzlich klingelt es. Wer kann das sein? Wir öffnen nicht. Jemand lädt Zeitungen vor der Tür ab. Leises Fluchen an der grossen Maschine. Wo um Himmels Willen kann die Gebrauchsanweisungskarte sein. Nach langem Suchen: Da ist sie. Scheiße. Steht alles drin, nur nicht das, was wir brauchen. Begnügen wir uns damit, in dieser Nacht den Text nur zu speichern. Inzwischen ist es hell geworden. Einer kocht Kaffee (selbstmitgebrachten geklaut wird nicht). Noch einmal klingeln. Diesmal ist es nur der Fernschreiber mit einer 'wichtigen' Meldung. Wir sind ganz gut vorangekommen, die Nachtschicht geht. Die Frühschicht kann kommen.

In der nächsten Nacht kommen wir nicht rein und auch beim dritten Versuch scheitern wir an der Technik. Durch einen kaputten Computer sind die TAZler selbst gezwungen, die ganze Nacht in ihren Räumen zu verbringen. Schade, wir wären so gerne am Freitag, dem 13, rausgekommen. Jetzt müssen wir sie halt am 13. produzieren. Und tatsächlich, diesmal sind wir erfolgreich. Wir haben schon die Hand am Lichtschalter, als es im Hausflur hell wird. Mensch, da kommt wer! Los ins Klo! Schwere Schritte schreiten den Gang entlang. Sie kommen nicht zurück. An die 40 Minuten stehen wir eingepfercht in Klozellen. Uns droht übel zu werden. Ab und zu ein Wispern "Wer kann das sein" — "Weiß nicht"— "Ich halt's nicht aus" — "Ich geh gucken".—"Aber zieh die Schuhe aus". Nach zwei Minuten: "Alles dunkel, keiner da, keine Ahnung, wo er hin ist, vielleicht pennt er hier, haun wir ab." Kurz darauf im Auto: Sollen wir wirklich nach Hause fahren? Damit wäre die Sache gestorben. Das geht nicht. Also wieder rein. Zunächst zu zweit, schleichend, wo ist er? Liegt er auf der Ökologencouch? Nein. Wir können ihn nicht finden. Fangen wir an. Diesmal machen die Maschinen mit, alles geht klar.

Später, zuhause, auf selbstgebauten Leuchttischen zaubern wir das Lay-out. Es ist schon ziemlich spät, als wir wieder losziehen, um die Seitenrepros zu machen. In der TAZ brennt Licht.

Das darf doch nicht wahr sein. Nein, halt, das Licht verlöscht. Als es im Klo angeht, können wir ihn erkennen. Es ist Frank, der schon die ganze Woche im Besucherzimmer schläft, den Schlaf der Gerechten. Noch ein Viertelstündchen und dann geht's zur letzten Runde, es ist auch die anstrengendste. Beim Ziehen der Repros erkennen wir beinahe unsere Grenzen. Als auch noch eine Maschine ausfällt, wird uns mulmig. Aber irgendwie schaffen wir es doch.
Jetzt nur noch die Übergabe. Sonntagmittag: mit 130 km/h von der TAZ zum Flughafen, wir steigen dazu, quietschende Reifen, rote Ampeln, fliegender Wechsel der Druckvorlagen.

MORGEN GIBT ES UNSERE ZEITUNG ODER KEINE!

Bewegung Freitag, der 13.

DER MANN MIT DEM KOFFER PACKT AUS

Erklärung von Ralph von der Bewegung der 13.

Wir haben eine Zeitung gemacht.
Es hat Spaß gemacht.
Die Reaktion darauf war erwartet aber doch frustrierend.
Sie haben uns vorgeworfen, daß wir feige sind und sind gleichzeitig in unsere Wohnung eingedrungen. Jetzt sprechen sie von Sicherheitsmaßnahmen, Panzerglas und Nachtpförtner. Es ist noch gar nicht lange her, da wurde mit ähnlichen Aktionen und Reaktionen dieser "Staat entlarvt".
Sie haben uns vorgeworfen, daß wir sie übergangen hätten. Wie lange haben sie uns übergangen?
Sie haben uns vorgeworfen, daß wir uns nur innerhalb von Ghettomauern avantgardistisch bewegen würden. Haben sie die Zeitung nicht gelesen? Weiter draußen als Skylab geht's nun doch wirklich nicht mehr, oder? Far out?
Und sie haben uns vorgeworfen, daß wir die TAZ gefälscht hätten. Nun, 1. haben wir keine TAZ gemacht, sondern die 1. Nummer der Altag. (weitere werden folgen) 2. wer sagt denn, daß diese Tageszeitung die seit dem 17.4. erscheint nicht wirklich eine Fälschung ist. Dazu haben sie nämlich keine konkrete Stellung bezogen.
Heißt das denn nicht, daß sie als Produktionsmittelbesitzer auch einen alleinigen Anspruch auf dieselben erheben? und was das bedeutet, braucht keine Erläuterung.
Wir denken, daß es viel gute Laune braucht, um etwas verändern zu können, und daß die Macht und Unterwerfung kein Klassenproblem ist. Das zweite zu belegen ist uns schnell gelungen. Das erste können nur sie checken. Und verdammt: Es müssen schon ein paar tausend Leute gelacht und sich gefreut haben am Montag, wenn irgend ein Gleichgewicht hergestellt werden soll zur Aktion und den Nerven, die es uns gekostet hat usw. (mit dem Aufwand hätten wir auch einen Safe knacken können, ehrlich). Ein paar Reaktionen haben wir mitbekommen. Die Leute haben sich darüber gefreut und waren erstaunt, was mensch alles machen kann, daß mensch seine Träume realisieren kann, wenn er es nur anpackt. Wir haben leider nicht gezählt, wieviel Bildzeitungen in Gesprächen entführt worden sind. Wir haben ihnen für einen Tag die Schow gestohlen. Jetzt sind sie sauer. Verständlich? Nein, denn sie sagen, daß sie eine gute Zeitung machen. Warum hat eine gute Zeitung keinen Platz für eine solche Aktion?
Am Anfang wußten sie gar nicht, wer es war. Sie konnten es nicht wissen. Trotzdem haben sie mich auf die übelste Art und Weise beschimpft. Namentlich. Sie haben Unwahrheiten (Lügen) erzählt. Warum? Warum sagen sie, daß ich ihnen Geld gestohlen habe? und daß ich es an meinem alten Wohnort, in Bochum, genauso gemacht hätte? Sie haben die Leute dort nicht gefragt. Und zum 1. Punkt ist zu sagen, daß ich bei der TAZ für rund 1.- DM Stundenlohn gearbeitet habe. Wie übrigens jeder dort. (1.- DM ist der Durchschnittslohn von knapp 7 Monaten Arbeit, in denen der Lohn zwischen 0.- DM und 800.- DM geschwankt hat).
Warum sagen sie, daß ich mich in Bochum nicht mehr blicken lassen könnte, und deswegen nach Berlin gekommen bin, obwohl sie genau wissen, daß ich nur wegen der TAZ umgezogen bin. Als einer von sehr wenigen. Und mit blutendem Herzen, denn ich habe eine Menge Freunde in Bochum zurücklassen müssen. Ich war am Anfang verdammt unentbehrlich für die TAZ. Übrigens auch, wie jeder andere.
Die Bildzeitung hat es mit Esser alias Günter Wallraff genauso gemacht. Der Unterschied ist nur, daß die TAZ es nicht veröffentlicht, sondern es hinten herum versucht. Fragt sich bloß, ob das ein wesentlicher Unterschied ist. Noch eine kurze Bemerkung zur TAZ–Erklärung: Wir freuen uns natürlich, daß es uns gelungen ist, auf die erste Seite zu kommen.
Der Inhalt ist weniger schön. Da sagen diese TAZ–ler immer und immer wieder, daß sie keine Linie haben, und das erste, was sie machen ist, uns nach einer zu fragen. Sie schreiben, daß wir die Notwendigkeit einer täglichen Zeitung bestreiten. Ja. Machen wir. Aber was soll das "noch einmal". Heißt das etwa, daß wenn dieses Ding jetzt täglich erscheint, jegliche grundsätzliche Kritik am Medium verstummen muß? Daß es dann nicht mehr möglich ist, zu sagen: Das Ergebnis eurer Diskussion war unserer Meinung nach ein Irrtum? Jeder Hinz und Kunz könnte dann irgendetwas planen, eine Diskussion darüber einleiten und egal wie sie ausgeht, die Sache auch durchziehen und sich auf die Unterstützung der gesamten Linken berufen. Oder die Sache mit der Großtechnologie. Klar kann mensch keine Tageszeitung machen ohne Computer u.ä. Aber wenn das nicht geht, soll mensch eben keine machen oder höchstens bis zu dem Zeitpunkt, den wir in unserem Artikel "Wie die TAZ platzt" auf Seite 7 der Nummer vom Montag beschrieben haben. Die vorherige Lektüre eines Artikels über den mensch schreibt, sei hiermit wärmstens empfohlen. Zum Schluß noch eine persönliche Empfehlung an Uli Denise, der noch in der TAZ arbeitet und in unsere Pläne eingeweiht war. Du hast uns versprochen, daß du nichts verrätst. Aber du mußtest es Frau Soundso verraten. Natürlich hat sie dich jetzt verpetzt. Siehst du!

P.S.: Arbeitsloser TAZ–Layouter sucht neuen Wirkungskreis. Erfahrungen im konspirativen Arbeiten vorhanden. Chiffre: Freitag der 13.

In Anbetracht der Lage im ID: Tausche ID-Druckvorlagen gegen geknackten Safe. Oder: Die andere Zeitung machen immer die anderen.

DIE TAZ IST KEIN SELBSTBEDIENUNGSLADEN

BERLIN 18. Juli *Dies ist eine Erklärung, die die taz zum „Entführungsfall" abgegeben hat. Wir haben sie in der Lay-out-Nacht vom Tonband abtippen müssen, und das Ding hat seine Tücken. Deshalb fehlen an einigen Stellen Worte oder Sätze, bestimmt sind auch ein paar Übertragungsfehler drin. Der Originaltext soll demnächst in der taz erscheinen.*

Wir werden es wahrscheinlich noch 100mal erklären müssen, ehe es jeder glaubt, aber wir tun es hiermit (hoffentlich) zum letzten Mal: Die Montagsausgabe der taz mit der Aufschrift „Bewegung Freitag, 13." ist keine taz. Sie hat mit denen, die taz machen, nichts zu tun. Sie ist auch nicht Ausdruck geheimer Machtkämpfe und schon gar kein Werbegag. Das, wovon wir schon seit Jahren träumen, daß es der „Bild" passiert, ist nun uns passiert und konnte wohl auch nur uns passieren. Die gesamten Druckvorlagen wurden geklaut und ausgetauscht und die gesamte gefälschte Auflage über taz-Vertriebswege auf taz-Kosten verbreitet. Das ist wirklich kein Gag, so unglaublich es auch klingen mag.

Uns ist inzwischen klar, wie das passieren konnte. R. (Ralph, d. ID) arbeitet seit Anfang des Jahres bei der taz im Büro und Layout. Es war oft schwierig, mit ihm zusammenzuarbeiten, zum Schluß fast unmöglich, sich mit ihm über sein Verhalten auseinanderzusetzen. Nachdem viele erklärt hatten, sie könnten mit ihm nicht mehr zusammenarbeiten, ging er. Vor zwei Wochen tauchte er wieder auf. Unsere ständige Arbeitsüberlastung hat es ihm leicht gemacht. Wir waren froh, als sich mit R. (Ralph, d. ID) jemand anbot, die halsbrecherischen Transporte der Druckvorlagen zum Flughafen zu übernehmen. Wir ahnten auch nichts Böses, als sich R. (Ralph, d. ID) die Setzmaschinen erklären ließ. Er hat inzwischen zugegeben, mit einigen seiner Freunde die Druckvorlagen ausgetauscht zu haben. Er hat sich nicht zur Diskussion gestellt. Wir trafen ihn in einer Kneipe, als er sich ob des Coups in der „Scene" feiern lassen wollte. Ihm würde vieles an der taz stinken, mit einigen Leuten habe er ständig Krach gehabt. Außerdem sei die Fälschung doch bloß ein GAG.

Für uns ist es mittlerweile kein Gag mehr. Wir haben in den letzten Tagen soviel Protestanrufe und Drohungen, das Abo abzubestellen, bekommen, wie noch nie zuvor. Egal wie fasziniert sie auch über die Idee und Ausführung des Coup waren, wir können nicht davon abstrahieren, gegen wen sie gerichtet war und von wem sie kam. Für uns hat diese Fälschung nichts mehr mit solidarischer Kritik zu tun, sondern mit Vernichtung. Die Montagsausgabe dokumentiert genau, was für eine Tageszeitung wir nicht wollen.

Sie ist keine Tageszeitung, sondern ein assoziatives Kritikpapier, deren Verfasser anscheinend die Diskussion des letzten dreiviertel Jahres im und um die taz nicht mitgekriegt haben. Wir haben uns entschlossen, die tageszeitung mit all ihren Implikationen zu machen. Die Entwicklung der taz bestätigt uns teilweise auch darin. Die taz ist oft schlecht, viele Kritikpunkte wissen wir selber, andere kriegen wir durch Diskussionen von außen mit. Diese Kritik wollen wir. Aber es fällt uns schwer, mit Leuten zu diskutieren, die die taz am liebsten abschaffen möchten, die auf eine Kritik an der Großtechnologie in der taz abzielen, diese aber mit der Großtechnologie der taz verbreiten. Doch auch wenn die Kritik nicht schon so alt gewesen wäre, wenn sie ernster zu nehmen gewesen wäre oder sich die gefälschte taz für bestimmte Ziele dieser Teile stark gemacht hätte, halten wir eine solche Aktion für gefährlich und werden uns dagegen wehren.

Die taz wird niemals eine politische Funktion gewinnen, wenn sich jeder — dazu reicht ja schon einer, wie wir gesehen haben — die taz nehmen kann, um seinen Frust loszuwerden oder sie für seine Zwecke zu funktionalisieren. Die taz ist das Produkt eineinhalbjähriger Diskussion innerhalb der Linken und unter uns, die wir die Zeitung machen. Die taz als politisches Produkt, die Abogelder, das Vertriebssystem, die Technik sind kein Selbstbedienungsladen. Sicher, keiner hat uns, die Macher/innen der taz ernannt. Aber das heißt nicht, daß jeder jeden Tag die taz machen kann, die ihm gefällt. Die 20.000 Leute, die die taz täglich abonniert haben oder kaufen, kaufen eine Zeitung, die sich in den letzten Monaten unter großen Schwierigkeiten entwickelt hat. ... Sie kaufen nicht zufällig die taz und wollen nicht einen Tag die „Neue", am anderen Tag ein „Bug Info", den „Arbeiterkampf" oder den „Pflasterstrand", bei allen Sympathien...

Wir, die wir die Zeitung machen, wollen nicht jeden Tag gespannt warten, wofür wir nun schon wieder vergebens gearbeitet haben. R. (Ralph, d. ID) und seine Freunde haben gewußt, daß wir kaum Zeit und Kraft haben, wichtige konzeptionelle Fragen zu diskutieren, weil wir oft unter Druck von außen reagieren müssen. Sie haben gewußt, wie schwer es uns oft fällt, die für das Projekt unerläßliche Offenheit zu wahren uns sich nicht als kleinere überschaubare Gruppe nach außen hin zuzumachen. Sie haben gewußt, daß die Aboverlängerung gerade jetzt anstehen und die taz im Sommer auf der Kippe steht. Sie haben gewußt, daß wir (die blöden Linken) ihnen nicht die Polizei ins Haus schicken werden.

Auch nach unserer Richtigstellung in der taz vom Dienstag wird in Stellungnahmen von taz-Lesern deutlich, daß uns einige im Grunde doch zutrauen, die Fälschung sei unser Produkt. Offenbar gibt es da eine stille Übereinstimmung zwischen diesen Spontis und der undogmatischen taz. Die Urheberschaft dieser Entführungsaktion hat ihre Grundlage. Mit Assoziationen ala Postzugüberfall im Kopf haben auch einige von uns erst mal darüber gelacht. Es war das Lachen über die gewitzte, militante, ungesetzliche Form der Aktion, einer Form, die schließlich unsere eigene ist. Praktiziert bei Unibesetzungen, Springerblockade... Allerdings, und damit verging uns sehr schnell das Lachen. Der Adressat ist es, der hier den Ton der Musik ausmacht. Diese hilflosen Linken vereinfachen sich in ihrer politischen Ohnmacht und und wenden die Waffen der Linken gegen einen Teil der Linken. Ihre Form des Spontaneismus, der bewußt zwar einen Teil der taz ausmacht und ausmachen kann, öffnet so angewandt, der inneren ... der Linken Tor und Tür, indem sie sich gegen einen Teil der Zeitung der Linken richtet, sie auf die andere Seite der Barrikade schickt und letztlich zum Abschuß freigibt. Diese Genossen drücken mit ihrer Aktion einen Machtanspruch aus, der in in der Linken Tradition hat. Sie haben die himmlische Gewisssheit, daß diese tageszeitung überflüssig oder gar schädlich ist. „Also haben wir das Recht, sie aus der Welt zu schaffen." Die taz versteht sich als Teil der Linken, als ein Teil, der die Ghettobildung der scheinbar avantgardistischen Linken...
als ein Versuch dieses Ghetto zu durchbrechen. Wir mußten die Erfahrung machen, daß wir uns seit diesem Versuch tageszeitung mit Problemen durch den weitreichenden Einsatz von Technologie, dem Zentralismus des Projekts bei der mangelnden Transparenz seiner oft ‚seriösen' Sprache etc. auseinandersetzen müssen und durch diese Probleme im gewissen Maß gebunden sind. Und wir akzeptieren dies als einen Prozeß, der Alternativen erst realisieren muß. Wir akzeptieren auch, daß dieser Versuch ein tägliches Nachrichtenorgan der Linken, ein kurzfristig nutzbares Kommunikationsmedium noch zu schaffen, von Teilen der Linken kritisiert bzw. abgelehnt wird.

Der Versuch, dieses Organ zu zerstören, so wie er in der Tendenz dieser Aktion liegt, ist für uns allerdings ein Akt politischer Unverantwortlichkeit. Die Entführer haben es vorgezogen, aus der Anonymität heraus eine dufte Aktion zu machen. Sie haben die repressive Form der Kritik vorgezogen, den vermeintlichen Gegner seiner Ausdrucksmöglichkeiten beraubt, den die nur zerstören will, statt durch Kritik seine Entwicklung zu ermöglichen. Leider haben wir nun allen Anlaß zu (selbst)kritischen Auseinandersetzungen. Daß nach 3-monatigem Erscheinen der taz immer noch eine Verwechslung dieser Art möglich ist, stellt an uns die Frage, ob es nicht auch zum Teil unsere Unverantwortlichkeit im Umgang mit dem Inhalt der Zeitung und dem Umgang untereinander und den Mitarbeitern der taz ist, die solch eine Verwechslung erst möglich gemacht haben.

EINS UND EINS = ZWEI AUTONOMIEN

Diese Verwirrung, ja, sie hellt sich auf. Es gibt mittlerweile zwei (2) autonomie-Redaktionen (die autonomie ist oder war ein Sponti-Theorie-Blatt und besteht seit 1973).

BREMEN 28. Juni — Nachdem unser Heft "Autonomie — Materialien gegen die Fabrikgesellschaft — Neue Folge Heft 1" erschienen ist, gibt es bei vielen Lesern einige Verwirrung. "Ihr habt Euch wohl verdruckt, es muß doch Nummer 14 heißen? ", fragen einige ; jemand ruft bei uns an: "Was ist denn mit Euch los, daß Ihr über 'Die Faszination am Faschismus' schreiben wollt? " und hat nur eine Vorandkündigung der Frankfurter Redaktion an die bisherigen Abonnenten der Zeitschrift mißverstanden. Wir müssen uns klarer erklären, als wir es bisher getan haben.



Es wird in Zukunft zwei Zeitschriften mit dem Titel "Autonomie — Materialen gegen die Fabrikgesellschaft" geben. Unsere "Autonomie — Neue Folge", mit Redaktion in Bremen, ist jüngst mit dem Heft Nr. 1 erschienen: es ist ein Themenheft über den Iran (und wir verstanden es in unseren Diskussionen immer mehr als Heft gegen den "Fortschritt"). Für den Sommer planen wir ein Heft über "Die neuen Lager" (Gefangenenbewegung und Knastreform, Techniken des Angriffs auf die Persönlichkeit, Psychiatrie . . . für den Herbst das Heft Neue Folge Nr. 3 über "Die zweite Zerstörung Deutschlands" (Zerstörerische Planung und Architektur seit dem Nationalsozialismus). Zu Anfang des kommenden Jahres wollen wir ein Heft über den Nationalsozialismus veröffentlichen und es wird sich zeigen, daß wir an ihm nichts "faszinierendes" sehen, sondern Material vorlegen, das uns hilft, ein historisches Verständnis dieses Staates und unserer Realität zu gewinnen.

"Zwei Linien" in der Gesamtredaktion der ehemaligen "Autonomie" hat es schon lange gegeben (und es gab sie schon, bevor sich Leute aus den Gruppen "Arbeitersache", "Proletarische Front" und "Revolutionärer Kampf" 1975 zusammenschlossen, um eine Neuorientierung und einen reicheren Neuansatz zu entwickeln, nachdem die Gruppen zerbrochen waren).

"Nicht zuletzt sollte es ja auch ein Versuch sein, die Differenzen, die es immer zwischen "Proletarischer Front" und "Revolutionärer Kampf" gab, in einer produktiven Weise anzu gehen — Differenzen, in denen sehr früh schon sich das Auseinanderbrechen zweier Ansätze abzeichnete: hier der "operaistische Triumphalismus", dort "Subjektivität und anderes Leben"; ein Auseinanderbrechen, das sich für beide Teile bitter rächen sollte. — Heute lautet die Bilanz: in all diesen Hinsichten ist die "Autonomie" gescheitert, sie wurde etwas anderes. Es ist ihr zwar gelungen, die notwendigen Probleme in ihrer Spannweite aufzureißen und aufzuwerfen, einen Rahmen abzustecken — aber sie hat es nicht verstanden, ernsthaft auf die Suche nach Antworten zu gehen und das verbindliche Ausgangsinteresse beizubehalten. Sie hat keinen langen Atem bewiesen, das Projekt ist ihr aus den Händen geglitten, sie hat sich selber entmachtet. War die "Autonomie" am Anfang noch als Initiative und Kristallisationspunkt sichtbar, so wurde sie später immer mehr zum Meinungsblatt unter vielen, ein Blatt zum Veröffentlichen von Schönem und mehr oder minder Klugem; sie ging in die Breite, nicht in die Tiefe".

Diese Sätze stammen aus einem Papier, das wir zur Diskussion über den Spaltungsprozeß vorgelegt haben. Bei dieser "Breite, nicht Tiefe" mußten wir erkennen, daß die verschiedenen Auffassungen über eine Zeitschrift nicht mehr nur beziehungslos koexistieren, sondern sich gegenseitig zu lähmen begannen. Wir konnten nicht mehr einsehen, was zum Beispiel im Heft 10, dem Heft nach Stammheim und Schleyer, unsere Beiträge (z.B. Leo Kerrner: "Terror und Unperson — über Hanns Martin Schleyer", Thomas Schmitt: "Schwarze Milch des Terrors — Aufzeichungen aus einem Bruch" oder Hamburger Autorenkollektiv: "Betrachtungen über die Gleichschaltung") zu tun haben sollten mit Carlo Jägers "Sprache von Bäumen und Vögeln" oder den "Augenblicken" Walter Güntheroths. Der Versuch, auf einer Redaktionskonferenz gemeinsame Ausgangspunkte neu zu definieren, endete in einem Fiasko. Die "zwei Linien" in der "Autonomie" begannen, getrennt Hefte zu produzieren: die Frankfurter das Heft Nr. 11 (Medien), wir das Heft Nr. 12 (Regionalismus; und wir verstanden dieses Heft als Versuch , eine andere Orientierung der Zeitschrift vorzuschlagen). Als dann der Trikont—Verlag mitteilte, daß er die "Autonomie" nicht weiter verlegen wollte, beschlossen wir, die Redaktion des Heftes Nr. 12, uns einen neuen Verlag

zu suchen und die "Autonomie – Neue Folge" herauszugeben.

"Wir verstehen uns als einen Zusammenhang von Leuten, denen die Perspektive verlorengegangen ist und die eine suchen; von Leuten, die sich vom gegebenen politischen Konsens in all seinen Schattierungen nicht mehr vertreten fühlen, denen die geläufigen Antworten keine sind, die auch in der grundsätzlichen Ablehnung des Interesses an Antworten keinen Fortschritt sehen können. Die Sponti–Szenerie ist nicht unser Todfeind, aber wir stehen außerhalb. Wir wollen uns Zeit und Raum geben, unsere Diskussion, die kaum irgendwo begünstigt wird, zu beginnen. Adressat dieser Zeitschrift soll auch die große Zahl der Linken sein, die sich heute von den gegebenen Strömungen der Linken nicht vertreten fühlen und die verstummt sind".

Auch diese Sätze stammen aus unserem Papier zur Spaltung. Die "Autonomie – Neue Folge" ist für uns notwendig, um in diesem Sinne "minoritär" überleben zu können. Sie soll eine Zeitschrift sein, in der der Untertitel "Materialien gegen die Fabrikgesellschaft" wieder Gewicht hat.

Die Redaktion des Regionalismusheftes Nr. 12 hat sich inzwischen ein Stückchen verbreitert. Jedes Heft und jeder Beitrag wird von allen ausführlich diskutiert. Aus der Gesamtkonferenz haben wir eine fünfköpfige Redaktion bestimmt, die sich überregional zusammensetzt (Tübingen, Frankfurt, Bremen und Hamburg) und den Diskussionsprozeß koordinieren, Vorschläge sammeln und das Erscheinen einzelner Hefte arbeitsteilig fördern soll. Der IVA–Verlag Bernd Polke hat es übernommen, die "Autonomie – Neue Folge" in Zukunft zu verlegen und zu vertreiben.

Vielleicht bringt dieses Schreiben ein bißchen Klarheit in dieser unglücklichen Situation, in der ein Teil der ehemaligen Frankfurter Redaktion ihre "Autonomie" weiterhin herausgegeben wird und wir, die "Autonomie – Neue Folge"; eine Situation, die den Frankfurtern, uns und vor allem den Lesern einige Schwierigkeiten stellen wird. Daß wir darüber nicht glücklich sind, braucht nicht gesagt zu werden, jedoch sprechen alle Gründe dafür, lieber zwei Zeitschriften mit gleichem Namen (aber sehr unterschiedlich in den Inhalten) zu haben als eine Zeitschrift mit Inhalten, die sich gegenseitig neutralisieren.

Technisches: Die "Autonomie – Neue Folge" Heft Nr. 1 hat 104 Seiten und kostet 9 Mark. Im Abo kosten 4 Hefte 28 M. Abos sind zu bestellen bei:

IVA–Verlag Bernd Polke GmbH, Am Lustnauer Tor 4, 74 Tübingen 1.
Das Geld kann auf das Konto: Dresdner Bank Tübingen, Kontonr. 3 451 343 00 (BLZ: 641 800 14) überwiesen werden.
Unsere Redkationsadresse ist: Redaktion "Autonomie – Neue Folge" Postfach 34 70 63, 28 Bremen 34.

An diese Adresse sind uns Vorschläge, Beiträge, Kritiken oder Briefe willkommen. Wir planen, in Zukunft die Themen nach Erscheinen der Hefte nicht als abgeschlossen zu betrachten, sondern Diskussionen, die uns wichtig sind, eventuell über mehrere Hefte, fortzuführen.

Redaktion "Autonomie – Neue Folge"

ALTERNATIVE ZENSUR - ALTERNATIVE MACHT

FRANKFURT 17. Juli *Von der Gruppe „Frauen gegen VerGEWALTigung" im Frauenzentrum Bockenheim:*

„Im Sinne des Artikels von Peter Erlach im ID Nr. 288 möchten wir unsere Wut erstmal auf diesem Wege loswerden. Wir, die Gruppe „Frauen gegen VerGEWALTigung", haben im Februar einen Artikel über einen VerGEWALTigungsprozeß geschrieben, den wir mitverfolgt haben, und von dem zwei Frauen von uns betroffen waren.
Über den reinen Prozeßbericht hinaus haben wir darin grundsätzliche Standpunkte zur VerGEWALTigung dargelegt, und wollten mit der Veröffentlichung das Tabu, das dieses Thema umgibt (auch in der „Szene" und auch unter den Frauen) durchbrechen und möglicherweise eine breitere Diskussion darüber entfachen.
So haben wir den Artikel an ziemlich viele „alternative" Zeitungen geschickt. Abgedruckt wurde er nur im ID, im Frauenblatt und in der nicht-alternativen Frankfurter Rundschau (ungekürzt und unverändert!).
Pflasterstrand, Courage, AZ und die TAZ hielten die Veröffentlichung nicht für nötig.
Wir haben denen allen dann noch einen Brief geschickt, in dem wir eine Begründung dafür verlangten, wozu sie sich ebenfalls nicht gemüßigt sahen. Konsequenzen? ? ? ? ?
Keine Macht für niemand -
auch keine alternative!

„Frauen gegen VerGEWALTigung", Frauenzentrum Bockenheim, Landgrafenstr. 13, 6 Frankfurt 90, Tel. 778288

Eine ID-Anmerkung: In diesem Fall ist der ID (nochmal) gut weggekommen. Doch auch im ID steht nicht alles was geschickt wird, auch im ID unterbleibt so Manches. Manchmal auch nur deshalb, weil wir von unserer Stube aus das Besondere, Wesentliche nicht (mehr) erkennen, einzuschätzen wissen oder weil sich in der Redaktion niemand betroffen fühlt und sich des Artikels annimmt. Kommt dann eine schriftliche Anfrage, warum jener Artikel nicht abgedruckt worden sei, so findet sich - das behaupte ich mal frech - in der Regel kein/e Antwortschreiber/in, denn niemand fühlt sich verantwortlich, angesprochen, denn es hat sich ja niemand um den Artikel gekümmert - er ist durchs Routineraster gefallen. Das passiert alltäglich trotz bester Vorsätze und wird auch dadurch begünstigt, daß wir von außen zuwenig gezwungen werden, uns mit Berichten auseinanderzusetzen, die unterbleiben oder verändert werden. Dazu scheint mir die schriftliche Anfrage etwas ungeeignet, denn sie läßt bequeme Erklärungen allemal zu. Deshalb: ruft auch an, rennt uns die Bude ein!

Shame and Scandal in the family. Auf allen Ebenen. Zeitungsfrauen, Büro-Frauen, taz-Mafia. Wohin soll das noch führen? Die Frankfurter Frauen beschreiben ihren Alltag in linken Anwalts-Büros:

FUCK THE LAWYERS – ODER: DIE BÜROFRAUEN HABEN DAS WORT

FRANKFURT 18. Juli Wir sind eine Gruppe von Männern und Frauen, die in Frankfurter sogenannten linken Anwaltsbüros arbeiten. Wir treffen uns seit längerer Zeit regelmäßig, um unsere gemeinsame Situation zu besprechen. Am 16.7.79 sind wir auf einer Bürobesprechung im Anwaltsbüro Heinz Funke u. Koll. erschienen.

Eine von uns, die bis jetzt dort arbeitete, hat beschlossen, dies ab sofort nicht mehr zu tun.

Wir sind alle zusammen dort hingegangen, weil die Vorgänge in diesem Büro uns alle betreffen.

Wir greifen die Erfahrungen von einigen von uns mit dem Funke–Büro auf, weil wir glauben, über diesen Ansatzpunkt eine allgemeine Auseinandersetzung über die Praxis linker Anwaltbüros herausfordern zu können.

Es geht nicht um dieses einzelne Büro, die Vorgänge in der Eckenheimer Landstraße sind nur die Spitze vom Eisberg. Wir wissen dies, denn wir alle arbeiten in Anwaltbüros mit linkem Anspruch.

Zu den geschilderten Vorgängen gibt es in fast jedem Büro Parallelen.

"Ich will nicht mehr . . ."

Dazu eine Frau:

"Nachdem ich vorher schon in Anwaltsbüros gearbeitet habe, hatte ich seit April eine Halbtagsstelle als Bürokraft im Anwaltsbüro Heinz Funke u. Koll.

Ich werde (will) hier nicht mehr arbeiten.

Mit meiner Arbeit in einem linken Anwaltsbüro wollte ich – außer natürlich meine Reproduktion sichern – eine Tätigkeit haben, die ich als sinnvoll und befriedigend empfinde. Sinnvoll im Rahmen eines Anwaltbüros (und das heißt zwangsläufig nur auf der beschränkten, weil juristischen Ebene) heißt für mich:

- den sozial Benachteiligten (Mieter, Arbeitnehmer, Sozialhilfeempfänger, Asylbewerber) bei der Durchsetzung ihrer Interessen zu helfen,
- sozialen Gefangenen eine gute Verteidigung zu gewährleisten (zu den Problematiken hier später),
- eine konsequente Verteidigung für politische Gefangene; Schutzfunktion auch im Hinblick auf Haftbedingungen.

Mit diesen Ansprüchen meine ich nicht, einem Anwalt nur technische Hilfestellung durch Erledigung der Schreibarbeiten ("zur Hand gehen") zu leisten, der eine solche Arbeit – sei es tatsächlich oder vermeintlich – macht.

In diesem Katalog von Vorstellungen sehe ich mich als Subjekt, als Teil eines Kollektivs, das diese Aufgaben gemeinsam angeht und Entscheidungen gemeinsam trifft. (Ich hoffe nur, daß das jetzt keiner so verstehen will, als wolle man als Nicht-Anwalt/in einem/r ausgebildeten Juristen/in die § vorschreiben, aber das ist doch wohl klar, gell?)

Realität im Büro

Wie sieht die Realität im Anwaltsbüro Funke aus?

Es muß festgestellt werden, daß Entscheidungen nur und alleine von den Anwälten getroffen werden. Dies betrifft Entscheidungen aller Art: juristische, politische, "personelle". Oft genug erfährt man als "Büropersonal" von den grundlegenden, die Arbeit aller betreffenden Entscheidung – wenn überhaupt –, verspätet bzw. zufällig.

Eine grundsätzliche, inhaltliche Diskussion (welchen Anspruch hat man mit einem solchen Anwaltsbüro als Linker, welche Mandate nimmt man an) wurde zwar von einigen aus dem Büro verlangt, fand aber nie statt.
Ob (genauer: daß!) z.B. Vermieter, Dealer, Vergewaltiger vertreten werden, erfährt man höchstens durch das Fotokopieren von Akten oder Tippen von Briefen.
Ich verlange hier keine (einsame) Entscheidung von Anwalten gegen solche Mandate, ich verlange aber eine gemeinsame Diskussion und Entscheidung aller im Büro Arbeitenden über das Ob und Wie!

Genau dasselbe Problem ist es auch mit Neueinstellungen bzw. Kündigungen von Kollegen/innen.
Da arbeitete fast seit Anfang an eine sehr junge Türkin im Büro. Ihre Abwesenheit erklärte ich mir durch den angekündigten Urlaub. Durch Zufall erfuhr ich nach einer Woche, daß ihr gekündigt worden war. Ihre Eltern wollten für 5 Wochen in die Türkei fahren und verlangten von ihrer Tochter kategorisch, daß sie mitfahre. Den ihr zustehenden Urlaub vom Büro hatte sie aber schon genommen.
Als sie sich dem Druck ihrer Eltern beugte und sagte, daß sie jetzt mitfahren müsse, wurde auf ihre weitere Mitarbeit verzichtet.
Zwei Gedichte in türkisch, eines von Peter Paul Zahl und eines von Nazim Hikmet, hängen noch heute über ihrem ehemaligen Arbeitsplatz.

Von einer Neueinstellung erfährt man oft erst, wenn sich morgens jemand händeschüttelnd bei einem vorstellt. Diesmal war es ein Betriebswirt, der sich die nächsten 4 Wochen außer mit normalem Bürokram mit Organisationstechniken und Rationalisierungsvorschlägen für das Büro befassen will. Rationalisierung im Büro statt inhaltlicher Diskussion!

Meine Arbeit und die "Fälle"

Meine eigene Arbeit bestand alleine darin, 4 Stunden am Tag zu tippen. Ich hatte nie den Eindruck, daß eine "andere" Einflußnahme meinerseits auf Vorgänge im Büro gefragt oder erwünscht sei.

Zu der absoluten Nichterfüllung meiner Ansprüche kam noch die Besonderheit dieses Büros, daß ein Großteil der Mandate aus Asyfällen besteht (im ersten Halbjahr 79 ca 1200 neue Asylmandate). Dies bedingt eine sehr hohe "Mandantenfrequenz", einen kaum zu bewältigenden Arbeitsanfall und eine ungeheure Hektik im Büro.

Aber auch dieses Problem wird nicht inhaltlich diskutiert (Problematik von Asylfällen, Eigendynamik der Expansion), sondern es wird der wahrlich untaugliche Versuch unternommen, es auf einer rein arbeitsorganisatorisch-technischen Ebene (Organisations- und EDV-Fachmann) zu lösen.

Viele erfolglose Versuche, etwas zu ändern, d.h. erst einmal eine inhaltliche Diskussion zu führen, zusammen mit einer inzwischen unerträglichen Arbeitsatmosphäre bringen mich zu dem Entschluß, ab sofort meine Mitarbeit in diesem Büro einzustellen".

Diese Geschichten sind nicht unbedingt Funke-spezifisch, allerdings in so einer extremen Form bisher noch in keinem anderen linken Frankfurter Anwaltsbür gelaufen.
Zum einen richte

Wir wollen mit unserer Aktion zwei Sachen erreichen:
Zum einen richtet sie sich bewußt gegen das Büro Funke u. Koll., um es der Öffentlichkeit, die es immer noch als linkes Anwaltbüro wahrnimmt, als das darzustellen, was es ist: nämlich ein stinknormales bürgerliches Rechtsanwaltsbüro. Wir meinen, daß das Bür im Pflasterstrandadressenteil nichts mehr zu suchen hat. Wir wollen verhindern, daß die betroffenen Büroangestellten von anderen Genossen(innen) ersetzt werden, die dann auch mit einem Sack voller Ansprüche und Hoffnungen da hineingehen würden, um dann genauso beschissen zu werden.

Die andere Ebene, um die es uns geht, ist, eine breitere und öffentlichere Diskussion zu führen, über das, was in allen Büros abläuft, z.B. die eingespielten Strukturen von Anwälten im Umgang mit Mitarbeitern und umgekehrt. Wir wollen diskutieren über den Flair, mit dem sich sogenannte linke Anwälte umgeben und dies in Beziehung setzen zu unserem Büroalltag und den Ansprüchen, die die Leute (Mandanten und potentielle Mandanten) an die Büros stellen.

Am 16.7. 1979 sind wir um 20 Uhr gemeinsam ins Büro Funke gegangen um gemeinsam zu diskutieren.
Die erste Reaktion war eine strikte Weigerung, mit uns zu reden, u.a. deswegen, weil organisatorisches zu besprechen sei.

Unser Anliegen war aber eine inhaltliche Diskussion; wir fingen einfach an, über die Probleme zu reden.
Heinz Funke führte „Die etwa 1/2stündige Diskussion", indem er sich über die miese Tour der persönlichen Angriffe zu retten versuchte. So sagte er, daß ja niemand gezwungen sei, bei ihm zu arbeiten (weiß Gott nicht!), und daß Petra ja gehen könnte. Plötzlich waren ihre vermeintlichen Tippfehler zum Hauptproblem des Büros geworden. Dies wäre ein so schwerwiegendes Problem, daß deshalb inhaltliche Diskussionen im Büro nicht möglich gewesen wären.
Auf diese Ebene des Verteilens von Schlägen unterhalb der Gürtellinie ließen wir uns nicht ein und verließen die stinkende Bude - jedoch nicht ohne wenigstens das Treppenhaus zu verschönern.
Sind linke Anwälte, die in Zeiten allgemeiner Abschlaffung immer noch wie Speerspitzen einer revolutionären Bewegung rezipiert werden, in ihrem miefigen Büroalltag nicht längst zu ordinären Chefs und Ausbeutern geworden?
Wir denken, daß solche Probleme nicht intern zu lösen sind und wollen deshalb den Diskussionsprozeß führen

ERKLÄRUNG ZUM KRONZEUGEN H.J. DELLWO

Stammheim 19. Juni — *Wie schon bei V. Speitel (s. ID 285) gaben RA Müller und Newerla auch beim Kronzeugen Dellwo eine ausführliche Erklärung ab:*

"Diese Erklärung steht in engem und unmittelbarem politischen Zusammenhang zu unserer Erklärung gemäß § 257 StPO vom 31. Mai 1979 zu den Aussagen des Kronzeugen Speitel. Sie schließt sich dieser Erklärung an und bestätigt sowie erweitert alle dort getroffenen tatsächlichen und politischen Feststellungen.

1.

Die Struktur der Produktion des Kronzeugen Dellwo ist mit derjenigen des Kronzeugen Speitel identisch. Wie der eine von der strafrechtlichen Verantwortung von seinem Beitrag zu der Aktion in Stockholm, so wurde der andere von seiner Nähe zu der Aktion gegen Jürgen Ponto, die auf der juristischen Ebene ohne Schwierigkeit nachzuweisen gewesen wäre, freigestellt. OStA Lampe hat dazu während seiner Vernehmung durch den Ermittlungsrichter am 5.1.78 erklärt:

"Herr Dellwo weiß, daß wir aufgrund dieser Aussage, deren Richtigkeit zudem durch objektive Beweiszeichen erhärtet wird, beweisen können, daß er am Tag des Ponto-Mordes einen Treff mit Illegalen in Frankfurt hatte und in einer konspirativen Wohnung, unter anderem mit Personen, die des Mordes an Ponto dringend verdächtig sind. Bis Mittag war er in der Wohnung und ist am selben Tag im Büro bewaffnet wieder angekommen. Herr Dellwo hat mir angekündigt, er werde hier und heute eine Erklärung abgeben, die den nicht fernliegenden Verdacht der Mittäterschaft und den naheliegenden Verdacht der Mitwisserschaft ausräumt."

An diesem 5. Januar 1978 war der Kronzeuge noch nicht so weit, daß er das gleiche Vernehmungsritual wie Kronzeuge Speitel am Tag zuvor anstandslos über sich hätte ergehen lassen — laut DIE WELT vom 1.12.77 hatte Rebmann vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages von Baden-Württemberg am 30.11.77 erklärt, man sollte den Untersuchungsausschuß eventuell um ein Vierteljahr vertagen, "vielleicht weiß man dann mehr". Zwei Monate später war dann auch dieser Kronzeuge so weit. Da bedurfte es auch der propagandistischen Erklärung nicht mehr im Gerichtsprotokoll, daß er von einer Alternative eines Müllers nichts halte, da der Untersuchungsausschuß des Landtages seine Tätigkeit bereits eingestellt hatte. Auch ohne das hatten die Medien und der Staatsschutz die Lage richtig eingeschätzt. Im STERN Nr. 4 vom 19.1.78 unter der Parole "Genossen, so nicht!" heißt es auf der Seite 50:

"Bei allen Gesprächen mit den Ermittlern versuchten Dellwo und insbesondere Speitel sich so zu verhalten, daß man sie nicht mit den RAF-Kronzeugen Karl-Heinz Ruhland und Gerhard Müller 'in einen Topf wirft', die sie selbst auch heute noch für Verräter halten."

Neu ist der konkrete Einblick, den Dellwo über den Umfang des Geschäfts mit dem Staatsschutz vermittelt hat: Geld, neue Papiere, neue Identität, strenge Geheimhaltung seines Aufenthaltsortes, Absprachen mit dem Kronzeugen Speitel noch nach seiner Haftentlassung in der JVA Karlsruhe — Außenstelle Rastatt — fortdauernde Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz

2.

In der Bedeutung dazu korrespondiert dazu die Rolle dieses Senats bei seiner Operation mit der ungesetzlichen Figur des Kronzeugen. Denn er hat deutlich gemacht, daß bei ihm das entscheidende Moment bei der Durchsetzung dieses unzulässigen Staatsschutzmittels liegt.

a

Der Senat hat die in Form eines angeblichen "Defekts" am gerichtlichen Tonbandgerät erfolgte objektive Beweismittelvernichtung abgesegnet. Er hat dazu den Antrag der Verteidigung vom 11.6.79 abgelehnt, den Kronzeugen Speitel erneut zur Befragung bezüglich der gelöschten Passagen zu laden. Obwohl dem Senat die Tatsache der Unvollständigkeit dieses Vernehmungsprotokolls bereits am 18.5.79 bekannt war, hat er die Verteidigung davon erst am 31.5.79 in Kenntnis gesetzt, nachdem er am 29.5. den Antrag der Verteidigung auf Aussetzung oder Unterbrechung der Vernehmung Speitels abgelehnt und die Entlassung des Zeugen durchgesetzt hat.

Der Senat hat dadurch zu erkennen gegeben, daß er auch in Zukunft alles daran setzen wird, eine erneute Vernehmung dieses Kronzeugen zu verhindern, nachdem der Staatsschutz bereits dem Kronzeugen Müller zugesagt hatte: daß er in einem Verfahren nur jeweils einmal aufzutauchen brauche.

Eine Gegenüberstellung der gelöschten Aussagen des Kronzeugen mit seinen Aussagen vom 22. und 23.5.79 hätte den juristisch unwiderlegbaren Beweis dafür erbracht, daß er die Unwahrheit sagt. Der Staatsschutz befürchtete ein Öffentlichwerden dieser Gegenüberstellung ausweislich des Gerichtsprotokolls. Die Aburteilung von uns beiden schien unmittelbar gefährdet.

b

Bei der Vernehmung des Kronzeugen Dellwo hat der Senat unterlassen alles zu erfragen — wozu er schon aufgrund seiner Aufklärungsmaxime verpflichtet gewesen wäre —, was das Ausmaß des Geschäfts zwischen dem Staatsschutz und dem Kronzeugen transparent gemacht hätte. Er hat das Staatsschutz-Argument von der angeblichen Gefährdung des Kronzeugen sich zu eigen gemacht, die gleiche Sicherheitsargumentation, mit der dieser Senat und der Staatsschutz auf der anderen Seite die Vernichtungshaft durchgesetzt haben und rechtfertigen. Wenn OStA Morre während der ganzen Vernehmung sich überhaupt einmal geäußert hat, dann in dem Zusammenhang, als es ihm um den "Schutz" dieses Lebens auf der Zeugenbank ging, womit er nur das Staatsschutz-Interesse zum Ausdruck bringt: ein solches Leben, eine solche "Identität" — die des Zerstörten und voll Funktionalisierten — schützt dieser Staat. Dabei hat vor diesem Senat die Gefangene aus der RAF, Brigitte Mohnhaupt, am 22.7.76 zur Gefährdung von Verrätern erklärt:

"aber es gab solche trennungen und natürlich ist nie von liquidation geredet worden, bei keiner trennung. es gab trennungen von leuten, die den job nicht mehr machen konnten,

nicht mehr machen wollten, eben weil sie begriffen hatten was illegalität bedeutet, was bewaffneter kampf bedeutet. das war ihre freie entscheidung. . .

und es gab trennungen, wo wir das bestimmt haben. das waren leute, wo wir gesagt haben, wir trennen uns von denen aus bestimmten gründen — im grunde genommen aus denselben natürlich — weil ne gemeinsame praxis an nem bestimmten punkt nicht mehr möglich war, na ja, die leben natürlich alle noch. . .

oder er geht, und dann geht er ohne zwang, ohne druck, weil's seine entscheidung ist, ers auch nur als seine entscheidung begreifen kann, weils so vermittelt war im prozeß aller. weil ne trennung oder ein ausschluß, der nicht verantwortlich begriffen läuft, haß bedeutet und der typ dann drüher oder später bei den bullen landet. . .

jedenfalls war die situation in den gruppen so, daß ne sache wie zu sagen: der geht jetzt und wenn er nicht ins ausland geht dann . . . — also was Müller da sagt, ist doch: wenn er (er = Siegfried Hausner, der lt. Müller hätte liquidiert werden sollen) nicht nach holland könnte, abgeschoben werden könnte ins ausland, dann muß er als notlösung liquidiert werden — sowas kann sich nur der staatsschutz ausdenken. also daß so ne sache die struktur, die gruppe, die einzelnen, die in der gruppe gekämpft haben, natürlich nie gestärkt, sondern geschwächt, zerstört hätte.

denn mit der implikation, daß sowas laufen könnte in der gruppe — wie wäre es dann noch möglich, daß die typen kämpfen, daß sie mut haben, daß sie überhaupt ne identität herstellen können.

als notlösung, und nur weil vielleicht kein platz da ist, einen zu liquidieren, der mit uns gekämpft hat, — also ne völlig durchgeknallte konstruktion. ich kann dazu noch ein beispiel bringen:

es gibt die geschichte in berlin mit edelgart gräfer, heißt sie glaub ich — jedenfalls gräfer — die hat ein halbes dutzend leute hochgehen lassen. sie hat leute verraten, wohnungen verraten und was passiert ist, was gemacht worden ist: sie hat nen eimer teer über die fresse gekriegt und ein schild um den hals. also ich mein, wenn sowas bekannt ist, daß jemand der leute verraten hat — das heißt: er verrät sie und gibt sie praktisch zum abschuß frei, denn das kann man ja nie wissen, wenn die bullen in die wohnung kommen, wie das dann läuft — wenn der nen eimer teer übern kopf kriegt, dann ist es umso absurder anzunehmen, einer der niemanden verraten hat, könnte aufgrund ner bestimmten situation, wo alles mögliche kulminiert, wie müller das darstellt: fahndung und was weiß ich, verhaftungen — könnte der so einfach abgeknallt werden. das ist ausgeschlossen."

("texte: RAF, seite 216 - 218)

Der Senat, die Bundesanwaltschaft und der Staatsschutz kennen diese Erklärung seit Jahren. Der Staatsschutz hat den Kronzeugen Bodeux zum Agenten gemacht, der dann 1974 Ulrich Schmücker entweder eigenhändig ermordet hat oder andere dazu brachte, es zu tun, um diesen Mord propagandistisch gegen die Linke und gegen die Guerilla auszuschlachten. Wenn also Verräter gefährdet waren, dann durch den Staatsschutz. Weil also die absolute Geheimhaltung des Aufenthaltsortes und der Identität ein weiterer Bestandteil des Geschäfts ist, tut der Senat alles, um die Einhaltung der Zusage zu garantieren.

3.

Der Staatsschutz hat aus den Erfahrungen mit dem Kronzeugen Gerhard Müller gelernt. Bei ihm ergab sich der Bruch aus der Tatsache, daß er von einem anderen Gericht, das noch nicht vollständig in die Staatsschutzstrategie integriert war, verurteilt wurde als dem, das dann die Pilotfunktion in Sachen Kronzeugen übernahm: der 2. Strafsenat des OLG Stuttgart. Als der Vorsitzende Richter Reimer Hadenfeld vom Hamburger Landgericht das Aktenstück — Az. 3 ARP 74/75 I — mit den Angaben Müllers von der Bundesanwaltschaft beiziehen wollte, mußte Bundesjustizminister Vogel (SPD) durch Erklärung vom 23.1.76 diese Akte unter Verschluß nehmen, da andernfalls ihre Veröffentlichung "Nachteile für die Sicherheit und das Ansehen der BRD" bedeutet hätte.

Wenn wir in der Erklärung zur Sache und in einem Befangenheitsantrag erklärt haben, daß dieser Senat zu denjenigen gehört, die sich für die justiziellen Bewältigungsversuche des sog. "Terrorismus" besonders befähigt haben, können wir das jetzt dahingehend präzisieren, daß dazu die Befähigung im Umgang mit Kronzeugen gehört, die ein regierungsmittelbares Eingreifen überflüssig macht. Seine Zeugenpflege, die Übernahme der Scheinargumente der Schutzbehörde Bundesanwaltschaft, haben mehr als alles andere offengelegt, daß er sich vollständig zum Teil der Exekutive gemacht hat. Der Senat weiß, daß er in dem geschlossenen System von Trakt, Bundesanwaltschaft, Gericht und Staatschutzpresse jegliche politische Absicherung hat."

Kontakt: Dr. Klaus Steiner / Gernot Werschak, Kreustr. 8, 6700 Ludwigshafen, Tel. 0621/69 47 99 - 69 86 99

KNASTWOCHE IN BREMEN

BREMEN 15. Juli — Die Gefangenenhilfe Bremen führte im Juni eine Veranstaltung zur Situation der Frauen im Knast Bremen—Blumenthal durch. Diese Veranstaltung fand ein großes Echo. Es ging dabei hauptsächlich um die Verlegungspraxis der Frauen. Uns ist bewußt geworden, daß zum einen die Verlegungspraxis keine Angelegenheit der Frauen ausschließlich ist, denn auch die Strafgefangenen aus Oslebshausen werden, wenn die Haftstrafe mehr als 4 Jahre beträgt, nach Hamburg abgeschoben und desweiteren gibt es jede Menge anderer Probleme im Knast, die in der Öffentlichkeit nur sehr stiefmütterlich behandelt werden. Deshalb haben wir uns überlegt in Bremen eine Knastwoche vom 17. — 21. September durchzuführen.

Wer ist wir?

Die Gefangenenhilfe Bremen ist ein Zusammenschluß von Menschen, die sich zur Aufgabe gesetzt haben, Dinge, die sonst nicht aus den Gefängnismauern herausdringen, einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen um dadurch einen minimalen Schutz für die Gefangenen zu gewährleisten.

Wozu diese Knastwoche?

Da über die wirklichen Probleme im Knast nur unzureichend berichtet wird, machen wir diese "Knastwoche" mit dem Ziel
- Mehr Leute auf die Zustände im Knast aufmerksam zu machen
- und um auf diesem Wege, durch den Druck der Öffentlichkeit Verbesserungen für die Gefangenen zu erwirken.

Wir wollen dazu einen Forderungskatalog erstellen. Dieser Katalog soll unter Beteiligung breitester Kreise erstellt werden; besonders natürlich unter Beteiligung der Gefangenen. Er soll sowohl konkrete Mißstände als auch grundsätzliche Fragen enthalten.
Wir fordern hiermit alle Betroffenen auf: schickt uns Berichte, Erfahrungen und Problemstellungen — damit dieser Katalog möglichst umfassend wird.

Was soll passieren in der Knastwoche?

Folgende Ideen gibt es bis jetzt:
- eine Zeitung mit Berichten, Erfahrungen, Forderungen usw.
- Ausstellung in einem zentral gelegenen Gebäude

- Infostände in der Innenstadt
- Theaterstücke, Straßenmusik
- mehrere Knastfilme im Cinema innerhalb dieser Woche
- große Abschlußkundgebung mit den politisch Verantwortlichen
- Kundgebung vorm Knast?

Wir brauchen dafür:
- Informationen über und von "Knastgruppen" hier in Bremen
- Kontakte mit ehemaligen Gefangenen

Was könnt ihr tun?

Wir bitten alle, die in irgendeiner Form zu dieser Aktionswoche beitragen können und wollen, sich mit uns in Verbindung zu setzen.
Wer hat noch weitere Ideen für diese Woche?
Wer kann eine der geplanten Aktionen mit unterstützen oder organisieren?
Wer kennt Theater oder Musikgruppen, die über Knast gearbeitet haben.
Wer hat Fotos und Filme übern Knast?
usw. usw. ....

Ein erster Treffpunkt aller, die mitarbeiten wollen, ist FREITAG, 20.7.79, 19.00 Uhr WESERTERRASSEN, Bremen oder nehmt Kontakt auf mit: Carmen Spiering, Hastedter Osterdeich 213, 28 Bremen, Tel.: 0421/441435

FREISPRUCH FÜR JOACHIM GURR

HAMBURG 13. Juli *Der Prozeß gegen Joachim Gurr wegen "Rädelsführerschaft, schwerem Landfriedensbruch, zweimaliger gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung" endete mit Freispruch. All dies sollte er am 22.1.77 (!) bei einer Mobilisierungsdemonstration für die Brokdorf-Demo in Hamburg begangen haben, bei der er als einziger festgenommen worden war. Hamburger Prozeßbesucher hatten uns vor Prozeßende einen Bericht geschickt, aus dem wir zitieren:*

"Joachim hatte am ersten Prozeßtag eine Erkärung verlesen, in der er die Notwendigkeit des praktischen Widerstandes gegen AKWs betonte und eine Einstellung aller Verfahren, auch seines, gegen AKW-Gegener forderte. Dieser Antrag wurde natürlich — wie sollte es anders sein — abgelehnt. Das Erinnerungsvermögen des Hauptbelastungszeugen zum Vorwurf der Rädelsführerschaft beschränkte sich auf die Wahrnehmung einer großen, in schwarzem Leder gekleideten Gestalt, die die Menge dirigierte. Durch die Aussage einer Zeugin von unserer Seite, sah sich das Gericht mit mehreren "schwarzen Männern" auf der Hamburger Demo konfrontiert. Mittlerweile sind es nun schon Zehn. Wie absurd der Vorwurf der Rädelsführerschaft ist, zeigte die Schilderung eines Entlastungszeugen über die gemeinsame Demo-Planung vieler BIsund die ausführliche Diskussionen über die Ziele der Demonstration. Dies verdeutlichte die Strukturen der Anti-AKW-Bewegung, die eine Führerrolle nicht zulassen.

Zum Vorwurf der Körperverletzung und des Landfriedensbruches sagten zwei Fotografenspitzel aus. Sie wurden an ihrer Spitzeltätigkeit inmitten der Demonstration gehindert und wollen in Joachim denjenigen erkannt haben, der diese begrüßenswerte Aktion u.a. durch Tritte ins 'Gesäß' ausgeführt haben soll. Wie sich weiter herausstellte, hatten sie sowohl ihre Aussagen vom 'Bullenzeugenberater' Stöhlmacher (sicher einigen von euch durch die Antifa-Prozesse in Hamburg bekannt) koordinieren lassen, als auch sich untereinander abgesprochen. Da oben genannter Polizeifotograf sein Vernehmungsprotokoll (von vor 2 Jahren) wortwörtlich dem Gericht runtergeleiert hat, kann man davon ausgehen, daß Stöhlmacher allen Zeugen ihre Vernehmungsprotokolle zugänglich gemacht hat."

LONDON — INTERNATIONALE GEFANGENENARBEIT

Vor einiger Zeit erreichte uns ein Brief des "Prisoners Information Service", die an einem internationalen Informationsaustausch und der Koordinierung von Gefangenenarbeit interessiert ist:

Wir sind eine Gruppe , die in der Kampagne zur Verteidigung von Astrid Proll entstanden ist. Wir erkannten die Notwendigkeit des Aufbaus eines Informationsnetzes, nachdem wir entdeckten und erfuhren, wie eng die Verbindung auf Seiten der westeuropäischen Staaten und ihrer Polizei bereits geworden ist.

Viele Leute in Großbritannien und anderswo nehmen gegenwärtig an Auseinandersetzungen und Kämpfen teil, in denen die Behandlung politischer Gefangener ein Teil ist. Wir wollen ein Info herausbringen und an alle unsere Kontakte verschicken, der Informationen über verschiedene Kämpfe sammelt; doch ist klar, daß wir nicht nur ein "Druckdienst" sein wollen, sondern daß unsere wie eure Positionen klar herauskommen sollen. Als neue Gruppe haben wir noch keine klaren Positionen zu den Problemen, die mit dem Bereich politischer Gefangener zu tun haben, doch glauben wir, daß über folgende wichtige Punkte gesprochen werden sollte:

- was ist ein politischer Gefangener? Wie definiert der Staat seinen Status und grenzt ihn ab gegen einen "Kriminellen". Wie wird ein Krimineller zum politischen und wie ein politischer Gefangener zum Kriminellen?
- wie und warum schaffen es Gesetze, Aktivisten zu isolieren, indem man sie einsperrt?
- wie und warum beschränken diese Gesetze die Aktivitäten der Leute "draußen"?
- wie verhalten wir uns "außerhalb" zu denjenigen "drinnen"?
- was ist die Verbindung der Kämpfe der Völker in den sogenannten "Vier Welten"?

... Wir möchten keine Theoriegruppe werden. Das Wichtigste ist der Informationsaustausch und die Unterstützung über und in Kämpfen und Aktionen.
Leute, die sich für die Arbeit interessieren und Ideen haben, sollen in Englisch, Deutsch, Französisch oder Spanisch an Prisoners Information Service c/o 35, Burma Road, London N 16 schreiben.

HAMBURG — MATERIALSUCHE ÜBER NICHT-AUSHÄNDIGUNG VON ZEITSCHRIFTEN

Der Manni sitzt seit Ende Januar 79 im Knast, und zwar im UG in Hamburg. Zur Zeit ist er Strafgefangener, da er noch den Rest einer Strafe absitzen muß. Er ist mit einer großen Bullenaktion reingekommen, weil er explosives Zeug gehabt haben soll. Er wird daher weiter in U—Haft bleiben.

Manni bekommt nur die wenigsten Zeitungen. Die FR wird meistens zerschnitten, die taz gibt es ganz selten, den id und die direkte aktion (eine anarchistische Zeitung) kriegt er praktisch nie. (taz—Leser können dazu was nachlesen in der taz vom 26.6., wo Manni selbst was dazu geschrieben hat.)

Ich möchte jetzt mal wissen, wie das in anderen Knästen bzw. bei anderen Gefangenen gehandhabt wird. Anscheinend ist das ja recht unterschiedlich, je nachdem, für wie gefährlich die Gefangenen eingeschätzt bzw. wie aufmüpfig sie sind. Ich bitte also alle Gefangenen, deren Freunde, Verwandte, Besucher und Rechtsanwälte, mir ihre Erfahrungen damit zu schreiben. Wichtig sind mir dabei auch und gerade die Begründungen für Nichtaushändigungen.
Ich will das Material auswerten und dann veröffentlichen.
Ja, dann schreibt mir mal fleissig.
Meine Adresse: Mirca Hertel, Keplerstr. 30, 2000 Hamburg 50.
Mannis Adresse: Manfred Guerth, Holstenglacis 3, 2000 Hamburg 36.

Karlsruhe Freispruch für Wehrpassverbrenner bestätigt

In einer Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Karlsruhe wurde am Dienstag, 3.7., der Starkstromelektriker Peter Benitz aus Landau freigesprochen. Der anerkannte Kriegsdienstverweigerer hatte am 13.4.78 seinen Wehrpaß öffentlich verbrannt, um gegen die Wiedereinführung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer durch die an diesem Tage ergangene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu protestieren. Von der darauf folgenden Anklage wegen Urkundenvernichtung hatte ihn das Amtsgericht im April 79 freigesprochen. Das Gericht stellte fest, daß der Wehrpaß als Eigentum des Inhabers angesehen werden müsse. Da er im vorliegenden Fall auch keine wichtige Eintragungen enthalten habe, sei durch die Verbrennung niemand ein Nachteil zugefügt worden. Die Staatsanwaltschaft, deren Vertreter damal angesichts der Rechtslage selbst Freispruch beantragt hatte, legte überraschend Berufung ein. „Weil nicht sein darf, was nicht sein soll". so ein Sprecher des Landesverbands Baden-Württemberg der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG - VK), versuchten die Behörden offenbar mit allen Mitteln, dem friedlichsten Protest eines Bürgers zu krimimalisieren.

Kontakt: Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg Alberichstr. 9 7500 Karlsruhe 21 Tel. 0721/552270

Arbeitslosengeld für ehemalige Zivildienstleistende ?

Durch ein Versäumnis schenkte ich dem Staat im Moment 800 .- DM monatlich. Mit 16 Monaten Zivildienst und 2 1/2 Monaten Jobben hatte ich über 18 Monate hindurch gearbeitet und dachte, damit den Anspruch auf Arbeitslosengeld erfüllt zu haben. Jetzt auf dem Arbeitsamt erfuhr ich, daß man 6 Monate beitragspflichtig gearbeitet haben muß. Mein Jobben war das, meine Zivildienststelle nicht. Die Beiträge für die gesetzliche Renten- und Sozialversicherung werden vom Bundesamt nicht automatisch bezahlt. Dies geschieht nur dann, wenn der ZDLer vorher in einem geregelten Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis gestanden hat, oder sich vorher, mindestens einen Monat vor Beginn des Zivildienstes arbeitslos gemeldet hat. Ist das nicht geschehen, entfällt der Anspruch. Was also ist zu tun? Jeder, der seinen Zivildienst anfängt sollte wissen, ob er in der gesetzlichen Renten- und Sozialversicherung drin ist, am besten einen Monat vor Anfang des ZD zum Arbeitsamt laufen und das dort abklären.
Jede Gruppe oder Einzelperson, die sich irgendwie betroffen fühlt, kann „seinen" zuständigen Abgeordneten mit ent sprechenden Anfragen oder Aufforderungen beehren, in Richtung einer Gesetzesänderung, außerdem gibt es ein Bundesamt für ZD in Köln. Irgendwie ändert das auch den Status.

Sönke

aus Taz vom 17. 7.



MASSNAHMEN GEGEN TOTALVERWEIGERER

MESPELBRUNN 1. Juli *Die Gruppe kollektiver gewaltfreier Widerstand schrieb einen Brief an den hess. Justizminister Günther. Hier ein Auszug:*

Sehr geehrter Herr Günther!
Staatsanwalt Trense in Wetzlar hat sorgfältig geprüft und deswegen dem Totalverweigerer Holger Haag, zur Zeit Justizvollzugsanstalt Marienburgstr. 74 in Darmstadt, jeden Straferlaß verweigert.

Um die Gruppendisziplin aufrechtzuerhalten hat das Amtsgericht in Wetzlar Ihren Gefangenen zu 7 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Sind Sie, Herr Minister, auch der Meinung, daß auf diese Weise die Truppendisziplin aufrechterhalten werden muß? Wir meinen, daß mit solcher Unterdrückung des Gewissens Menschlichkeit und Verläßlichkeit zerstört wird. Wir halten es auch für eine häßliche Unterdrückungsmaßnahme, daß ihm jetzt, vor dem baldigen Ablauf seiner Strafe, Entlassung auf Bewährung angeboten wurde, jedoch mit der Auflage, den von ihm abgelehnten Militärdienst zu leisten. Die Strafaussetzung nach Verbüßung von 2/3 der Haft, die in der Regel "gewöhnlichen" Straftätern gewährt wird, wurde dem Kriegsdienstverweigerer feindselig versagt.

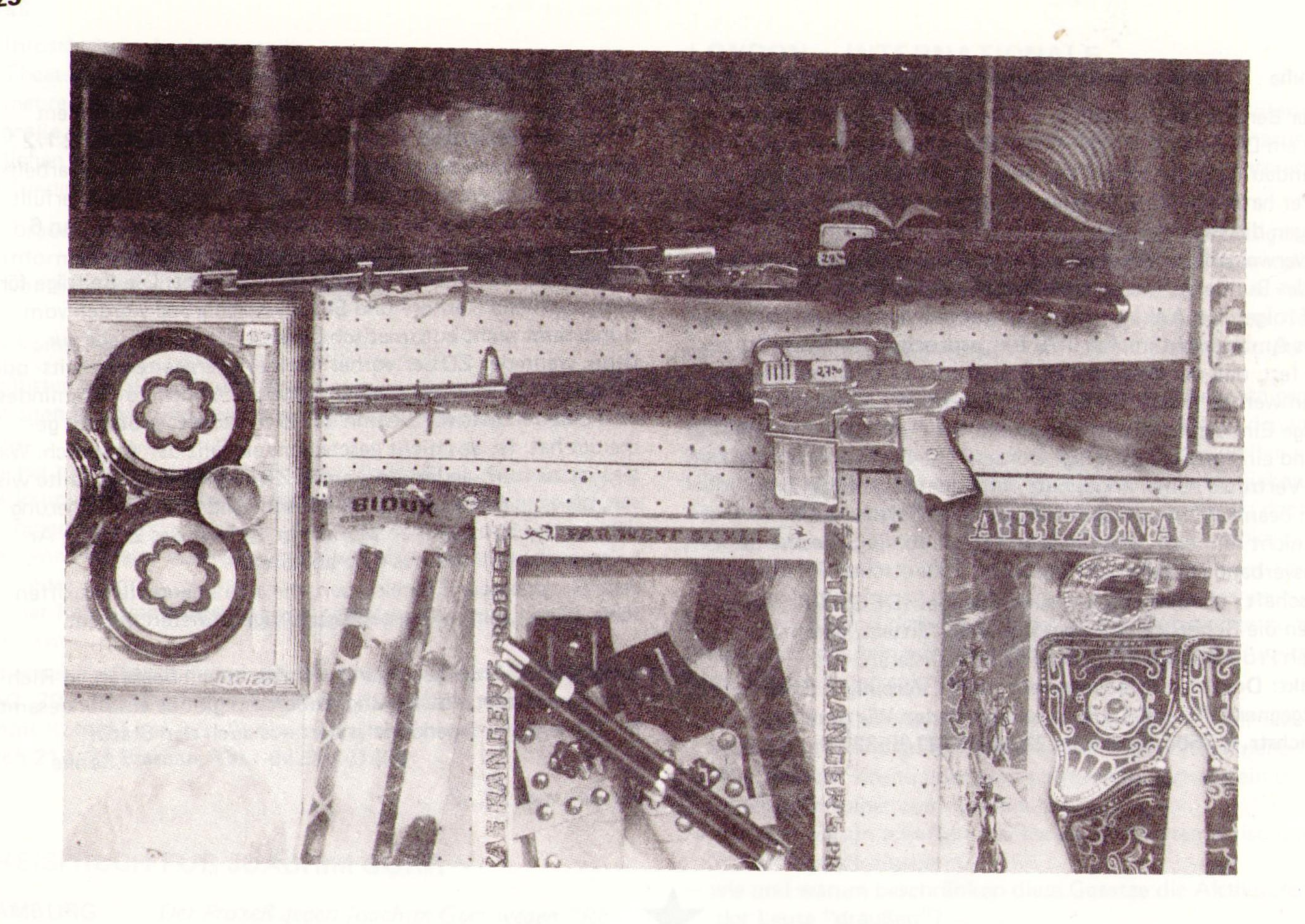
Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste, Regionalgruppe Mitte–Süd, c/o Bernd Bleistein, Hauptstr. 15, 8751 Mespelbrunn/Hessenthal, Spendenkonto: Horst Balzer, PSchA Ffm, 3789 91–608

Norbert Heitkamp, der vor acht Monaten die restliche Ableistung seines Zivildienstes verweigerte, schreibt:

Mittlerweile hat das Bundesamt für Zivildienst bei der Staatsanwaltschaft Dortmund Strafanzeige wegen Dienstflucht erstattet, mit dem Hinweis darauf, daß bereits in vielen anderen Fällen hohe Freiheitsstrafen verhängt worden seien (was m.E. falsch ist). Außerdem wird im Interesse einer Generalprävention (Abschreckung auf andere mögliche Verweigerer) um eine Beschleunigung des Verfahrens gegen mich gebeten!
Am 31.5.1979 erhielt ich von der Staatsanwaltschaft Dortmund die Anklageschrift. Mir wird Dienstflucht vorgeworfen, ein Vergehen, das wie Fahnenflucht mit bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug bestraft werden kann.

Meinen genauen Prozeßtermin werde ich noch mitteilen. Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele Interessierte zu diesem Prozeß kommen, damit deutlich wird, daß ich nur einer unter vielen bin, die sich wehren gegen die militärähnliche Organisation des Zivildienstes, die Dienstverpflichtung von Kriegsdienstverweigerern im Verteidigungsfall, den Ausbau des Wehr- und Zivildienstes zu einem, Männer und Frauen gleichermaßen verpflichtenden (europäischen) Arbeitsdienst und andere Erscheinungsformen der zunehmenden Militarisierung unseres Landes. Bei den Prozessen von D. Schöffmann und B. Bleistein waren übrigens zwischen 100 und 180 Personen. Sie haben ihre Teilnahme am Prozeß dem Gericht vorher mitgeteilt, so daß die Prozesse in großen Gerichtssälen stattfanden!
Ich werde — sobald der Prozeßtermin klar ist — Anmeldungsvordrucke versenden. Wie gesagt: über eine rege Prozeßteilnahme würde ich mich sehr freuen.

Kontakt: Norbert Heitkampf, (bei C. Leimbrink) Martinistr. 84, 4500 Osnabrück
Spenden an: Freiwillige Friedensarbeiten, Rolf Breuer, Postscheckamt Dortmund; KtoNr. 187771–468



„ES IST SO SCHÖN, SOLDAT ZU SEIN ..."

HEILBRONN 15. Juli *Der Liedanfang steht als Motto über der friedenspädagogischen Ausstellung, der seit einem Monat bis 25. Juli in Heilbronn stattfindet (in der Schützenstr. 16). Veranstalter sind die Stadt, Kreisjugendring, Stadtjugendpflege, Deutsche Friedensgesellschaft/VK und der ASTA der Fachhochschule Heilbronn.*

Und so gibt der Ausstellungskatalog eine Einführung in das vorgeführte Material (Auszug):

... Soldat zu sein. Da sind die blitzenden Waffen, da ist die faszinierende Technik, deren Beherrschung den „ganzen Mann" erfordert, da ist „Kameradschaft", da ist schließlich der Truppenführer, der seine Macht über die Untergebenen besonnen und gerecht ausübt. Zudem heißt Soldat sein heute nicht mehr, an die Front geschickt zu werden, um dort sein erlerntes Kriegshandwerk in die Praxis umzusetzen. Die „modernen Soldaten" haben einen anderen Auftrag: Sie sollen dafür sorgen, daß der Ernstfall, für den sie ausgebildet werden und für den sie ständig gerüstet sind, nie eintreten wird. Und so könnte mann meinen, die einzige Beschäftigung der modernen Armeen sei, sich in Manövern ihre Schlagkraft und Einsatzbereitschaft in sportlichem Wettkampf zu beweisen.

Genau in diesem Widerspruch zwischen friedlicher Soldatenromantik und der schrecklichen Realität des Krieges liegt die Zielsetzung dieser Ausstellung: Sie will zeigen, wie eng Krieg und „Frieden" beieinander liegen. Sie will aufzeigen, wie dünn die Trennwand zwischen dem alltäglichen Kriegsspiel der Militärs in ihren Sandkästen und die Umsetzung des Geprobten in die reale Welt ist. Sie will dokumentieren, wie wenig die technisch faszinierenden Waffensysteme sie von ihrer grauenvollen Anwendung trennt. ...

Es ist noch friedlich zwischen den Machtblöcken, sie finden sich sogar zu Abrüstungsverhandlungen bereit. Auch ist die Bundeswehr keine Armee, die einen Angriffskrieg führen soll; ihre Aufgabe ist es, zusammen mit den anderen NATO-Partnern den Feind vor einem möglichen Angriff abzuschrecken und soweit unser Land zu schützen. Krieg in Westeuropa — das scheint ein für allemal der Vergangenheit anzugehören. Die Basis des „Friedens" — so wiederholen die verantwortlichen Politiker aller Seiten immer wieder — ist die gegenseitige Abschreckungspolitik. Sie funktioniert durchaus einfach: Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Machtblöcken sollen dadurch vermieden werden, daß jede Seite ein gleich großes Arsenal an strategischen Atomwaffen besitzt, so daß ein militärischer Angriff einer Seite keinen Sinn hätte, weil in diesem Moment das Land des Angreifers automatisch zerstört würde.

Gemäß politischer Notwendigkeit und waffentechnologischer Entwicklung wurde dieses frühe Konzept geändert und heißt nun flexible response, d.h. abgestufte Vergeltung. Es sieht vor, daß auf jede militärische Aggression der Gegenseite immer ein Gegenschlag mit gleichen Waffen und in gleicher Stärke erfolgen soll. Auf einen konventionellen Angriff würde mit konventionellen Waffen, auf einen atomaren mit Atomwaffen geantwortet.

Die Abschreckungsstrategie basiert auf übernationaler Ebene auf einem Arsenal an atomaren, biologischen und chemischen Vernichtungswaffen, auf nationaler Ebene basiert sie auf konventionell ausgerüsteten Armeen, deren Schlagkraft ständig wächst...

Kriege haben sich bisher „nur" an den Randgebieten der Einflußbereiche zwischen den Großmächten abgespielt ...

Die Kriege werden von den Befürwortern der Abschreckungsstrategie ... fast immer wieder als Erfolg ihrer Politik angeführt. Stolz wiesen sie darauf hin, daß dank der riesigen Waffenarsenale der Machtblöcke keine der beiden Seiten riskiert habe, den Konflikt auszuweiten. Nach ihrer Ansicht ist dies ein Erfolg.

Dieses Argument erstaunt zunächst durch den Zynismus, mit dem es davon absieht, daß das unermeßliche Leid und die Zerstörung von Natur und Zivilisation genau durch die Armeen der

Großmächte bzw. ihrer Verbündeten verursacht wurden. Zudem verlangt uns diese Argumentation ein Dankeschön dafür ab, daß die Totale Zerstörung der Welt durch die überall gelagerten Vernichtungswaffen, für deren Entwicklung und Bereitstellung die Abschreckungsstrategie allein verantwortlich zeichnet, (noch) nicht stattgefunden hat ...

Der ,,Frieden" der durch die Abschreckungspolitik gewährleistet ist, ist also nur garantiert durch die Angst vor dem Einsatz dieser Vernichtungswaffen...

Diese Ausstellung will die Argumentationskette der Abschreckungspolitiker, die immer wieder darin endet, daß es nicht anders ginge und daß wir froh sein sollten über den Frieden, den wir haben, durchbrechen: Sie will dies tun, indem sie uns das menschliche Leid vor Augen führt, das diese Politik produziert. Die sinnliche Erfahrung, daß diese ,Rationalität" Unmenschliches vorbereitet und menschliches Leid vorprogrammiert und bewußt einkalkuliert, soll diesen Fetisch von Rationalität und Unantastbarkeit sprengen. Die Ausstellung will Anlaß sein, darüber nachzudenken, was das für eine Vernunft sein muß, die Menschlichkeit so radikal und grundsätzlich von sich ausschließt."

Nach vier Bereichen sind die Ausstellungsmaterialien gruppiert: Waffengeschichtlicher Überblick, Waffenanwendung und die Folgen, Erziehung zum Militarismus, Militär-/Kriegspropaganda 1914–1976.

Einer der Organisatoren schreibt uns: ,,Inzwischen haben ca. 20 Schulklassen und über 1500 Besucher die Ausstellung aufgesucht, in einem Bericht (von der Lokalpresse 'Heilbronner Stimme') letzte Woche wurde von einem jungen engagierten Volontär ein recht eindrucksvolles Bild von der Ausstellung vermittelt. ... Bis jetzt sind wir zufrieden mit der Resonanz beim Publikum."

Kontakt: Stadtjugendpflege Heilbronn, Uhlandstraße 6/1, 7100 Heilbronn, Tel. 07131/ 562647, oder Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V., Zweibrückenstraße 19, 8000 München 22



,,EX UND HOPP" – GEDANKEN ZUR WEGWERFGESELLSCHAFT

Das Bewußtsein, daß man nicht verschwenden darf, was nur in begrenzter Menge vorhanden ist, breitet sich aus. Zwar ist unsere Gesellschaft noch weit davon entfernt, das ganze Ausmaß der Verschwendung in ihren Lebens- und Produktionsformen zu begreifen, und erst recht die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen: wir leben noch in einer ,,Wegwerfgesellschaft", aber es ist eine Gesellschaft, die an ihren Prinzipien zu zweifeln begonnen hat. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß sie immer absurdere Blüten treibt (wie z. B. das bratfertige Steak, das in einer elektrischen Pfanne mit Kabel und Stecker zum einmaligen Verbrauch verpackt ist).

Das alte Leitbild vom Menschen als Herrscher, der die Natur ungestraft als Rohmaterial für seine Zwecke und als Müllhalde für seine Abfälle benutzt, ist brüchig geworden. Ein neues Leitbild gewinnt an Faszination: das des klugen, vorausschauenden Haushalters, der mit begrenzten Mitteln elegant zu wirtschaften vermag, der nicht erst mit großem Aufwand der Natur seinen Willen aufzwingen muß, ehe sie ihm dient, sondern der mit sanftem Geschick seine Pläne in den organischen Zusammenhang des ,,Ganzen" einzufügen vermag. Wir stehen heute an der Wende von der Technokratie zur Ökologie: wenn wir überleben werden, dann nicht durch Herrschaft, sondern durch Weisheit.

Doch vorläufig ist das Wegwerfen noch in vollem Gang. Noch wachsen die Berge des ,,Wohlstandsmülls", noch werfen wir wertvolle Energie weg: durch schlecht isolierte Häuser, durch Einsatz von Elektrizität für Heizzwecke z. B . Doch die Verschwendung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen ist nur der erste Aspekt des Problems. Der zweite ist die Vergeudung menschlicher Arbeit. Mit jedem Produkt, das vorzeitig weggeworfen (,,Öfter mal was neues") oder vorsätzlich schlechter produziert wird, als es produziert werden könnte (eingeplanter Verschleiß), oder für das überhaupt erst ein Bedürfnis künstlich geweckt werden muß, werden auch Kreativität und handwerkliche Fertigkeiten, Fleiß und Mühen von Menschen vergeudet.

Die Wegwerfmentalität prägt das menschliche Zusammenleben weit über den wirtschaftlichen Bereich hinaus. Auch personale Beziehungen werden oft nur noch unter der Perspektive kurzfristiger Nützlichkeit gesehen. Das ist der dritte Aspekt des Problems.

Die Scheinvorzüge der Wegwerfgesellschaft:

1. ,,Wegwerfen ist billiger als . . ."

(Der angebliche Effizienzvorteil) Auch für den größten Verschwender ist wohl Verschwendung kein Selbstzweck. Sie ist sogar im Normalfall das Ergebnis einer rationalen Kosten-Nutzenrechnung (,,es kommt mich billiger . . ."), allerdings – und das ist der Punkt – einer sozial wie zeitlich eng begrenzten Rationalität. Sie denkt nicht an die anderen und sie denkt nicht an morgen. Aber die Wirklichkeit, in der ,,alles mit allem zusammenhängt", addiert auch die Kosten, die wir in unserer kurzsichtigen Rechnung vergessen, und präsentiert uns eines Tages die Gesamtrechnung (in Form der Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt, des sozialen Klimas, unseres körperlichen und seelischen Wohlbefindens und indirekt in erhöhten Steuern und Sozialabgaben, in sinkendem Wohlstand). Die Kurzfristige Wegwerfeffizienz des Einzelnen erweist sich langfristig als Ineffizienz des Gesamtsystems.

2. ,,Wegwerfen macht unabhängig . . ."

(Der angebliche Freiheitsgewinn) Ist es nicht Ausdruck der Freiheit, über die Dinge nach Gutdünken verfügen zu können? Bringt uns die Wegwerfgesellschaft nicht dem ersehnten ,,Reich der Freiheit" einen Schritt näher? Das Gegenteil ist richtig. Wegen ihrer Ineffizienz muß die Wegwerfgesellschaft eine überdimensionale Produktionsmaschinerie am Laufen halten, die mit wachsender Verschwendung immer größer wird. Diese zentralistische Großstruktur kann die ,,Störung" Freiheit in From von Selbst- und Mitbestimmung aller immer weniger verkraften: der Einzelne bezahlt seine kleine Freiheit als Konsument mit immer stärkeren Restriktionen in seinem beruflichen und politischen Leben. Durch mutwillige Vernichtung von Arbeitsergebnissen führt das Wegwerfen auch zu verstärktem Zwang zur Arbeit. Der Mensch verurteilt sich dadurch selbst zu einer Art Sisyphos-Schicksal.

3. ,,Wegwerfen ist Ausdruck von Flexibilität . . ."

(Der angebliche Gewinn an Wandlungsfähigkeit) Erhöht das sorglose, unkomplizierte Wegwerfenkönnen von Gebrauchsgegenständen, Wohnungseinrichtungen (Freundschaften, Bindungen) nicht die Mobilität des Einzelnen und damit die innere Beweglichkeit und Wandlungsfähigkeit des gesellschaftlichen Systems im Ganzen. Ein gefährlicher Trugschluß. Wegwerfverhalten ist überhaupt nur denkbar auf der Basis einer hochgradig arbeitsteiligen, auf Massenproduktion basierenden Großtechnik. Dieser Systemtyp mit seinen weiträumigen Vernetzungen und Abhängigkeitsbeziehungen weist eine bedenkliche Strukturträghiet auf, die besonders dann überlebensgefährlich werden könnte, wenn größere Umweltveränderungen (z. B. auf unseren Rohstoff- und Absatzmärkten, oder durch den Zusammenbruch wichtiger Ökosysteme) tiefgreifende Wandlungsprozesse der Gesellschaft notwendig machen. Es würde sich dann zeigen, wie oberflächlich die Flexibilität des Wegwerfenkönnens ist: was nützt uns die Leichtfertigkeit, mit der wir uns im Wegwerfen von den Gütern der industriellen Massen-

produktion trennen, während wir gleichzeitig in tiefster struktureller Abhängigkeit im Zustrom dieser Güter verharren?

Die Sicherheitsillusion der Wegwerfgesellschaft

„Warum sich mit Dingen belasten, die man jederzeit leicht wieder erwerben kann"? Die Wegwerfgesellschaft setzt die Stabilität der Lage voraus: es wird uns morgen so gut gehen wie heute (mindestens). Doch das Wegwerfverhalten zerstört systematisch seine eigene Voraussetzung. Denn es treibt Rohstoffverbrauch und Umweltbelastung in die Höhe und löst damit maximale Veränderungen der Umwelt aus, die mit unerbittlicher Logik auf die Gesellschaft zurückschlagen werden. Die Wegwerfgesellschaft kann damit niemals eine Lösung auf Dauer darstellen, sie wird sich als Episode in die Zeitgeschichte des Menschen erweisen. Die Frage ist nur, ob sie durch den „harten" Systemzusammenbruch oder durch den „weichen" Übergang in das neue Zeitalter einer neuen, ökologischen Rationalität beendet wird. Der Boden für diese ökologische Vernunft zu bereiten, solange wir noch Zeit dazu haben, ist das Gebot der Stunde.

Mit ein bißchen weniger Rohstoff- und Energieverschwendung hier und da ist es noch nicht getan (so begrüßenswert jeder Schritt in diese Richtung auch ist). Die eigentliche Gefahr der Wegwerfgesellschaft liegt in ihrer grundsätzlich falschen Denkweise. Eine lineare, eindimensionale, isolierte, kurzfristige Denkweise muß die organische, vieldimensionale, verhetzte, geschichtliche Wirklichkeit verfehlen. Das Ziel kann dabei nicht sein, durch etwas mehr Planung, etwas mehr Systemanalyse und Computer die Wirklichkeit besser „in den Griff zu bekommen". Das wäre der alte Herrschaftswahn nur auf einem intellektuell etwas höherem Niveau. Erst wenn der Mensch den verwertenden Zugriff lockert und seine Beziehungen zur Natur nach dem Modell einer weitsichtigen Freundschaft auszurichten lernt, wird die Wegwerfgesellschaft mit ihren Gefahren überwunden werden können.

F. K. Müller-Reißmann (Öko-Mitteilungen 4/79



SOEBEN HABEN DIESE FÜNF ARBEITER EINE LOKOMOTIVE FERTIGGEBAUT, DA WILL DER CHEF GLEICH NOCH EINE HABEN. DER FEIERABEND IST IM EIMER.

SICH REGEN UND SÄGEN:

Geesthacht
17. Juli

"Wir haben — nach dem Beispiel der Gruppe „Aktive Entspannung" — in der Nacht zum 16. Juli bei Geesthacht weitere Überlandleitungen des Atomkraftwerks Krümmel abgesägt. (das AKW ist noch nicht in Betrieb, d. Red) Nach dem Unfall in Harrisburg haben wir Angst, vor dem AKW Stade, das wegen seiner Risse „nur" noch mit halber Leistung läuft und vor dem AKW Krümmel, das im Herbst „kritisch" werden soll. Wieder einmal soll uns das Atomprogramm durch eine gezielte Panikmache um das Öl schmackhaft gemacht werden. Die Krisenmanager, denen ihr Energie- und Machtzuwachs weit wichtiger ist, als das Leben der Menschen und der Natur, wittern ihre Chance. Auch vor ihnen haben wir Angst, mehr als vor dem Abstürzen von den Masten und vor der Polizei. Wir alle müssen was dagegen tun.

Wir gehören zur Anti-Atom-Bewegung. Wir waren mit auf der großen Demo in Hannover. Das Lob der Polizei und der staatlichen Betreiber für unser „Volksfest" hat uns mißtrauisch gemacht: Wir sehen, daß sie uns damit spalten und einschüchtern wollen. Bei Menschen, denen der verbrecherische Wahnsinn der Atomindustrie wirklich klar geworden ist, werden sie damit keinen Erfolg mehr haben. Wir AKW-Gegner meinen es ernst, auch wenn wir bei Demonstrationen wie in Hannover nicht mit Trauermiene durch die Straßen ziehen. Die Brutalität, mit der die Schmidt und StrauSS schon bald danach wieder zu ihrer Tagesordnung übergehen, zeigt uns, daß sie nur auf eins wirklich reagieren: auf materiellen Widerstand. Wir sehen, daß die Überlandleitungen verglichen mit den AKW-Festungen leicht anzugreifen sind — weil sie durch unser Land führen. Wir wollen es nicht verdrahten lassen!

ÜÜÜ (Grüne Lüste Krümmel)"

NARRLEBEN: NARRMARKT IN GORLEBEN 21. — 29. 7.

Jahrmarkt, Theater, Musikfest, Aktionswoche, Kulturwoche, Lust- und Lebenspark

Narrleben wird weniger gemacht, als gelebt von Theatergruppen, Musikgruppen, Clowns, usw. und jedem, der einfach da ist. Narrleben beginnt am Wochenende 21./22. mit einem großen Jahrmarkt, Narrmarkt, sehr bunt und durchaus verrückt, mit allem, was man sich da vorstellt.

Ab Montag, den 23. 7. beginnt die „Aktionswoche" mit einem lockeren Programm wie Aktionen, Veranstaltungen, Theater auf dem Platz und außerhalb. Abende wo nur spontane Einfälle auf die Bühne kommen, Liedermachwettbewerbe.

Samstag ist dann der richtige Tag für einen Kinderjahrmarkt, Kinderflohmarkt, Spiel- und Malaktionen, Kinder beschlagnahmen die Bühne . . .

vielleicht wird wogar eine Kinderrepublik ausgerufen.

Narrleben geht mit einem großen Fest zuende am Sonntag (29.) mit sehr viel Musik, Umzügen, Kurzvorführungen.

9 Tage lang Jahrmarkt, Narrmarkt?

Zur Länge ist zu sagen, daß Narrleben eben kein vollgepropfter Wochenendzirkus mit Koordinations- und Organisationsterror sein soll. Es will und darf gelebt werden. Das Wichtigste ist das Da-Sein, das Zusammenleben.

Narrleben ist unser Vorschlag für Gorleben. Gefragt ist jeder, der sich davon angesprochen fühlt. Narrleben braucht die Ideen, die Hände, die Trips, die Vehikel, die Buntstifte von allen, die drauf abfahren.

Kontakt: Hundertfleck, Wetzling 4, 8252 Taufkirchen/vils
Tel.: Buchladen Trampelpfad 089/ 48 96 09

ANTI-FLUGHAFENFEST IM ERDINGER MOOS

STEINKIRCHEN/MÜNCHEN
16. Juli

Flughafengegner aus der Erdinger und Freisinger Gegend wollen mit einem Drei-Tage-Zeltlager im Erdinger Moos demonstrieren, daß sie bereit sind, dem Bau des Großflughafens München II praktischen Widerstand entgegen zusetzen.
Sie appelieren deshalb an alle, die zu einem persönlichen Einsatz gegen den Bau gigantischer Anlagen und deren Folgen bereit sind, sich an diesem Zeltlager zu beteiligen. Die Flughafengegner schreiben dazu unter anderem:

"Wir sind der Auffassung, daß wir den berechnenden Technokraten in Industrie und Ministerien, ihren lebensfeindlichen und wachstumsorientierten Grundsätzen unsere lebensbejahende Haltung und unsere Entschlossenheit entgegensetzen müssen. Wir dürfen uns die Zukunft und die natürlichen Grundlagen des Lebens nicht durch gigantische technische Anlagen mit irreparablen ökologischen und sozialen Folgen zerstören lassen.

Der Großflughafen im Erdinger Moos besitzt nicht abschätzbare ökologische Risiken und Konsequenzen. Er soll eine Fläche von 23 Quadratkilometern (3.300 Fußballplätze!) beanspruchen, eine Senkung des Grundwasserspiegels um bis zu 2,50 Meter zur Voraussetzung und damit schwerwiegende Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt haben. Die Zerstörung des einzigen bayrischen Europa-Vogel-Reservats um den Ismaringer Speichersee wird ebenso zu den unumgänglichen Folgen gehören wie die Abgasbelastung und gesundheitsschädliche Lärmbelästigung."

Das Zeltlager geht los am Freitag, den 27. Juli gegen 13 Uhr in Franzheim im Erdinger Moos. Kontakt: Franz Leutner, 8251 Steinkrichen 1

PFLASTERMALER AM WERK

HANNOVER
2. Juli

Nicht mit Flugblättern, nicht mit Transparenten, nein mit Pflastermalerei machten in Hannover Ende Juni einige "Künstler" auf die Grohndeprozeße aufmerksam. Sie schreiben dazu:

Wir haben zwar nicht das große Geld zusammengekriegt, aber viele Leute haben gesehen, daß es solidarische Verbindungen von denen gibt, die nicht "verknackt" wurden.
Es war für uns das erstemal Pflastermalerei zu praktizieren, natürlich mit gemischten Gefühlen. Was mich angeht, mußte ich erst einmal über den eigenen Schatten springen. Neugierig guckten die Leute auf die leeren Pflastersteine und jagten mir Angst ein, weil ich so etwas ja noch nie gemacht hatte. Aber mit der Zeit klappte es dann doch und ich hatte mich an die vielen "Füße" gewöhnt (Blick von unten).

Zur Technik: man kann überall Pflastermalerei betreiben, ohne Gewerbeschein oder Anmeldung beim Ordnungsamt. Man darf nur die Bewegungsfreiheit der Passanten nicht einschränken. Für ein Bild braucht man in der Regel 2 Pakete bunte Schulkreide und ein Paket weiße Kreide (kostet etwa 5 Mark). Weiter eine Vorlage (1 Postkarte oder Foto z.B.) ist empfehlenswert. Diese Vorlage teilt man in so viele Quadrate auf, wie es Pflastersteine oder Platten gibt und schon kann man mosaikartig jedes Postkartenquadrat auf die Steine übertragen.
Und keine Angst, wenn das "Original" mit der "Fälschung" nicht übereinstimmt, ist kein Beinbruch, denn 1. ist noch kein Meister vom Himmel gefallen und 2. das ist eben künstlerische Freiheit!

Und wirklich, das Malen kann jeder, man muß es nur versuchen. Wenn die staatlich anerkannten "Künstler" eben zu bestimmten Problemen keine Aussagen machen können oder wollen, muß das selbst in die Hand genommen werden,
mit phantasievollen Grüßen







AUTONOME JAGDFREUDEN IM GORLEBENER WALD

IRGENDWO
12. Juli

Zum Widerstand gegen die Tiefbohrungen erhielten wir eine Erklärung, die wir in Auszügen als Dokument abdrucken:

"... Wir haben auf den Zufahrtswegen, die durch den Wald zu den Bohrstellen der DWK führen und ausschließlich von BGS, ziviler und uniformierter Polizei abgekämmt werden, an mehreren Stellen Nagelbretter gelegt. Wir hoffen, daß der Polizei dadurch ihr Auftrag, mit ihrer Bürgerkriegsarmee den Bau der WAA durchzusetzen, erschwert werden kann, auch in einer Situation, wo sie mit geballter Macht den erklärten und permanenten Widerstand der Bevölkerung zu ersticken suchen. ...
Wir haben sehr darauf geachtet, und werden das auch weiter tun, daß kein Unbeteiligter zu Schaden kommt. Den angeblichen Krähenfuß auf der öffentlichen Straße haben nicht wir gelegt. Wir sind gegenüber der Polizei immer dann im Vorteil, wenn wir an den Stellen Widerstand leisten, wo sie uns nicht erwarten, wo wir Zeit und Ort bestimmen. Viele und lange Wege gibt es im Gorlebener Wald! ..."

Autonome Jagdfreunde

FRISCHLUFT – DIESMAL IN ELTVILLE

Diese Erklärung erreichte uns leider ohne Absender. Wir drucken sie als Dokument ab.

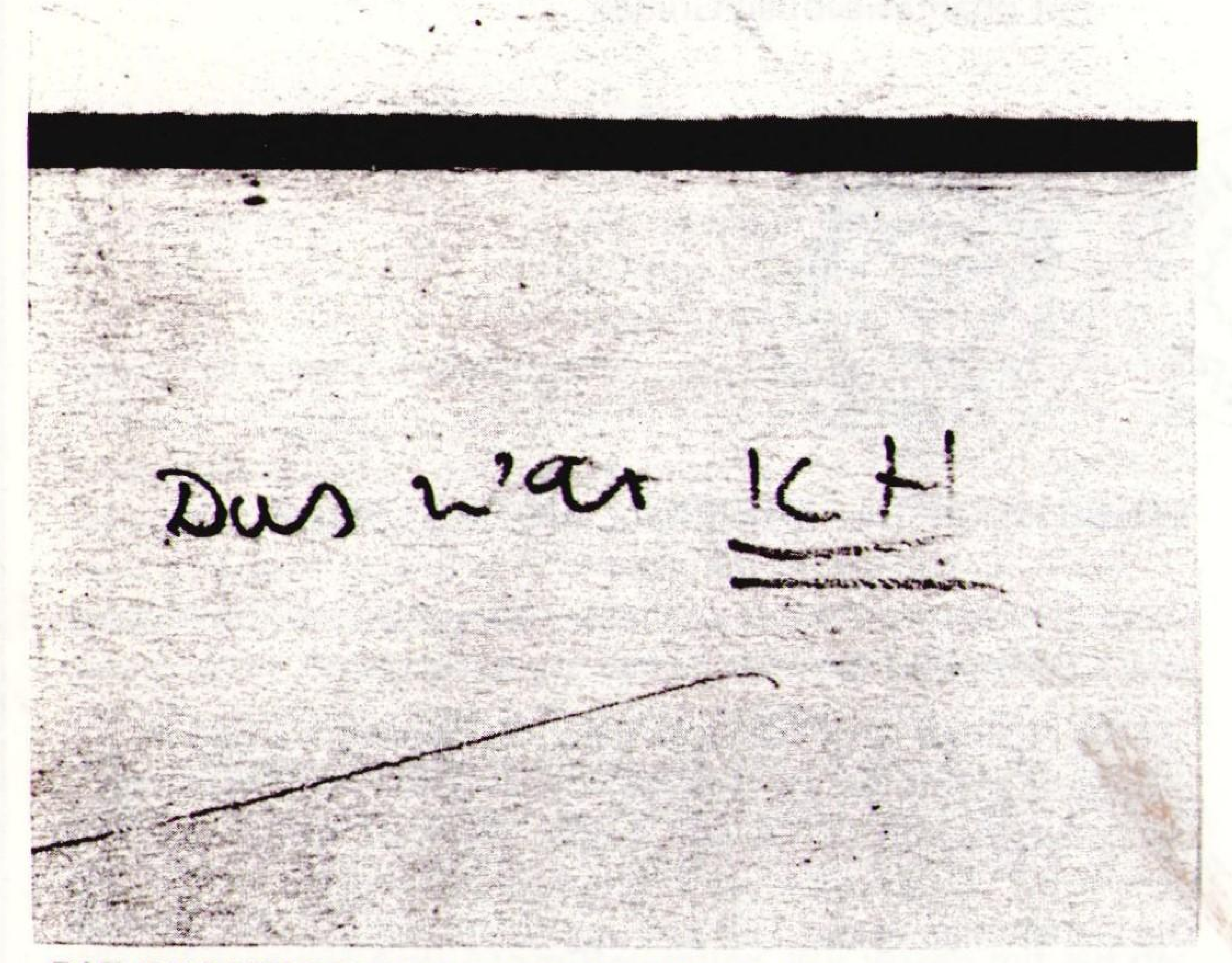
„Sechs Wochen nach seiner genialen Gorlebenerklärung in Hannover meint der Patentkeks von Bahlsen, die Wogen von Harrisburg hätten sich soweit wieder geglättet, daß ein weiterer Schritt zur Vollendung des Atomprogramms getan werden kann. Die Genehmigung der Tiefbohrung ist auch nur so ein „kleiner Stein" zum vollkommenen Atomstaat. Jeder Schritt, dem kein Widerstand entgegengesetzt wird, beschleunigt die Weiterentwicklung der Atomindustrie.
Auch Otto von Harrisburg, Bauchredner der Atomindustrie, meint, die Diskussion über die Kernenergie sollte nicht einer unterpriviligierten Mehrheit überlassen werden, sondern einer sachlichen Elite (Zitat von Otto vor dem BDI).
Auch die genehmigte Tiefbohrung sollte uns in unserer Kraft bestärken, dem aufhaltsamen Zug in den Atomstaat unsere Steine auf die Schienen zu legen. Aus diesem Anlaß sind wir bei den Rheingauer Elektrizitätswerken in Eltville vorstellig geworden und haben mal gut durchgelüftet. Auch dem härtesten und ältesten Atommuffel muß bei soviel frischer Luft das Reaktorlicht erlöschen.
Wir hoffen, daß dem Atomzug noch viele Steine auf die Schienen gelegt werden, und auf ein baldiges Entgleisen."

HINTER DER FASSADE BRÖCKELT DER PUTZ

BREMEN
12. Juli

DIE GESCHICHTE

Auf Grund des katastrophalen Wohnungsmangels und der systematischen Vertreibung vieler Bewohner des Ostertors in Bremen, besetzten wir (6 Wohngemeinschaften) vor 2 Monaten 4 Häuser. Wir wehren uns damit gegen schlechte Wohnbedingungen und eine Sanierung, die alte Menschen, kinderreiche Familien und Wohngemeinschaften aus dem Viertel schmeißt, um kostenträchtige Umbauten für gewinnbringende Appartements vornehmen zu können.
Wir wollen jedoch eine Sanierung nach den Bedürfnissen der Bewohner und die jeder bezahlen kann. Alle Mieter müssen für eine Sanierung in Eigenleistung die nötigen Mittel bekommen. Die Mietpreise dürfen nicht ständig weiter hochgetrieben werden, so daß die Einwohnerstruktur erhalten bleibt. Denn das Ziel der Sanierung durch die Bremische Gesellschaft, Eigentümerin der Häuser Osterdeich 12 und 13, ist eine Wohnlandschaft von Wohlstandsbürgern – auch Schickeria genannt. Teure Kneipen, Boutiquen, Luxusgeschäfte, Appartements werden das Ostertor beherrschen.
Für die Armen zum Promenieren und Anstarren –
Für die Wohlständigen zum Erholen und Konsumieren.
Ein vielschichtiges lebendiges Viertel wird totsaniert um abzusahnen und Ruhe zu haben, denn Leben ist natürlich immer unruhig.



DIE REAKTION DER VERANTWORTLICHEN AUF UNSERE BESETZUNG:

Die Bremische Gesellschaft weigert sich bis heute, sich mit uns an einen Tisch zu setzen. Sie hält es für bedenklich, illegale Aktivitäten zu unterstützen. Offensichtlich hält sie es dagegen für politisch sinnvoll, ihr aufgekratztes Äußere dadurch aufzufrischen, daß sie der illegalen Hausbesetzerin Ilse mit ihren fünf Kinder gleich 3 Wohnungsangebote im Bremer Westen macht. Ilse und die Kinder mußten vorher zu sechst mit Hund in einem von Mäusen vollen Häuschen mit 67 qm hausen. 5 Jahre lang bemühte sie sich vergebens von öffentlichen und privaten Wohnungsvermittlern eine angemessene Wohnung zu erhalten. Sie wurde jedoch immer wieder abgewiesen. Als sie von unseren Besetzungen hörte, kam sie zu uns und schloß sich mit den Kindern der Besetzung an. Sie wohnt nun offiziell gemeldet am Osterdeich 12 und besitzt die schriftliche Zusage im September ein Haus in Gröpelingen beziehen zu können.

Gegen uns Zurückgebliebene (so sieht die Bremische uns wohl) besteht weiterhin Strafanzeige von Seiten der Bremischen wegen Hausfriedensbruch.
Angeblich soll im September mit der Renovierung begonnen werden. Bis dahin würden sie uns am liebsten räumen lassen, denn schließlich bedrohen wir ihre Gewinn– und Ordnungspolitik. Die Besitzerin des Hauses Mozartstr. 31 stellte ebenfalls Strafanzeige, ließ aber bis heute noch nichts von sich hören. Dies treibt sie nun schon seit sie das Haus besitzt – seit 5 Jahren steht das Haus leer. Das Bremer Liegenschaftsamt zeigte sich mehr oder weniger dankbar gegenüber den Besetzern des Hauses Grundstr. 21. Offensichtlich wurden ihm als Eigentümer durch die Besetzung einige unliebsame Entscheidungen abgenommen. Es handelte mit der Wohngemeinschaft einen Mietvertrag aus. Die 3 von illegalen Hausbesitzern zu frischgebackenen Mietern gemachten sind mit der Sanierung des Hauses, das über 7 Jahre leerstand, bereits fertig. Sie machten alles in Eigenarbeit und nach ihren eigenen Plänen. Die ganze Besetzung wurde also von Anfang an zur Zufriedenheit aller in ein Mietverhältnis umgewandelt, das die Interessen beider Seiten berücksichtigt.

Der Stadtteilbeirat Mitte erklärte sich von Anfang an als Vermittler zwischen der Bremischen und uns Besetzern bereit. Unverständlicherweise lehnte er es bisher ab gegen die Besitzerin der Mozartstr. 31 aktiv zu werden. Wir haben die Stadt bereits mehrmals aufgefordert, die Renovierung des Hauses durch ein Gerichtsverfahren zu erzwingen.
Das letzte Gespräch zwischen Stadtteilbeirat und uns fand am 5. Juli im Haus Osterdeich 12 statt. Anwesend waren allerdings lediglich die Herren der SPD und 2 Mitglieder des Betroffenenbeirats.
Sie forderten von uns eine Beschreibung unserer Bedürftigkeit für neuen Wohnraum im Ostertor. Wir konnten ihnen das auch zur Zufriedenheit nachweisen, denn unseren bisherigen Wohnverhältnisse waren gelinde gesagt miserabel. Wir haben dies inzwischen auch schriftlich zur Überprüfung vorgelegt.

Der Stadtteilbeirat, oder vielmehr die Mitglieder der SPD hätten es am liebsten, wenn uns die Bremische anderen Wohnraum zur Verfügung stellte. Sie würden damit gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Bremische bekommt eine aufs Dach und die Störenfriede sind beruhigt. Wir stellten jedoch klar, daß wir nur darauf eingehen, wenn die besetzten Häuser tatsächlich als Wohnraum erhalten bleiben. Dies wurde uns dann auch sofort zugesichert: "Es gibt einen Beschluß des Stadtteilbeirats, daß das Erdgeschoß der Häuser des Osterdeichs nicht weiter zu Büroräumen umfunktioniert werden darf".
Eine weitere Aussage war ebenso interessant: Wir helfen ihnen gerne als Bedürftigen, wenn sie das Problem jedoch auf politischer Ebene durchfechten wollen, dann können sie uns nicht vor ihren Karren spannen – dann müssen sie das schon alleine erkämpfen.
Wir sind gespannt inwieweit diese so hilfreiche Logik der so politischen Bremischen ins Geschäft paßt.
Denn ihre Sanierung ist nichts anderes als Geschäft: Streben nach Profit!

Wir fordern weiterhin:
- *Kostengünstige Sanierung und keine Steigerung der Mietpreise*
- *Die Mozartstr. 31 muß renoviert werden; die Stadt ist verpflichtet dies vor Gericht gegen die Besitzerin durchzusetzen*
- *das Ostertor soll leben – die Schickeria gehen*

Die Besetzer

ÜBER MAROKKO UND DAS REISEN

BERLIN
12. Juli

Die Vorläufer dieses Briefes – ein Marokko-Reisebericht und die Kritiken dazu – sind im ID Nr. 285, 289 und 290 zu finden.

Lest ihr alle sozioökonomische Theorien über die Länder die ihr bereisen wollt, bevor ihr den Rucksack packt?
Ich hab erst zwei Jahre nachdem ich in Marokko war, kapiert, was da eigentlich los ist in dem Land. Für mich spielte sich mein Seelendrama ab, während ich reiste und bisher war das fast immer so, wenn ich unterwegs war, d.h. ich schleppe meine eigene Scheisse überall hin mit, wohin ich auch gehe.

1 Ich wollte in Marokko eine Frau treffen, zu der ich eine sehr enge Beziehung hatte, aber ich traf sie nicht. Das lag an unserer Beziehung und an unglücklichen Zufällen bzw. den sozialen Umständen des Landes, daß z.B. die meisten billigen Hotels in Marokko keinen Telefonanschluß haben, bzw. nur Anrufe empfangen aber nicht selber anrufen können, daß es Glücksache ist, ob ein Brief ankommt, daß die Züge drei vier Stunden zu spät sind, daß der ganze Zug irgendwo in der Landschaft anhalten muß, alle Leute, die Wagen sind bis an die Decke gerammelt voll, aussteigen müssen und ein paar Stunden im Freien, außerhalb des Bahnhofs warten müssen, weil der große Diktator, King Hassan, durchfährt und deshalb Fahnen rausgehängt werden und die Bahnsteige gefegt: die Bahn und alles drum herum gehört diesem "King".

Also traf ich diese Frau nicht und weinte wochenlang vor mich hin. Ich trampte allein durch die Gegend und der einzige Gedanke, der mich außer Martine beschäftigte war: wie schaffe ich's, daß mir nichts geklaut wird. Marokko hat eine der höchsten Diebstahlraten der Länder am Mittelmeer. Und so erlebte ich die Marokkaner, freundlich, liebenswürdig, charmant, ungeheuer ausstrahlend und anziehend, ABER es ist ihnen nicht über den Weg zu trauen.

Einmal wurde ich bei einem nächtlichen Spaziergang am Strand von Tanger überfallen, ein Messer an meiner Brust, dazu schien ein wunderbarer Mond. D.h. ich habe wohl oder übel von Charaktereigenschaften geredet, anstatt von sozialen Verhältnissen, ich habe gedacht, die Leute sind falsch und verschlagen und nehmen dich aus, wo sie nur können, aber heute weiß ich, daß diese Leute ungeheuer arm sind und daß sie ein Recht haben, jeden zu beklauen, der von nördlichen Ländern oder von reicheren Ländern sich bei ihnen blicken läßt.

Dieses Land wird von einer kleinen Clique aus Militär und Grundbesitzern plus Kapitalisten berherrscht, die Landarbeiter kriegen Hungerlöhne, Hassan jettet mit Jeteskorte von New York nach Paris.

Die Gewerkschaften wurden zerschlagen, die kommunistische Partei gewaltsam zertrümmert, 1963/64.

Einmal wurde ich von einem Grundschullehrer in Casablanca nach Hause eingeladen, er schielte, hatte einen Sack mit Reis und eine Margarineschachtel auf dem Buckel, sah eigentlich aus wie ein Tagedieb, aber ich vertraute ihm, weiß nicht warum. Er zeigte mir einen Palast in der Ferne durchs Zugfenster: "der gehört dem König", er zeigte mir Plantagen, "die gehören dem König", "what do you think about the kong? He is an asshole", sagte ich, er lachte, schaute sich vorsichtig um. Später versuchte er mir in seinem gebrochen Englisch zu erklären, daß der König jetzt das Land aufhetzt, um in die Sahara einzumarschieren, nur um von den sozialen Problemen im eigenen Land abzulenken.

Aber die Leute haben fürchterliche Angst vor der Polizei.

Er lebte feudal, ein Zweizimmerhaus aus Stein, acht Kinder schliefen Kopf an Kopf, mir kam es vor wie ein Slum. Aber Slums sehen noch erbärmlicher aus. Er kaufte Trauben auf dem Markt für mich, und zeigte mir stolz sein Radio, ein kleines Transistorgerät, er verdient ca. 400 Mark im Monat. Am nächsten Morgen führte er mich zum Bahnhof, kaufte mir ein Ticket, (was schwierig ist, denn am Fahrkartenschalter entstehen meistens heftige Kämpfe im Pulk der Wartenden.) Ich habe ihn geliebt.

Marokko könnte ein verdammt schönes Land sein.

Ulrich Wessinger

SOMMER 1979 AUF DEM LARZAC

HAMBURG
17. Juli

Der Hamburger Larzac-Freundeskreis teilt mit:

Die Bewohner des Larzac haben alle Menschen „guten Willens" eingeladen, im Sommer bei ihnen zu sein. Was soll stattfinden?

– Drei Informationsstellen (La Jasse an der Route National 9, La Couvertoirade, Creissels) für Ankommende und Durchreisende: Info-Ausstellungen, Auskünfte, Zeitungen, Flugblätter etc.

– Bauvorhaben: Häuser, Straßen, Telefon, Wasserleitungen, Land urbar machen, Feld- und Hof-Umfriedungen, Instandsetzungen von Landmaschinen und Fahrzeugen...

– Zeltplätze für Durchreisende und für Leute, die bei den Informationsstellen und Bauvorhaben mitmachen.

– Freies Radio (Sender)

– Veranstaltungen und Seminare zum Thema ‚Larzac', aber auch zu Themen wie Umwelt, Militär, Schule, Leben auf dem Lande...

Beteiligt sind neben der örtlichen Bevölkerung: die gewerkschaftlichen und linken Organisationen der Region, die Steuerverweigerer und Wehrpaßrücksender, die an den Landkauf-Genossenschaften (GFA) Beteiligten, die Mitglieder der selbstorganisierten „Larzac-Universität", das Friedenszentrum „Le Cun", die Larzac-Komitees aus Frankreich und anderen Ländern. Also die ganze in acht Jahren Widerstand gewachsene Larzac-Bewegung.

Was bedeutet es, im Sommer auf dem Larzac zu sein? Die Enteignungsverfahren sind bis zum 12. Juli aufgeschoben bzw. suspendiert. Danach sind die Bauern und Siedler, die zum allergrößten Teil dableiben wollen, mehr denn je auf den Schutz der „Öffentlichkeit" angewiesen. Massenhafte Anwesenheit von Leuten ist ein Mittel, um den drohenden gewaltsamen Rausschmiß durch Justiz und Polizei und den Übergriffen des Militärs (Manöver auf den Weiden und Feldern usw.) vorzubeugen!

Konkrete Verbesserungen der Lebenssituation der Bevölkerung stärken den Widerstandswillen und die Überlebensmöglichkeiten. Dazu tragen die geplanten Bauvorhaben bei! Die überregionale und internationale Bedeutung des Larzac-Kampfes wird durch die Aktivität vieler Besucher deutlich gemacht. Die Unterstützer-Bewegung, die eigenständig ihre vielfältigen Interessen zur Geltung bringen wird, trägt dazu bei, die Haltung der Larzac-Bevölkerung zu stützen! Zugleich wird der Larzac auch in diesem Sommer ein Ort der freien Diskussion und Begegnung unterschiedlichster Menschen aus vielen Regionen und Ländern sein.

Anmeldungen (für die Beteiligung an Bauvorhaben und Informationsstellen und für eigene Beiträge, z.B. Seminar- und Veranstaltungsangebote) bitte an: Coordination des Comites Larzac, rue de Glossop, F-12100 Millau.

Kontakt: Larzac-Freundeskreis, c/o Heidi Burmeister, Geschwister-Scholl-Str. 11, 2000 Hamburg 20.

GROSSKUNDGEBUNG GEGEN DIABOLO CANYON

SAN FRANCISCO
3. Juli

Am 30.6. fand in San Luis Opispo eine Großkundgebung gegen das vor der Inbetriebnahme stehende AKW Diabolo statt. Dazu der uns von Rudi versprochene Bericht:

Auf halbem Wege zwischen San Francisco und Los Angeles, 4 Autostunden von beiden Städten entfernt, fand am 30.6. die größte Kundgebung gegen Atomenergie an der Westküste der USA statt. 40 000 Leute versammelten sich nahe dem fertiggestellten zwei AKWs mit dem beziehungsreichen Namen Diabolo Canyon, um gegen deren geplante Inbetriebnahme zu demonstrieren. Zwar hatte die NRC (Nuclear Regulatory Commission) unter dem Eindruck des Three Miles Island Unfalls einen Aufschub für die Inbetriebnahme bestimmt. Er kann jedoch jederzeit aufgehoben werden. Der Zynismus der Atomindustrie wird an Diabolo Canyon besonders deutlich: Obwohl 1973 zweifelsfrei in unmittelbarer Nähe der Baustelle eine erdbebengefährdete Bruchlinie festgestellt wurde, beharrten das Stromunternehmen (Pacific Gas and Electric Company) und die staatlichen Aufsichtsbehörden auf den Bau (schließlich war so viel Geld investiert worden). Mensch bedenke dabei, daß Erdbeben in Californien nicht nur theoretische Wahrscheinlichkeit sind, sondern häufig erlebte Wirklichkeit!

Schon letztes Jahr im August hatte es eine Demonstration mit 5000 Leuten gegeben, von denen 400 wegen Betreten des Baugeländes verhaftet und ca. 20 zu Gefängnisstrafen zwischen 2 Wochen und 3 Monaten verurteilt wurden. Die ersatzweise angebotene Bewährungsfrist von zwei Jahren wurde von ihnen nicht akzeptiert. Im April dieses Jahres demonstrierten bereits 25 000 AKW-Gegner in San Francisco gegen Diabolo Canyon. Jetzt hat die Bewegung eine solche Stärke erreicht, daß der Governor von Californien, Jerry Brown nicht nur selbst die Initiative ergriff, um vor den 40 000 Leuten zu sprechen, sondern auch bereit war, seine Rede vorher von Vertretern der Abalone Alliance, dem Zusammenschluß aller kalifornischen Anti-AKW Gruppen, begutachten zu lassen. (Mensch stelle sich nur mal zum schiefen Vergleich einen deutschen Ministerpräsidenten, etwa Holger Börner, auf einer Anti-AKW-Kundgebung in Biblis vor.) Die AKW-Gegner, aus grundsätzlichen Überlegungen und praktischer Erfahrung skeptisch gegenüber gewählten Politikern die plötzlich daherkommen und gegen Atomenergie reden, aber vorher nichts dagegen getan haben, ließen Brown schließlich erst reden, nachdem er versprochen hatte, alles was in seiner gesetzlichen Macht als Governor liegt zu tun, um die Inbetriebnahme zu verhindern. In seiner Rede pries Brown schließlich alternative Energiequellen, öffentliche Verkehrssysteme und überhaupt die Harmonie von Mensch und Natur. Wenn auch in den USA die schönen Worte der Profi-Politiker traditionsgemäß in noch größerem Widerspruch zur Wirklichkeit stehen als in der BRD, so waren Browns Aussagen doch so eindeutig, daß sie genug Stoff hergaben, um in den folgenden Tagen Hauptpunkt der Berichterstattung über die Kundgebung in den Medien zu sein.

Die anwesenden Umweltschützer jedoch behielten weitgehend ihre Zweifel. Für sie war nicht Brown das wichtigste, sondern, so glaube ich zumindest, das Gefühl, Teil einer neuen „grassroots"-Bewegung zu sein, die sich die politischen und kulturellen ‚Kampf'formen der End-60er-Jahre zurückerobert hat. Die Veranstaltung war Popkonzert, politisches Diskussionsforum, alternative Energie Ausstellung und Protestkundgebung in einem. Bekannte Sänger wie Graham Nash, Jackson Brown, Holly Near und Peter Yarrow boten fast ausschließlich Lieder, die Umweltfragen behandelten. Rund um den Kundgebungsplatz waren die Stände fast aller politischen und Umweltschutz-Gruppen aufgebaut. Die Bhuddisten gegen Atomenergie neben den MLern. Landkommunen verkauften gesunde Kost (besonders beliebt war Eis aus Sojabohnen und Honig) und das breite Angebot an Sonnenenergieanlagen und Windgeneratoren zeigte, daß in dieser Hinsicht die ‚Bewegung' sehr viel weiter ist als in der BRD. Für mich als deutschen Beobachter war auch überraschend und erfreulich zugleich der große Anteil älterer Leute, von denen viele schon in der Bürgerrechtsbewegung der 50er und 60er Jahre mitgemacht haben.

Bill Wahpehpah von AIM (American Indian Movement) machte in seiner Rede aber auch die Grenzen der Bewegung deutlich: Nach wie vor wird sie von Angehörigen der white middle-class beherrscht, unterstützt nur von Indianern. Weiße Arbeiterschicht



und die mexikanischen, schwarzen und asiatischen Minderheiten sind kaum beteiligt. Dennoch herrscht eine unheimliche Anti-AKW-Euphorie an der West- und Ostküste, die allerdings leicht über die absolute Friedhofsruhe in anderen Teilen des Landes hinwegtäuscht, von den Mordanschlägen auf AKW-Gegner im schwarzen Oklahoma und Texas ganz zu schweigen. — Doch die Bewegung weitet sich aus: In den Black Hills vor. South Dakota z.B. organisieren Indianer und Umweltschützer den Widerstand gegen den Uranbergbau. Ein erster Höhepunkt ist ein Umweltfestival dort am 5./6. Juli.

Die Schwäche der Pro-Atomenergie-Bewegung wurde — Kuriosität am Rande — durch eine gleichzeitige „Gegenkundgebung am 30.6. unfreiwillig dokumentiert: Unter eindrucksvollen Parolen wie „Durch Abtreibung kommen mehr Babys um, als durch Kernenergie" und „Kernenergie ist sicherer als Sex" versammelten sich ca. 150 Leute am Eingang zu den AKWs von Diabolo Canyon.

Noch ein paar allgemeine Anmerkungen zur Arbeit der Abalone Alliance:
Die AA ist grundsätzlich auf Gewaltlosigkeit festgelegt. Dieses Prinzip hat lange historische Tradition in den liberalen und fortschrittlich-christlichen Bewegungen seit Bestehen der USA (z. B. bei den Quäkern). Heute sind Ghandi und Martin Luther King die meistgelesenen Autoren in der Bewegung. Im Verhaltenskodex der AA für Demonstrationen heißt es:

1. „Wir wollen uns offen, friedlich und respektvoll gegenüber allen (!) Leuten, mit denen wir zu tun haben, verhalten."
2. „Wir wollen keine Gewalt, weder körperliche noch verbale (!) gegenüber Personen anwenden."
3. „Wir wollen kein Eigentum beschädigen."

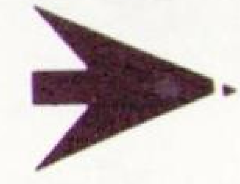
Um mit diesem Programm Menschenblockaden u.ä. durchführen zu können, werden kontinuierlich Gewaltfreiheits-Übungssitzungen (Nonviolence Trainings Sessions) veranstaltet, auf denen sich sog. affinity-groups (kann ich nicht übersetzen) mit ca. 20 Leuten bilden, die bei Aktionen mit zivilen Ungehorsam (civil disobedience) zusammenarbeiten, um dem einzelnen die Angst vor Verhaftungen u.ä. zu nehmen, um Provokateure auszuschalten und um die massenhafte Solidarität zu gewährleisten.

Falls die Entscheidung für Inbetriebnahme von Diabolo Canyon fällt, sind See- und Landblockaden mit Booten und Menschenteppichen geplant. Dabei wird es als besonderer Erfolg angesehen, wenn möglichst viele Leute verhaftet werden und ins Gefängnis kommen (im Gegensatz zu uns, wo dies möglichst vermieden wird.). Wenn auch die moralische Wirkung dieser persönlichen Opferhaltung in der Öffentlichkeit groß sein mag, so ist doch zu bezweifeln, daß sich die „andere" Seite irgendwie davon beeeindrucken läßt. Immerhin hat die NRC durchblicken lassen, daß die Entscheidung über die Inbetriebnahme bis Dezember verschoben wird.

Die politischen Entscheidungen in der AA und in den Untergruppen verlaufen nach dem Einstimmigkeitsprinzip (Consensus). Eine Gegenstimme genügt, um Vorschläge zu Fall zu bringen. Nach meinen Beobachtungen wird in solchen Fällen nicht versucht, durch psychologischen Druck auf den Einzelnen die Einstimmigkeit herbeizuführen. Allerdings scheint, wie ich gehört habe, die erwähnte Redeerlaubnis für Governor Brown gegeben worden zu sein, obwohl nicht vollständiger Consensus hergestellt worden war. Dieses Einstimmigkeitsprinzip ist den Traditionen vieler indianischer und schwarzafrikanischer Völker entlehnt und hat heute u.a. den Vorteil, daß nicht irgendwelche politischen Gruppen ihre Vorstellungen allzu dominant durchdrücken können.



Info: Comite Anti-Nucleaire Varois, BP 821
F-83051 Toulon



ES GAB AUCH LINKE MATROSEN IN CHILE

Valparaiso, August 73
Paris, 27. Mai 1979

Im Rahmen einer Tagung "Acht Stunden mit den gewerkschaftlichen Soldaten Europas", die die französische "Information pour les Droits du Soldat" (IDS) am 27. Mai in Paris organisiert hat, war der vielleicht interessanteste Beitrag eines nichtgewerkschaftlichen, nichteuropäischen Unteroffiziers der chilenischen Kriegsmarine, Sergeant Juan Cardenas. Cardenas, der nach 5 Jahren Militärgefängnis 1978 nach Schweden entkam, erzählte über die kaum bekannten Ereignisse in Valparaiso (Hauptstützpunkt der chilenischen Kriegsmarine) im August 1973, einge Wochen vor dem Pinochet-Putsch am 11. September.

Damals wurden über 700 Matrosen und Marineunteroffiziere von den Putschisten verhaftet. Cardenas, einer der Führer der Matrosen (er ging mit 15 in die Kriegsmarine und hatte 21 Dienstjahre hinter sich, als er verhaftet wurde): "In der chilenischen Marine gibt es seit langem starke Bewegungen, die man als demokratisch oder sogar revolutionär bezeichnen kann. 1931, 1938, 1959 und 1969 und 1972 gab es Aufstände, Meutereien und Widerstand gegen die Unterdrückung, gegen den Militarismus, gegen den Faschismus. Unter der Allende-Regierung hatten wir mehr als 30% der Matrosen organisiert. Wir versuchten, die Allende-Regierung, die wir unterstützten, vor den bevorstehenden Putschen zu warnen." Leider — so Cardenas — wollte die Regierung nichts tun, um die Offiziere zu brüskieren. "Wir Matrosen waren in der Lage dem Staatsstreich erfolgreich Widerstand zu leisten, aber wir bekamen kaum Unterstützung oder Verständnis von unserer eigenen Allende-Regierung. Als wir im August verhaftet wurden, wurden wir von der Regierung im Stich gelassen. Manche der Offiziere, die damals noch unsicher waren, sagten uns, "das ist nicht unsere Schuld (die Matrosen zu verhaften und zu erschießen), das ist die Schuld der Regierung."

Max Watts

Kontakt: Information pour les Droits du Soldat, BP 112, F - 75825 Paris cedex 17

CADARACHE, DIE NEUE ATOMMÜLLTONNE

JULI 79 *Aus der provencalischen Regionalistenzeitschrift LA BUGADA*

Zwischen Manosque und Aix-en-Provence liegt das alte französische Atomversuchszentrum Cadarache. Im Tauchbecken des 15 Jahre alten und teilweise demontierten Versuchsreaktors sollen jetzt erstmal 120 t hochaktive Brennstäbe (frisch aus dem Reaktor) eingelagert werden, eine Ausnutzung bis zu 500 t ist denkbar. Die Einlagerung in Cadarache ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß Frankreich schon Verträge für die Endlagerung von 5000 t Atommüll aus dem Ausland hat, die WWA im normannischen La Hague aber nicht recht funktioniert. Wo soll das nur alles hinführen ...

Bevölkerung und Gemeindeverwaltungen der umliegenden Orte wurden natürlich in der Planungsphase nur sehr spärlich informiert, und so ist jetzt das Genehmigungsverfahren abgeschlossen. Lediglich die Gemeinden im Umkreis von 5 km wurden aufgeklärt, der erste Radioaktivitäts-Detektor installiert. Wenn aber eines Tages strahlende Teilchen aus dem Kühlturm fliegen, werden sie von häufig und heftig blasenden Mistral schnell weiter als die vorgeschriebenen 5 km getragen, und dann wird in einem großen Teil der Provence nicht nur die Sonne strahlen.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

ID Nr. 291

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Achtung liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT – Diese Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändiat ist. 'Zur-Habenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehaltes. Wird diese Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender sofort zurückzusenden.

VERLÄNGERT EUER ABONNEMENT BEVOR IHR IN DIE FERIEN ABDÜST!